

# BILANZ



20/21





Nach wie vor zwingt uns ein winziges und allgegenwärtiges Virus, dass Milliarden Menschen weltweit ihr Verhalten, ihren Tagesablauf und sogar ihr Denken nach seinen eigenen Regeln ausrichten müssen. Mehr als fünf Millionen Menschen sind der tückischen Krankheit COVID-19 bereits zum Opfer gefallen und noch viel mehr Frauen, Männer und Kinder hatten sich in den vergangenen beiden Jahren infiziert. Auch wenn wir jeden Tag mehr über das Corona-Virus und seine Varianten lernen, bleiben die Folgen der größten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg für Betroffene, für unser Gesundheitssystem und für die Wirtschaft nur schwer absehbar. Nach Ausbruch der Pandemie haben wir in Hessen und in der gesamten Bundesrepublik gemeinsam rasch und entschlossen gehandelt.

Auch wenn die nach wie vor andauernde Corona-Pandemie immer wieder drohte alles zu überlagern, haben uns 2020 und 2021 weitere Ereignisse bewegt und erschüttert. Der feige rassistische Anschlag von Hanau hat die Menschen in der gesamten Bundesrepublik und vor allem bei uns in Hessen schwer getroffen. Zurückgeblieben sind traumatisierte Hinterbliebene, die geliebte Menschen verloren haben und weitere zum Teil schwer verletzte Opfer, die an den Folgen dieser fürchterlichen Taten womöglich noch Jahre leiden werden. Hilfe zur Trauerbewältigung ist ein erster wichtiger Schritt auf dem langen Weg zurück ins Leben, wenngleich der Verlust durch nichts aufgewogen werden kann.

Die unsäglichen Drohschreiben eines rein virtuellen NSU 2.0 an vornehmlich Frauen des öffentlichen Lebens hatten uns erschüttert. Alleine der Verdacht, hessische Polizisten könnten Absender oder zumindest Unterstützer rechtsextremer und hasserfüllter Schreiben sein, lastete schwer auf unseren Schutzleuten. Die Sicherheitsbehörden haben zehn Monate nichts unversucht gelassen, den Täter aus der Anonymität zu reißen. Am Ende ist ihnen ein herausragender Ermittlungserfolg gelungen, durch den der mutmaßliche Täter identifiziert und durch die hessische Justiz angeklagt werden konnte. Dies war auch ein wichtiges Signal an andere Hetzer und Drohschreiber in der gesamten Bundesrepublik.

Insgesamt hat die hessische Polizei in den vergangenen beiden Jahren zahlreiche Erfolge vorzuweisen. Die Kriminalitätsrate sank auf einem historischen Tiefststand, die Aufklärungsquote stieg hingegen auf einen ebenso historischen Höchststand. Beispielfürhaft hierfür sind auch die Erfolge der BAO Hessen R im Kampf gegen Rechtsextremismus sowie der BAO Fokus bei der Bekämpfung von sexuellem Missbrauch von Kindern wie auch der Verbreitung von kinderpornographischem Material. Die gute Arbeit der Kolleginnen und Kollegen wurde in den vergangenen

Jahren immer wieder durch neue rechtsextreme Verdachtsfälle überschattet. Die unsäglichen Chats bei ehemaligen Angehörigen des Spezialeinsatzkommandos bildeten einen erschütternden Höhepunkt. Seitdem hat sich viel getan. Die hessische Polizei lässt nichts unversucht, um Vertrauen zurückzugewinnen. Mit eigenen Initiativen bei der Aus- und Fortbildung, der Unterstützung des Integritätsbeauftragten und nicht zuletzt den wertvollen Empfehlungen der Experten-Kommission befinden wir uns auf einem guten Weg, die Integrität der Gesamtorganisation noch besser zu schützen.

Während die Jahresbilanz 2020/2021 sich in der Schlussredaktion befand, vollzog sich eine neue Zeitenwende, deren Ausmaße heute noch völlig unabsehbar sind. Der Despot Putin hat in einer seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs beispiellosen Invasion die Ukraine angegriffen. Dieser völkerrechtswidrige Krieg sorgt für unermessliches Leid in einem europäischen Land, das sich tapfer gegen die russische Militärmaschinerie zur Wehr setzt. Europa steht im März 2022 geeint wie selten zuvor an der Seite der Ukraine. Unsere Aufgabe in Hessen ist es, den bei uns schutzsuchenden Kriegsflüchtlingen zu helfen. Getragen von der großen Solidarität der kommunalen Familie und unzähligen engagierten Bürgerinnen und Bürger unseres Landes nehmen wir diese Herausforderung an.

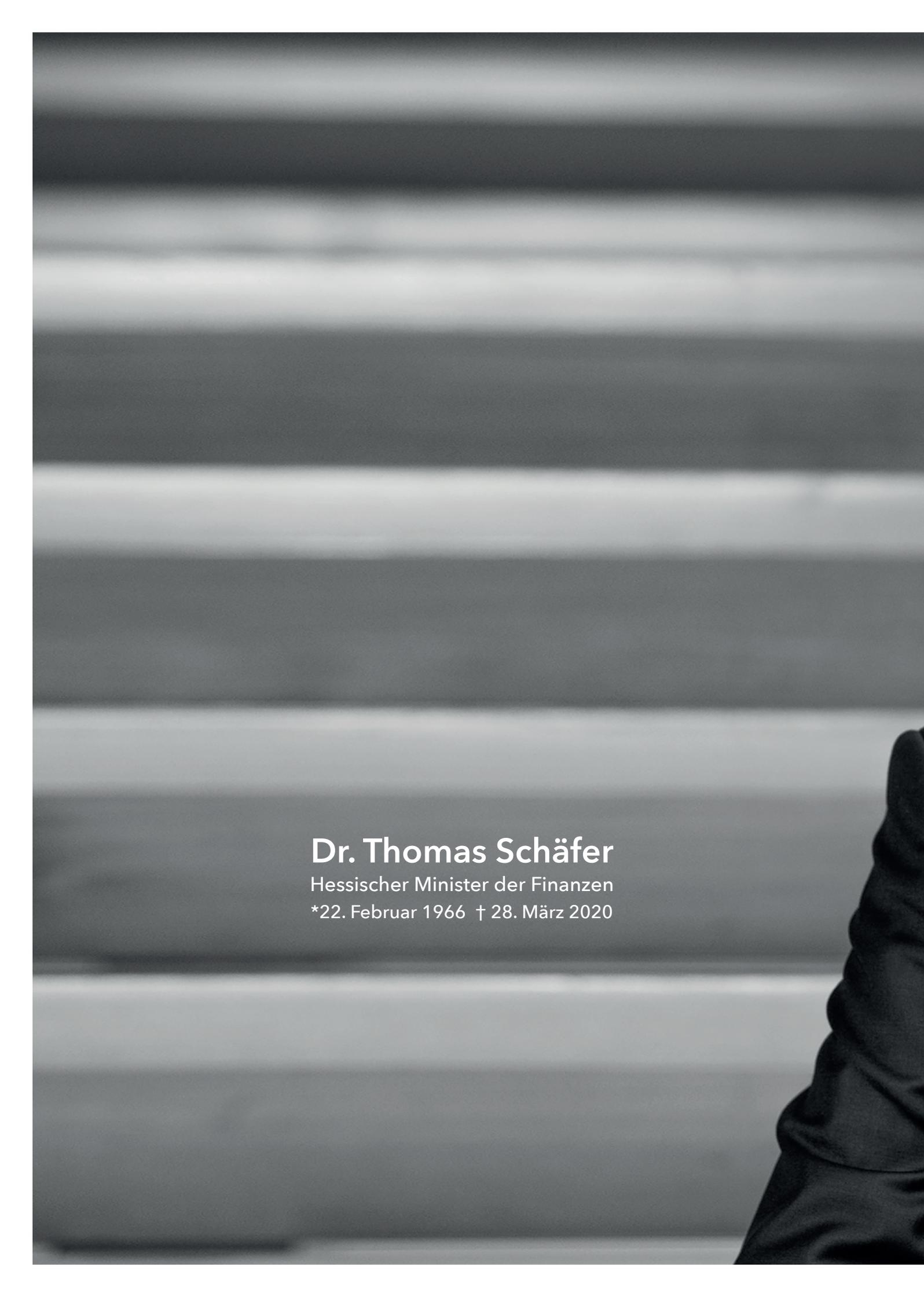
Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des HMdIS sowie seiner nachgeordneten Behörden möchte ich für den Einsatz in den vergangenen beiden Jahren herzlich danken. Angesichts der großen Aufgaben zum Schutz und zur Versorgung der Hilfesuchenden, die gegenwärtig zu uns kommen, baue ich einmal mehr auf Ihre Unterstützung, Ihr Engagement und Ihre Solidarität zum Wohle der Menschen in unserem Land.

Herzliche Grüße  
Ihr



**Peter Beuth**

Hessischer Minister des Innern und für Sport



**Dr. Thomas Schäfer**

Hessischer Minister der Finanzen

\*22. Februar 1966 † 28. März 2020



## 2020

Einführungen	
Vorwort Peter Beuth, Hessischer Innenminister	2
Interview mit Innenminister Peter Beuth	8
Themen, die bewegten	
Hessen bleibt besonnen	12
Kommunikativer Ansatz der Polizei	22
Landesregierung half Sportvereinen mit 24 Millionen Euro	24
Städte und Gemeinden in Pandemiezeiten unterstützt	26
Feuerwehr	28
Hessen wird digitaler	29
Hessen ist eines der sichersten Bundesländer	30
Smarte Lösungen für eine moderne Polizei	32
Öffentlichen Raum stärker schützen	33
KOMPASS	34
Stärkung der Integrität der hessischen Polizei	36
Drohschreiben: Tatverdächtiger in Berlin gefasst	38
Schutz der Einsatzkräfte	39
Anschlag von Hanau erschüttert Hessen	40
Hessens Einsatz gegen Extremismus	42

**Herausgeber**

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport  
Friedrich-Ebert-Allee 12, 65185 Wiesbaden

**Redaktion**

Michael Schaich, Benjamin Crisolli, Patrick Soldo

**Internetabruf**

www.innen.hessen.de

**E-Mail-Adresse**

pressestelle@hmdis.hessen.de

**Gestaltung & Realisation**

Grüztmacher GmbH, Agentur für Digital- und Printmedien, Frankfurt

**Bildnachweis:**

Seite 7, 16, 18, 19, 25, 27, 29, 30, 33, 39, 40, 43, 44, 60, 63, 64, 65, 68, 74, 96, 97, 100, 102, 111, 112, 121: Adobe Stockfotos / Seite 2: Stefan Krutsch / Seite 4, 5: HMdF/ Sabrina Feige / Seite 8-11, 14/15, 32, 35 (oben), 36/37, 47, 55, 56/57, 59, 66/67, 67, 72-73, 77, 79, 82/83, 89, 94 (oben), 98-99, 101-104, 107-111, 113-114, 117, 122, 124-127: HMdIS / Seite 8-11, 51, 123: Jörg Halisch / Seite 12/13: DPA/Picture Alliance / Seite 15 (oben): medical airport service GmbH / Seite 16, 45, 84: Hessische Staatskanzlei / Seite 20/21: Landkreis Kassel / Seite 22/23, 30, 34, 35 (Mitte), 37, 38, 39, 50 (obere), 72, 85, 87, 88/89, 90, 95, 105, 110, 116, 119, 120, 128: Polizei Hessen / Seite 24/25: Landessportbund Hessen / Seite 28: HMdIS/Frank Widmann / Seite 35: Stadt Kronberg im Taunus (unten) / Seite 46: RP Kassel / Seite 48: Gemeinde Aarbergen (oben) / Seite 48: Stadt Bad Homburg / Seite 49: Förderverein Rollstuhlbasketball Rhein-Main e.V. / Seite 50: Jeannette Faure (untere) / Seite 52: Stadt Marburg / Seite 54: Stadt Seligenstadt / Seite 68: Claudia Eckert/Hallenbadverein Buchenau / Seite 69: Jochen Haupt / Seite 70: Sportschule Grünberg / Seite 71: Marcel Edelmann / Seite 74: Lea Stenger / Seite 75: Stadt Tann (Rhön) / Seite 75-76: RP Gießen / Seite 76 (unten): SG Laufenselden / Seite 78: Marie-Sophie Künkel / Seite 84 (unten): Riehl Pictures / Seite 93, 94, 118: Hendrik Urbin/OSTHESSEN|NEWS / Seite 103 (unten): Stadt Taunusstein / Seite 106: Stadt Langen / Seite 112: Oro\_Photography / Seite 120: Angelika Stehle / Seite 121: Bundeswehr / Seite 129: DPA/Picture Alliance

© Februar 2022

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Hessischen Landesregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen so wie Wahlen zum Europaparlament. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Die genannten Beschränkungen gelten unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Druckschrift dem Empfänger zugegangen ist. Den Parteien ist es jedoch gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

1. Quartal 2020	
Meldestelle Hessengegenhetze	45
Hessen hat noch 422 Kommunen	46
Engagement im Feuerwehrwesen gefördert	47
Aarbergener und Bad Homburger Schwimmstätten profitieren	48
Sportminister besucht Mainhattan Skywheelers	49
Seeheim-Jugenheim ist neue KOMPASS-Kommune	50
Verein mit großer Geschichte und großer Zukunft	50
Mit neuen Löschfahrzeugen ins neue Jahrzehnt	51
Sonderförderprogramm für den Schutz öffentlicher Plätze	52
Demokratische Werte fest verankert	53
„Einhardstadt“ - Innenminister verleiht Zusatzbezeichnung	54
Freiwilliger Polizeidienst auch in Bad Salzschlirf unterwegs	54
Land unterstützt Digitalisierung der Kommunen	55
1. Fachkongress „Netzwerk Prävention“ im HMdIS	56
100 „Netzwerklotsen“ hessenweit im Einsatz	57
Kriminelle versuchen von Corona-Angst zu profitieren	58
2. Quartal 2020	
Ausgewogene Balance zwischen Familie und Beruf	59
20 Jahre Traineeprogramm	59
Sportlandschaft in allen Facetten erhalten	60
Weniger Menschen im Straßenverkehr getötet	61
Extremisten im Windschatten von Corona-Demos	62
Attacken auf Feuerwehrleute und Polizisten in Dietzenbach	63
Modernisierung der Videotechnik am Bahnhof Fulda	64
Polizei verstärkt Kampf gegen Wohnungseinbrüche	65
Gemeinsamer Besuch bei Einsatzkräften in Dietzenbach	66



## 2021

## 3. Quartal 2020

Oberster Garant für Hessens Sicherheit	67
61.000 Euro für das Hallenbad Buchenau	68
Auch Haverhill-Bad gefördert	68
Moderne Ausstattung und optimale Trainingsmöglichkeiten	69
Ideale Bedingungen für Sportschule Grünberg	70
Dank nach Rückkehr aus dem Libanon	71
Neue smarte Dienststelle für die hessische Polizei	72
Videoschutzanlagen in Wiesbaden gefördert	73
Wissenschaftsstadt wird KOMPASS-Stadt	74
Kleines Juwel wird modernisiert	75
Entschlossenes Handeln verdient höchsten Respekt	75
Hessens beste Auszubildende in Verwaltungsberufen geehrt	76
Fünf Top-Athleten starten duale Karriere	77
Vereinbarung zur Digitalisierungsberatung unterzeichnet	77
Neues Feuerwehrhaus für Bottenhorn	78
Steinbach wird 81. KOMPASS-Kommune	78
Eine zehnjährige Erfolgsgeschichte	79
Rechtsextremismus ist größte Bedrohung in Hessen	80
Mehr als 51 Millionen Euro für die Landeshauptstadt	82

## 4. Quartal 2020

Digitale Lernwelt für die hessische Feuerwehr	83
Leidenschaftlicher Einsatz für das Feuerwehrwesen	83
Kommunalpolitisches Urgestein ausgezeichnet	84
Über vier Jahrzehnte mit Herzblut für Heidenrod	84
Große Fülle an ehrenamtlichem Engagement	84
Hessen ist stolz auf seinen Topsportler	85
Hessenwam erhält „Wildwarner“ und Widgetfunktion	86
Eberhard Möller ist ein Gewinn für Offenbach	87
Innenminister Peter Beuth informiert sich im Dannenröder Forst	88
„Schutzfrau vor Ort“ für das Idsteiner Land	89
Sportminister Peter Beuth gratuliert Bob-Pilotin	89
Neue Fahrzeuge für Einstellungsberater der Polizei	90
Hessen intensiviert Kampf gegen Kindesmissbrauch	91

## 1. Quartal 2021

Eröffnung der Impfzentren in Hessen	93
Ehrung von erfolgreichen Polizeisportlern	95
Präventionsangebote bündeln	96
Sicherheit in Zeiten der Pandemie	97

## 2. Quartal 2021

Sportförderung in der Pandemie	99
So wenig Verkehrstote wie noch nie	101
Cybersicherheit in Hessen gestärkt	101
Hessen fördert innovative Cyberforschung	102
Hessen wird noch digitaler	103
Erinnerung an deutsch-jüdische Sportlerpersönlichkeiten	104
Lärmschutz auf hessischen Straßen	105

## 3. Quartal 2021

Gedenken an einen aufrechten Demokraten	106
Kultur des Hinsehens in der Polizeiarbeit fördern	107
Sicherheit in kleinen Kommunen weiter stärken	108
Hessen hilft Nachbarländern	109
Hessen lebt europäische Solidarität	111
Zeichen gelebter Inklusion	112
Innovation Hub 110	113
Kein Platz für Extremisten	114
Neues Polizeiflugzeug gelandet	116
Spitzensportförderung ausbauen	117
Moderne Geräte für den Katastrophenschutz	118

## 4. Quartal 2021

40 Jahre Frauen in der hessischen Schutzpolizei	119
Sport in der hessischen Polizei	120
Dr.-Horst-Schmidt-Stipendien an junge Sportler verliehen	120
Wertvolle Unterstützung in der Pandemie	121
Virtual Reality in Kreisausbildung	121
Großes Lohnplus für die Beschäftigten	122
Einsatz für Hessen mit ganzem Herzen	123
Stefan Sauer wird neuer Staatssekretär	124
Andreas Röhrig übernimmt Leitung des LKA	125
Hessischer Bewegungsscheck in Grundschulen	126
Wiesbadener mit Rettungsmedaille ausgezeichnet	127
Absicherung für Hilfsbereitschaft	127
Waldems wird 100. KOMPASS-Kommune	128
Aufruf zur Wachsamkeit	129

## Ausblick

Rekord-Investitionen in Innere Sicherheit	130
---	-----



INNENMINISTER PETER BEUTH IM CORONA-INTERVIEW

## WIR BRAUCHEN EIN VERNÜNFTIGES KRISENBEWUSSTSEIN IN UNSERER GESELLSCHAFT

**Herr Beuth, seit der letzten Jahresbilanz des Innenministeriums sind gut 730 Tage vergangen...**

Umso mehr freut es mich, dass wir jetzt gemeinsam auf diese zwei sehr ereignisreichen Jahre blicken können.

**Wie würden Sie diese zwei Jahre in zwei Sätzen zusammenfassen?**

Eine weltweite pandemische Krise mit historischen Ausmaßen hat die Welt weiterhin fest im Griff. Und wir kämpfen als gesamte Gesellschaft gegen einen winzigen, verschlagenen und sehr kreativen Gegner an.

**Hätten wir vor einem Jahr bilanziert, hätten wir uns wahrscheinlich auch gefragt: wann haben wir denn gewonnen?**

Weder für Hessen, noch Deutschland noch unseren Globus werden wir das auf einen einzelnen Tag legen können. Selbst wenn wir in der Bundesrepublik eine Woche keine einzige Infektion mehr hätten, wäre damit die Pandemie nicht besiegt. Aber

der Übergang in die Endemie ist natürlich das nächste Zwischenziel. In einer globalisierten Welt werden wir die Auswirkungen von lokalen Ausbrüchen aber trotzdem weiterhin spüren. Wenn bei uns aber genug Bürgerinnen und Bürger vollständig geimpft sind und das Gesundheitssystem gestärkt aus der Krise hervorgeht, werden vergleichsweise wenige Menschen dem Virus zum Opfer fallen. Die wirtschaftlichen, humanitären und geopolitischen Implikationen – auch für uns in Hessen – bleiben aber. Klar ist, wir werden mit dem Virus in all seinen Varianten dauerhaft leben müssen. Dafür braucht unsere Gesellschaft einen langen Atem.

**Was ist die wichtigste Lehre aus der Corona-Krise für den Hessischen Innenminister?**

Dass globale Krisen tatsächlich lokal in alle Lebensbereiche hineinwirken können. Dass sie lange anhalten können, aber das Niveau der Intensität mitunter stark schwankt. Die wichtigste Lehre aus unserem Ressortbereich ist, dass wir dauerhaft ein vernünftiges Krisenbewusstsein in der Gesellschaft brauchen. Dafür muss aber nicht jeder in dauerhafter Alarmbereitschaft sein.



### Was kann denn der oder die Einzelne tun, um sich besser vorzubereiten?

Lösen wir uns einmal kurz von Corona. Nach der Flutkatastrophe im Ahrtal waren tausende Menschen schlagartig von der Zivilisation abgetrennt: kein Strom, kein Wasser und kein Internet mehr. Die Zerstörung der kompletten Infrastruktur traf die Bürger dort über den Verlust geliebter Menschen hinaus. Ich musste dann auch an die Worte meines ehemaligen Amtskollegen Thomas de Maizière denken. Er hatte vor fünf Jahren darauf hingewiesen, dass jeder Haushalt zumindest Vorräte für zwei Wochen vorhalten sollte. Die öffentlichen Reaktionen waren daraufhin verheerend. Ihm wurde Panikmache vorgeworfen. Das Stichwort „Hamsterkäufe“ kursierte...

#### ... wie in der Corona-Krise.

Genau, die Bilder von leeren Lebensmittelregalen und den vor zwei Jahren gefühlt allgegenwärtigen Toilettenpapiermangel werden sicherlich viele Menschen zum Anlass genommen haben, die eigenen Vorräte noch einmal zu überprüfen. Der Punkt ist

aber doch der: wenn ein Großteil der Bevölkerung zumindest für sich selbst und seine Angehörigen mit Augenmaß vorsorgt, dann steigert das von vorneherein die Widerstandsfähigkeit unserer gesamten Gesellschaft, die sogenannte Resilienz. Aber natürlich muss auch der Staat seine Hausaufgaben machen, indem wir die Menschen auf Gefahren hinweisen und wenn nötig auch warnen. Und indem wir uns als Land mit unseren Sicherheitspartnern auf Augenhöhe regelmäßig austauschen, damit alle auf Ballhöhe sind, für den Fall, dass etwas Schlimmes passieren sollte. Die beste Vorsorge bei Corona heißt natürlich weiterhin Impfen.

### EIN TAG, AUF DEN WIR SEHNLICHST GEWARTET HABEN

#### Welche Bedeutung hat in dem Zusammenhang der 27. Dezember 2020 für Sie?

Das war ein Tag, auf den wir im Innenministerium und insbesondere auch in den hessischen Städten und Gemeinden sehnlisch gewartet hatten. Da begann die eigentliche Impfkampagne in Hessen. Eine der ersten Spritzen bekam eine Frankfurter Kran-



kenschwester, die selbst die Monate zuvor um das Leben ihrer Patientinnen und Patienten gekämpft hatte. Endlich waren die ersten Dosen da. Zwar in verschwindend geringen Mengen, aber es war ein Tag der Hoffnung für Millionen Hessen und tausende Ehren- und Hauptamtliche, die bereits im November die Weichen für die größte Impfkampagne in der Geschichte unseres Landes gestellt hatten.

**Es dauerte dann aber für viele Menschen noch Monate, bis der erste Pieks sie erreichte.**

Weil wir zunächst viel zu wenige Impfdosen bekamen, so wie die anderen Bundesländer auch. Deshalb musste auch streng priorisiert werden, nach den Vorgaben der Bundesregierung und ihrer Berater. Als wir anfangs nicht ausreichend Vakzine für unsere 28 Impfzentren hatten, war tatsächlich jede Dosis schon verplant und zwar für diejenigen, die sie am dringendsten benötigten: Senioren in Pflegeheimen, Krankenpflegerinnen und weiteres

medizinisches Personal. Ich kann gut verstehen, dass viele Bürgerinnen und Bürger sich damals fragten, wann sie selbst an der Reihe sind. Aber nach meiner Einschätzung hatten die allermeisten Verständnis für diese Ausnahmesituation.

**War das auch eine Ausnahmesituation für die Verwaltung?**

Natürlich war sie das. Einfach ausgedrückt war unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Dosen dort ankommen, wo geimpft wird. Und dass gemäß der Priorisierung zuerst die Menschen einen Termin bekamen, die an der Reihe waren. Dafür haben wir im Krisenstab der Landesregierung unsere Taskforce Impfkoordination aktiviert, die zwischenzeitlich gut 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hatte. Die meisten aus dem Innenressort und der Polizei, wir haben aber von allen Ressorts, der Bundeswehr und vielen weiteren Behörden Unterstützung bekommen. Dabei ging es zum Beispiel um die Logistik, die Erfassung von Impfungen, Sicherheit und natürlich medizinische Fragen.

### **Was entgegnen Sie kritischen Stimmen, die sagen, die Impfzentren waren zu teuer?**

Es war von Anfang an klar, dass die Durchschnittsspritze im Impfzentrum teurer wird als in der Arztpraxis. Deshalb waren das auch temporäre Einrichtungen, in denen streng nach Priorisierung geimpft wurde. Zu Beginn der Impfkampagne hätte der Impfstoff von BioNTech gar nicht in Praxen zum Einsatz kommen können, weil die Ultratiefkühlung dort nicht vorhanden war, die damals unbedingt nötig war. Die Impfzentren waren notwendig und sie waren ein Stabilitätsanker in der hessischen Kampagne. Hand in Hand mit den Kommunen haben wir dafür gesorgt, dass Millionen Menschen dort ihre schützenden Dosen bekommen konnten.

### **Wie bewerten Sie die Diskussion um die Impfpflicht in Deutschland?**

Aus meiner Sicht sollte es bei dieser Frage einen größtmöglichen gesellschaftlichen Konsens geben. Und den erzielen wir kaum, wenn die Bundesregierung zu so einer grundlegenden Frage sprachlos bleibt. Klar ist jedenfalls, dass es in der Bundesrepublik eine vergleichsweise kleine, aber dafür lautstarke Minderheit irrationaler Impfgegner gibt. Jegliche Form der Unentschlossenheit nehmen insbesondere die radikaleren Vertreter der Querdenkerszene dankbar auf.

### **UNSERE SICHERHEITSBEHÖRDEN SIND SEHR WACHSAM**

#### **Wächst in diesem Spektrum gerade eine neue extremistische Bewegung in Deutschland und damit auch in Hessen?**

Die Querdenker-, Coronaleugner- und Impfgegnerszene ist sehr heterogen. Teile der Szene radikalieren sich und es gibt offenkundige Bezüge zu Rechtsextremisten. Wenn der „Dritte Weg“ oder die NPD sich unter die Montagsspaziergänger mischen, dann ist das eine Entwicklung, die wir mit Sorge sehen. Unsere Sicherheitsbehörden sind deshalb sehr wachsam und arbeiten so eng zusammen, wie es rechtlich erlaubt ist. Das gilt insbesondere auch für die Auswertung sogenannter Sozialer Medien. Dort tummeln sich neben Verschwörungstheoretikern und Coronaleugnern auch Straftäter, die Menschen bedrohen. Da gehen wir mit aller Konsequenz und der Härte des Rechtsstaats gegen vor. Wichtig ist mir aber auch zu sagen, dass unabhängig von Inzidenzen Bürgerinnen und Bürger stets das Recht haben, sich friedlich zu versammeln und zu demonstrieren.

### **Ist die Kriminalität aufgrund von Corona eine andere als noch vor zwei Jahren?**

Natürlich verbreiteten sich mit dem Virus auch neue Phänomene, die es vorher nicht gab. Die „Corona-Maschen“ als Abwandlung des „Enkel-Tricks“, Betrugsdelikte mit erschlichenen Corona-Hilfen oder gefälschte Impfnachweise sind Beispiele dafür. Der sehr positive Trend der abnehmenden Wohnungseinbrüche hat sich noch einmal dadurch verstärkt, dass sich viel mehr Menschen zu Hause aufgehalten haben. Bei all den Verlusten, die wir durch Corona zu beklagen haben, hatte das Virus stellenweise auch etwas Gutes. Insgesamt ist die Kriminalitätsbelastung jedenfalls weiter gesunken. Insbesondere der hessischen Polizei haben wir aber diese positive Entwicklung zu verdanken. Die Kolleginnen und Kollegen haben ihre gute Arbeit – trotz Corona – fortgesetzt. Dass die Kriminalitätsbelastung weiter sinkt, ist jedenfalls kein Pandemieeffekt. Es ist das Ergebnis des großen persönlichen Einsatzes der Frauen und Männer bei der Polizei, trotz widriger Bedingungen.

### **Zählen oder zehren Corona-Jahre eigentlich doppelt?**

Natürlich haben diese 730 Tage an vielen von uns gezehrt, ob im Dienst oder im Privatleben. Ich weiß auch, dass das für ganz viele schwer zu jonglieren war und teilweise noch ist. Zum Beispiel, weil das Wohnzimmer zum Homeoffice umfunktioniert wurde und parallel die Kinder betreut werden mussten, weil Kita oder Schule geschlossen waren. Dienstplanbedingt haben sich Kollegen teilweise monatelang nicht in Fleisch und Blut gegenübergestellt. Wenn ich an unsere Partner und Freunde in den Feuerwehren, Vereinen, im Ehrenamt insgesamt denke, dann weiß ich, dass sie sich tapfer gehalten haben, aber natürlich geht es auch da um Verluste in dieser schwierigen Zeit.

### **Werden wir nach der Pandemie wieder neu lernen müssen, aufeinander zuzugehen?**

Nein, das glaube ich nicht. Selbst zwischen den Corona-Wellen war es immer so, dass die menschlichen Kontakte – also unsere Begegnungen – wieder drastisch anstiegen. Und das waren ja nur Pandemie-Pausen. Bei all den Quotienten und mathematischen Modellen, die wir in den letzten zwei Jahren zu Rate ziehen mussten, ist das übrigens ein sehr ermutigender Gedanke, wie ich finde. Ich freue mich jedenfalls darauf, wieder mehr unter Menschen zu sein, ob dienstlich oder privat. Es gibt viel nachzuholen!

## CORONA-KABINETT KOORDINIERT MASSNAHMEN

Um der nie dagewesenen Krise entschlossen zu begegnen, hat die Hessische Landesregierung am 16. März 2020 den ständigen „Kabinettsausschuss zur Koordinierung der Corona-Krise“ unter Vorsitz von Ministerpräsident Volker Bouffier eingerichtet. In zahllosen Sitzungen im Verlauf der Jahre 2020 und 2021 wurden notwendige politische Schritte im Kampf gegen das neuartige und hochinfektiöse Corona-Virus und zum Schutz der Bevölkerung beschlossen.



## GEMEINSAM GEGEN DAS NEUARTIGE VIRUS

# HESSEN BLEIBT BESONNEN

Lockdown, Maskenpflicht, Abstandsgebot, Immunitätsnachweis: kein Ereignis der letzten Jahrzehnte hat das öffentliche und private Leben weltweit in den vergangenen beiden Jahren so sehr geprägt, wie die Bekämpfung der Corona-Pandemie und deren Auswirkungen. Dies galt und gilt natürlich auch für Hessen.

Dabei haben wir viel über das neuartige Virus – in all seinen Varianten – und die damit verbundenen Krankheitsanzeichen sowie seine Verbreitungswege gelernt. Der Mund-Nase-Schutz ist ebenso in den Alltag eingekehrt wie Abstand halten, regelmäßiges Händewaschen oder die Vermeidung des Händeschüttelns zur Begrüßung. Mit Vorsicht und Rücksicht trugen viele Hessinnen und Hessen dazu bei, dass die Anzahl der Neuinfektionen in noch regelbarem Maße blieb.

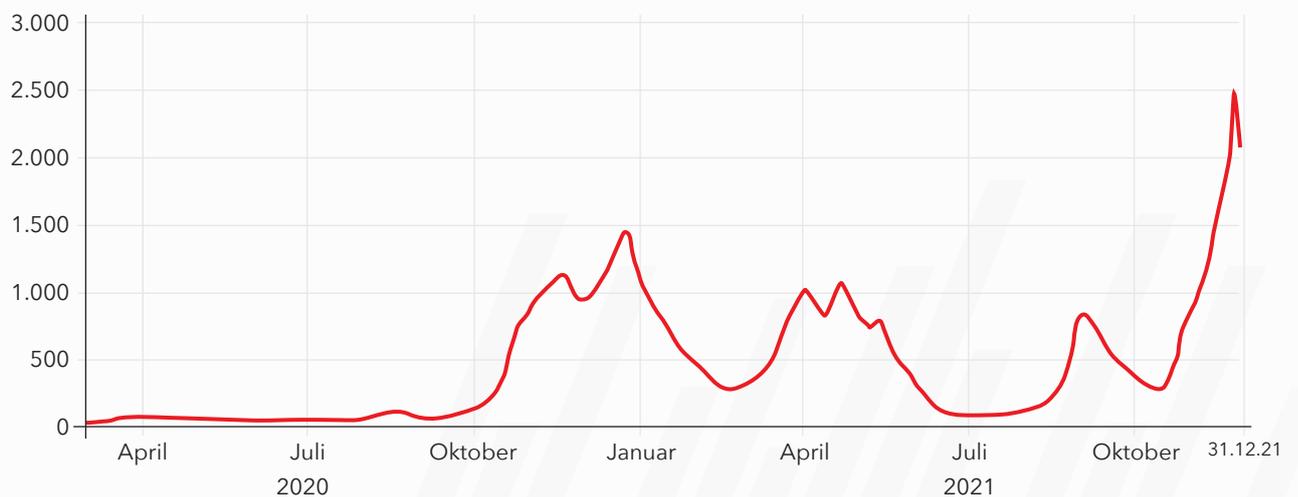
Das vorbildliche Verhalten war umso bedeutsamer, da die Leistungsfähigkeit des Gesundheitssystems bereits zu Beginn der Pandemie innerhalb weniger Wochen einer Belastungsprobe unterzogen wurde. Einhergehend mit dem raschen Aufkommen musste innerhalb kürzester Zeit die Anzahl der Betten mit Beatmungsgeräten in Hessen deutlich erhöht werden, um auf die schlimmsten Befürchtungen und Szenarien vorbereitet zu sein. Gleichzeitig galt es alle Hebel in Bewegung zu setzen, um die erforderlichen Testkapazitäten zum Nachweis des Virus in Hessen stetig auszubauen.

Darüber hinaus musste zunächst schnellstmöglich der große Bedarf dringend benötigter Schutzausrüstung, wie beispielsweise Atemschutzmasken, Körperschutzanzüge, Einmalhandschuhe und Desinfektionsmittel beschafft werden. Ein Impfstoff lag zu Beginn der Pandemie noch in weiter Ferne.



(V.l.n.r.) Michael Bußer, Sprecher der Hessischen Landesregierung, Gesundheitsminister Kai Klose, Ministerpräsident Volker Bouffier, Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir, Kultusminister Alexander Lorz und Innenminister Peter Beuth während einer Pressekonferenz am 13. März 2020 in der Staatskanzlei.

#### AUSBREITUNG DES CORONA-VIRUS IN HESSEN - FÄLLE PRO TAG (STAND 31.12.2021, QUELLE RKI)

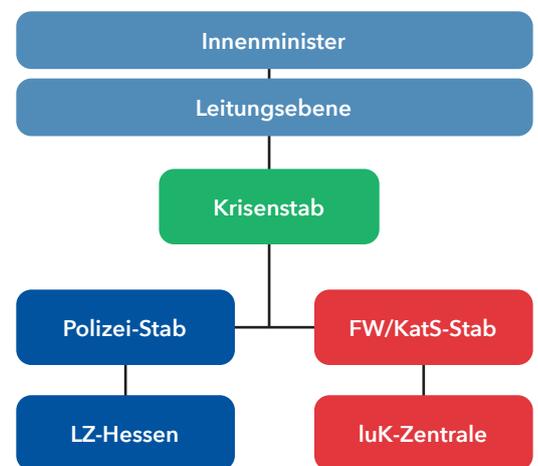


## KRISENSTAB DER LANDESREGIERUNG EINBERUFEN

Zur Koordinierung aller politisch notwendigen Maßnahmen und zum Monitoring des täglichen Infektionsgeschehens beschloss das Corona-Kabinett die Aktivierung des Krisenstabs der Hessischen Landesregierung. Das Hessische Ministerium des Innern und für Sport hatte bereits mit Bekanntwerden des ersten Corona-Verdachtsfalls die Einberufung seines Krisenmanagements vorbereitet. Unter Leitung von Innenminister Peter Beuth sowie Gesundheitsminister Kai Klose setzte sich das dauerhaft eingerichtete Gremium aus den Staatssekretären der Ministerien oder ihren Vertretern sowie einem ressortübergreifenden Arbeitsstab zusammen und beriet den „Kabinettsausschuss Corona“ unter Vorsitz von Ministerpräsident Volker Bouffier.

Der Krisenstab der Landesregierung ermöglichte, die Vielzahl der ressortübergreifenden Maßnahmen zentral zu steuern und eine einheitliche innerbehördliche Abstimmung und Kommunikation zu ermöglichen. Der Arbeitsstab bestand aus Experten der Polizei, des Gesundheitswesens, des Brand- und Katastrophenschutzes sowie aller übrigen Fachressorts. Er bereitete die Entscheidungen der Leitungsebene vor und sammelte grundlegendes Datenmaterial zu allen Aspekten der Corona-Krise.

Darüber hinaus diente das Arbeitsgremium den Landkreisen, Städten und Gemeinden sowie alle Gefahrenabwehrbehörden als einheitlicher Ansprechpartner. Nicht zuletzt erleichtert er die Bewertung und zielgerichtete Abstimmung von Maßnahmen in Hessen unter der Berücksichtigung der Vorgehensweisen anderer Staaten zur Bekämpfung der Corona-Epidemie.



Der Krisenstab im HMDIS zu Beginn der Pandemie





### SCHUTZAUSSTATTUNG: TASK FORCE EINGERICHTET

Die Beschäftigten des Gesundheits- und Pflegesektors benötigten zeitgleich zuverlässige Schutzausstattung, um infizierte Menschen bestmöglich zu versorgen und gleichzeitig die eigene Gesundheit zu schützen. Aufgrund der dringend benötigten Schutzausstattung und des medizinischen Bedarfs wurde im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport Ende März 2020 die „Task Force Koordination Beschaffungsmanagement und Verteilung“ eingerichtet, der zu Spitzenzeiten fast 180 Mitarbeiter aus unterschiedlichen Behörden der hessischen Landesverwaltung angehörten.

Die Arbeit der Task Force, die in engem Austausch mit allen betroffenen Ressorts sowie dem Bund und den Ländern stand, umfasste dabei drei zentrale Schwerpunkte: Die Informationsbereitstellung, die Beschaffung und anschließend die Verteilung dringend benötigter Schutzausrüstung für die zu koordinierenden Krankenhäuser. Dies umfasste insbesondere die Organisation und die Logistik der Verteilung vom Bund über das Katastrophenschutz-Zentrallager in Wetzlar über die Verteilbezirke hin zu den Versorgungsgebieten.



### AUSLIEFERUNG VON 240 MILLIONEN PSA-GÜTERN (PERSÖNLICHE SCHUTZ- AUSRÜSTUNG)

- Rund 127 Millionen Masken
- Rund 111 Millionen Paar Handschuhe
- Rund 2 Millionen weitere PSA-Güter wie Schutzbrillen, -kittel und -anzüge
- Rund 650 Tausend Liter Hand- und Flächendesinfektionsmittel

## VERMEIDUNG SOZIALER KONTAKTE

Der reguläre Schulbetrieb in Präsenz sowie die Betreuung in Kindergärten und Krippen wurden auf den Höhepunkten der ersten bis zur dritten Welle ausgesetzt und eine Notfallkinderbetreuung sichergestellt. Auch Spielplätze und Sportstätten, wie Schwimmbäder oder Fußballplätze, mussten zum Gesundheitsschutz geschlossen werden. Auf den Besuch weiterer Vergnügungs-, Kultur- und Freizeitstätten, wie Kinos, Theater oder Zoos, musste ebenso verzichtet werden. Auch die Durchführung von Gottesdiensten oder der Besuch naher Angehöriger in Alten- und Pflegeheimen waren aufgrund der Infektionslage viele Wochen nicht möglich. Bestattungen und Trauerfeiern konnten nur unter strikter Einhaltung von Abstandsgebot und Hygienekonzept stattfinden.

Viele Landes- und Kommunalverwaltungen in Hessen blieben unterdessen für den Publikumsverkehr geschlossen. Auch die Kommunalparlamente verschoben aufgrund der Corona-Pandemie ihre Sitzungen. Damit die Rathäuser und Dienststellen des Landes Hessen in der Krise funktionsfähig bleiben, wurden ihnen detaillierte Handlungsanweisungen durch das HMdIS zur Verfügung gestellt. Dies diente der Fürsorge der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Insbesondere Beschäftigten mit einem erhöhten Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf bei COVID-19 wurde die Möglichkeit des Arbeitens von zuhause ermöglicht.



„Europa, Deutschland und auch Hessen befinden sich momentan im Epizentrum der Pandemie. Alles, was wir tun, dient dem Zweck, der weiteren Ausbreitung des Virus entgegenzuwirken. Diese Schritte zu gehen, ist für uns nicht leicht. Sie sind jedoch notwendig.“

MINISTERPRÄSIDENT VOLKER BOUFFIER  
AM 20. MÄRZ 2020

Zusätzlich beschloss der Hessische Landtag ein „Gesetz zur Sicherung der kommunalen Entscheidungsfähigkeit und zur Verschiebung der Bürgermeisterwahlen“. Hessischen Kommunen wurde die Möglichkeit eingeräumt, dringliche und unaufschiebbare Beschlüsse auf einen Ausschuss zu übertragen, der diese per Umlaufverfahren ohne persönliches Treffen zu einer Entscheidung bringen kann. Wegen der verbundenen Ansteckungsgefahr im Wahllokal und der zu befürchtenden geringen Wahlbeteiligung mussten in Hessen darüber hinaus mehr als 40 Bürgermeisterwahlen verschoben werden.



## SCHUTZ DER GESUNDHEIT ALS OBERSTES ZIEL

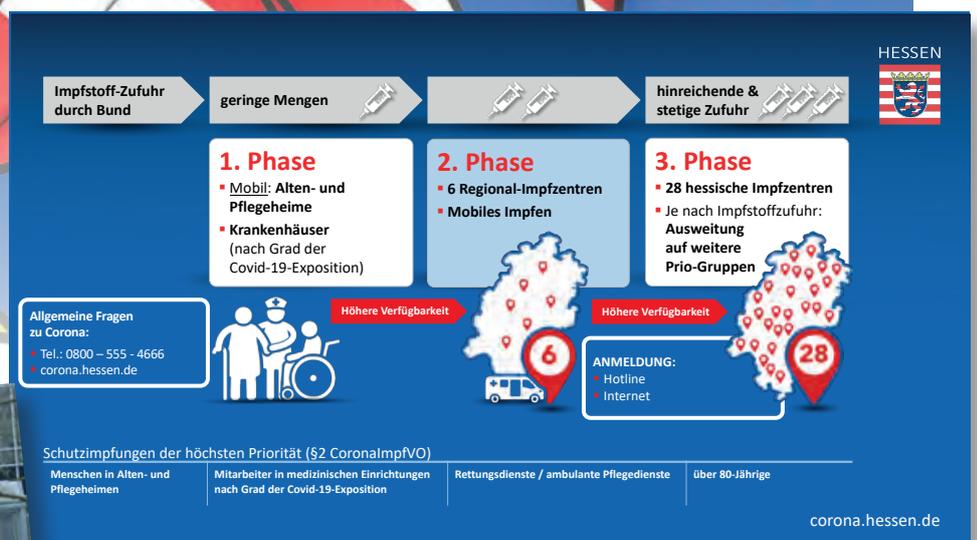
Alle Maßnahmen dienen der Reduzierung der sozialen Kontakte, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen und die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger – insbesondere vulnerabler Risikogruppen – bestmöglich zu schützen. Zu den tiefgreifenden Maßnahmen gehörten permanent auf die aktuellen Infektionszahlen angepasste Regelungen zu den Kontaktbeschränkungen und -lockerungen. So war mit Beginn der Corona-Pandemie in Hessen der Aufenthalt im öffentlichen Raum mit Zunahme der an COVID-19 Infizierten zunächst auf zehn, dann auf fünf Personen und schließlich nur allein mit den Angehörigen des eigenen Hausstandes oder einer weiteren Person gestattet. Gleichzeitig musste die Obergrenze für Versammlungen und Treffen auf 100 Teilnehmer, in einem weiteren Schritt dann auf fünf Personen reduziert werden.



# #HESSEN BLEIBT BESONNEN

## VIERTE WELLE: HESSEN IST KRISENERPROBT

Die Corona-Pandemie hat Deutschland und Hessen in den vergangenen beiden Jahren vor historisch große Herausforderungen gestellt. Die Corona-Krise ist noch nicht überwunden und der Schutz von Menschenleben wird auch weiterhin das Handeln der Hessischen Landesregierung prägen.





### **BUßGELDER ZUM SCHUTZ DER BEVÖLKERUNG**

Der ganz überwiegende Teil der Bürgerinnen und Bürger in Hessen zeigte sich solidarisch und hielt sich an die Verordnungen und die Hygiene- und Abstandsregeln. Zum Schutz der Bevölkerung vor dem Corona-Virus verabschiedete die Hessische Landesregierung daher mit Wirkung zum 3. April 2020 einen weitreichenden Bußgeldkatalog. Das Kabinett legte damit fest, welche Verstöße gegen die Verordnungen zur Bekämpfung des Corona-Virus als Ordnungswidrigkeiten geahndet werden könnten. Diese Maßnahme diene insbesondere den Gesundheits- und Ordnungsämtern sowie der Polizei, welche die Einhaltung der Vorgaben nunmehr handlungssicher und landeseinheitlich kontrollieren konnte.

### **VERLANGSAMUNG DES INFEKTIONSGESCHEHENS**

Dass die tiefgreifenden Maßnahmen der Hessischen Landesregierung im Frühjahr 2020 erfolgreich waren, zeigte sich ab Mitte April 2020 mit Verlangsamung des Infektionsgeschehens. Schrittweise konnten nunmehr Lockerungen sowie neue Maßnahmen und Regelungen vorgenommen werden. Sowohl für den Einzelhandel als auch für die Gastronomie traten Erleichterungen ein. Auch der Besuch von Gottesdiensten und Pflege- und Altenheimen wurde unter Einhaltung von Hygienemaßnahmen wieder möglich. Ebenfalls konnten wieder mehr Menschen gemeinsam zum Sport sowie kleinere Sportwettbewerbe besuchen. Die für Messen, Konzerte, Kinos und Theater zwischenzeitlich geltende Fünf-Quadratmeter-Regel für Sitzplätze und Zehn-Quadratmeter-Regel für Stehplätze konnte aufgehoben werden. Veranstaltungen mit mehr als 250 Personen blieben vom Gesundheitsamt genehmigungspflichtig, öffentliche Tanzveranstaltungen aufgrund der erhöhten Infektionsgefahr hingegen weiterhin verboten.

Einhergehend mit der Öffnung des öffentlichen Lebens trat Ende April 2020 die Maskenpflicht ein, die für die Bürgerinnen und Bürger zunächst im ÖPNV, in Geschäften, Bank- und Postfilialen verpflichtend wurde. Wer hier gegen die Maskenpflicht verstieß, musste in Hessen mit einem Bußgeld in Höhe von 50 Euro rechnen. Mit dem Ziel, das Verständnis für die gegenseitige Rücksichtnahme und Solidarität herzustellen, wurden die Bußgelder in der Regel erst verhängt, wenn bei Kontrollen im Einzelfall ein bewusster oder wiederholter, willentlicher Verstoß gegen die Pflichten festgestellt wurde.

## RP KASSEL UND GIESSEN BEARBEITEN SOFORTHILFE UND ÜBERBRÜCKUNGSHILFEN

Um die wirtschaftlichen Auswirkungen des Corona-Virus rasch abfedern zu können, griff die Hessische Landesregierung kurzfristig kleinen und mittleren Unternehmen mit Überbrückungskrediten unter die Arme. Selbstständige, Gewerbetreibende, Freiberufler sowie Unternehmen mit maximal 50 Mitarbeitenden, die sich unmittelbar infolge der Corona-Pandemie in einer existenzbedrohenden wirtschaftlichen Lage befanden und massive Liquiditätsgpässe erlitten, konnten ab dem 30. März 2020 einen einmaligen, nicht rückzahlungspflichtigen Zuschuss beantragen. Innerhalb weniger Wochen und Monate wurden mehr als 130.000 Anträge auf Soforthilfe beim Regierungspräsidium in Kassel eingereicht und es konnten mehr als 940 Millionen Euro ausgezahlt werden. Diese Unterstützung half vielen hessischen Betrieben, die unverschuldet in finanzielle Schwierigkeiten gekommen sind, über die schwere Zeit hinweg.

Da trotz der zunehmenden Lockerungen etliche engagierte Unternehmerinnen und Unternehmer in Hessen mit enormen Umsatzeinbrüchen zu kämpfen hatten, wurden sie zusätzlich durch eine Corona-Überbrückungshilfe, eine Liquiditätshilfe des Bundes zur Existenzsicherung, unterstützt. Die Überbrückungshilfen waren Zuschüsse zu den Fixkosten der Unternehmen, die sich an der Höhe des Umsatzrückgangs bemessen. In Hessen hatten bis zum Herbst 2020 mehr als 8.000 Kleinunternehmen und mittelständische Firmen Anträge gestellt. Mehr als 70 Millionen Euro konnten bis dahin bewilligt werden.

- 130.000 Anträge auf Soforthilfe bei RP Kassel
- 940 Millionen Euro ausgezahlt
- 8.000 Kleinunternehmen und Mittelständler stellen Antrag auf Überbrückungshilfe bei RP Gießen
- 70 Millionen Euro bewilligt

”Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Regierungspräsidien haben herausragend gute Arbeit geleistet und mit beeindruckendem Tempo dafür gesorgt, dass die Hilfen schnell ausgezahlt werden konnten. Ich bin allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr dankbar, dass sie die zusätzliche Arbeit übernommen haben, um den Schaden für Selbstständige und Unternehmer in Folge der Corona-Krise durch schnelle Hilfe abzufedern

INNENMINISTER PETER BEUTH

## IMPFKAMPAGNE

Die größte Impfkation in der Geschichte des Landes Hessen startete am 27. Dezember 2020 mit der ersten Lieferung von zunächst nur 10.000 Impfdosen durch den Bund. Im Vorfeld waren die 28 hessischen Impfzentren durch die Hessische Landesregierung in Zusammenarbeit mit den Kommunen in Rekordzeit aufgebaut worden. Federführend war hierbei die im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport angesiedelte Taskforce Impfkoordination des Krisenstabs der Hessischen Landesregierung unter der Leitung von Abteilungsleiter Dr. Tobias Bräunlein, in der zeitweise bis zu fast 150 Frauen und Männer gearbeitet haben. Unterstützt wurde die Einheit von allen Ministerien und nachgeordneten Behörden sowie der Bundeswehr. Die IT-Ausrüstung der Impfzentren und das Terminierungsverfahrens für die Impftermine wurde von einem Stab

Impf unter der Leitung von Abteilungsleiter Ralf Stettner, der sich aus den IT-Experten des Landes zusammensetzte, gewährleistet.

Die hessischen Impfzentren waren insbesondere zu Beginn der Pandemie, als noch keine ausreichenden Impfstoff-Mengen zur Verfügung standen, unerlässlich für einen gerechten Zugang zur Schutzimpfung. Sie waren Anlaufstelle für den flächendeckenden, wohnortnahen und verlässlichen Schutz vor dem Coronavirus in Hessen. Aufgrund der geringen Impfstoffverfügbarkeit und entsprechend der STIKO-Empfehlung war die hessische Impfkampagne strategisch in drei Phasen gegliedert. So wurden zunächst mobile Impfungen bei jenen vorgenommen, die den Schutz vor dem gefährlichen Virus am dringendsten benötigen: In Alten- und

Pflegeeinrichtungen und bei medizinischem Personal, das auf den Covid Intensivstationen gegen das Virus kämpfte. Mit der zunehmenden Bereitstellung von Impfstoff durch den Bund und nachdem ein Großteil in Alten-, Pflegeheimen und Krankenhäusern geimpft werden konnte, wurden sechs Regionale Impfzentren am 19. Januar 2021 eröffnet, die im Wesentlichen die Impfungen bei Frauen und Männern, die 80 Jahre und älter waren, vornahmen.

Mit der stetigeren Impfstoffzufuhr nach Hessen wurden dann die weiteren 22 hessischen Impfzentren am 9. Februar 2021 in Betrieb genommen.



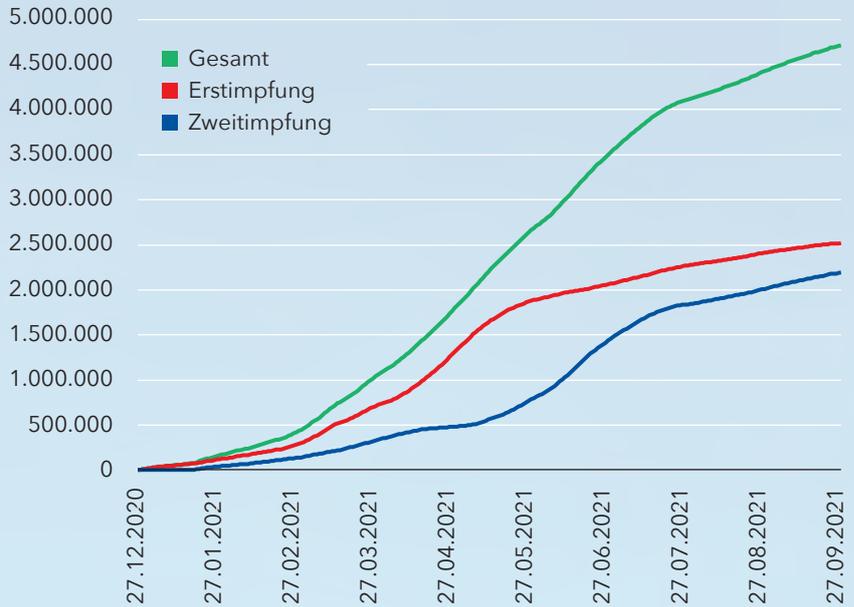
### HESSISCHE IMPFZENTREN

- 28 Impfzentren
- Mehr als 5.000 Mitarbeiter in den Impfzentren
- 4,7 Millionen durchgeführte Impfungen
- 890.000 Impfungen in Impfzentren allein im Mai
- 60% der Impfungen in Hessen in Impfzentren

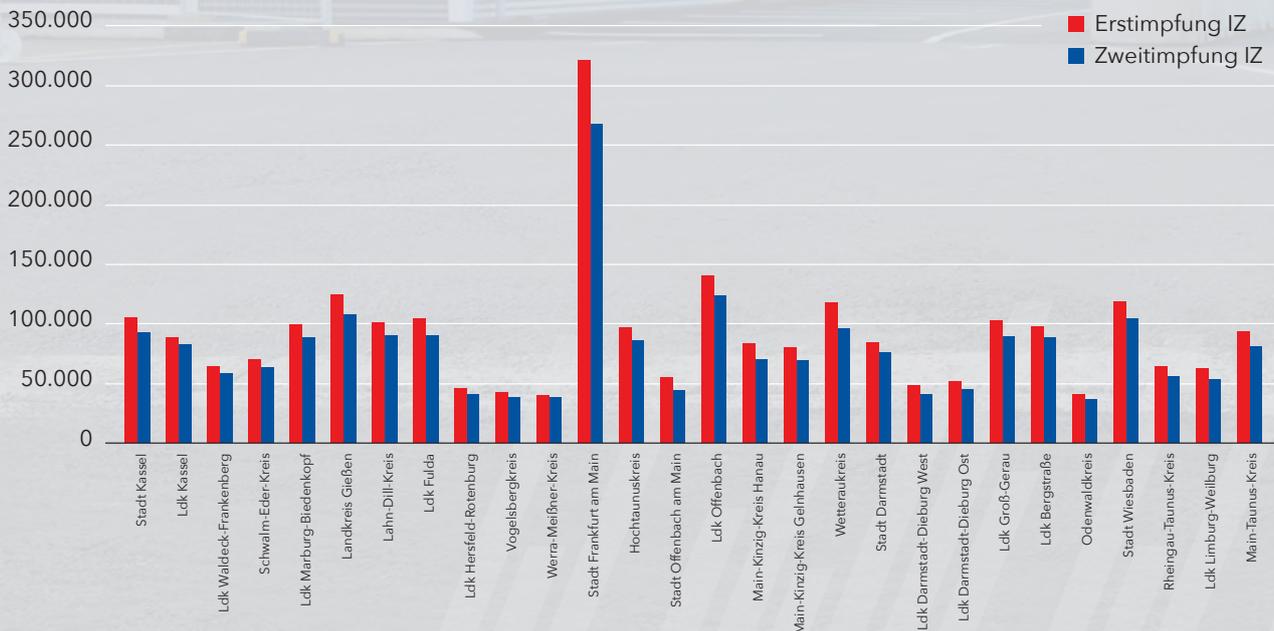
Einhergehend mit ausreichend vorhandenem und logistisch einfacher zu verteilendem Impfstoff wurden die Impfzentren am 30.09.2021 geschlossen. Insgesamt waren über mehrere Monate mehr als 5.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Zentren im Einsatz. Rund 4,7 Millionen einzelne Schutzimpfungen sind in den 28 hessischen Impfzentren gegen das Corona-Virus verabreicht worden. Die weitere Versorgung der Bevölkerung mit Impfungen wurde mit der Regelversorgung durch Haus- und Fachärzte sowie dem Öffentlichen Gesundheitsdienst ab dem 1. Oktober 2021 sichergestellt.

Rund 4,7 Millionen Impfungen erfolgten bis Ende September 2021 in den 28 hessischen Impfzentren. Mehr als 3,2 Millionen Impfungen erfolgten mit dem Impfstoff von BioNTech. Darüber hinaus wurden mehr als 800.000 Moderna-, mehr als 600.000 AstraZeneca- und mehr als 80.000 Impfungen mit dem Einmalimpfstoff von Johnson&Johnson vorgenommen.

**IMPFZAHLEN IN HESSEN BIS SEPTEMBER 2021**



**IMPFZAHLEN NACH LANDKREISEN (JANUAR BIS SEPTEMBER 2021)**



Hessen bleibt sicher

## KOMMUNIKATIVER ANSATZ DER POLIZEI

Die Corona-Krise und die damit verbundenen Kontaktbeschränkungen und Verordnungen führten zu einer grundlegenden Veränderung des Arbeitsalltages der hessischen Polizei. Für die Kolleginnen und Kollegen war die Begleitung von Fußballspielen oder von Volksfesten, wie dem Hessestag, weggefallen und auch auf den Straßen und Plätzen in Hessens Städten und Gemeinden war es zwischenzeitlich ruhiger. Gleichzeitig meldeten sich so viele Hinweisgeber wie selten zuvor. Egal ob Jugendliche mit lautstarker Musik in einem Park oder Familien auf zwischenzeitlich gesperrten Spielplätzen: Der Polizei kam verstärkt die wichtige Aufgabe zu, die notwendig gewordenen Kontaktbeschränkungen zu kontrollieren und zu sanktionieren. Der vorgelebte kommunikative Ansatz führte im Dienstalltag mit den Bürgerinnen und Bürgern in den allermeisten Fällen zum Erfolg, zu Verständnis und Einsicht.

Neben aktiver Pressearbeit klärte die Polizei in den Sozialen Medien – Facebook, Twitter, Instagram – in bewährter und zuverlässiger Weise auch über neu aufgekommene Betrugsmaschen in Zusammenhang mit dem Corona-Virus auf. Informationen erhielten die Bürgerinnen und Bürger in Hessen auch über die Sicherheits-App hessenWARN.

Auch Demonstrationen und Proteste gegen die geltenden Beschränkungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie wurden begleitet. Dabei kam den Kolleginnen und Kollegen die schwierige Aufgabe zu, das Recht auf Versammlungsfreiheit mit den notwendigen Verordnungen nach dem Infektionsschutzgesetz abzuwägen.

Im Rückblick bewies die Polizei in den vergangenen beiden Jahren einmal mehr, dass sie sich mit hoher Einsatzbereitschaft und gelebter Bürgernähe auch auf eine noch nie dagewesene Lage gut einstellen kann. So hielt sich der Großteil der Bürgerinnen und Bürger an die notwendig gewordenen Verordnungen und brachte großes Verständnis und Respekt für die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen auf. Grundsätzlich hatten die Bürger das notwendige Maß an Vorsicht und Achtsamkeit in der Öffentlichkeit gut verinnerlicht. Nur wenige zeigten sich uneinsichtig, so dass die Polizei im Zuge der Amtshilfe tätig werden musste.



## SCHUTZ DER KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN

Damit die Polizei kein größerer Personalausfall durch Corona trifft und die Handlungsfähigkeit sichergestellt ist, wurde ein landesweit einheitliches Schichtdienstmodell eingeführt. Der Vier-Schicht-Betrieb stellte sicher, dass Dienstgruppen möglichst wenig Überschneidungen haben und nicht in Kontakt kommen. Besprechungen und Fortbildungen wurden reduziert. Ein Teil der Kolleginnen und Kollegen arbeitete zudem aus dem Homeoffice. Hierfür wurde die Anzahl der dienstlichen Laptops und Smartphones erhöht. Darüber hinaus wurden die Beamtinnen und Beamten im Intranet sowie per Mail umfassend über organisationsinterne Entwicklungen informiert. Weiterhin wurden polizeieigene COVID-19-Abstrichzentren des Polizeiärztlichen Dienstes organisiert. Der Landeseinsatzstab koordinierte federführend und landesweit die Einsatzkräfte. Corona-Personalausfälle konnten jederzeit durch Kräften der Hessischen Bereitschaftspolizei kompensiert werden. Zusätzlich zu diesen Vorkehrungen wurden in vielen Behörden Koordinierungsstäbe eingerichtet, die strategische, organisatorische sowie personelle Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigten und Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes ergreifen können.

” Die Aufgabe der Polizei ist die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und der Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger. Dies lässt sich nur mit gesunden polizeilichen Einsatzkräften gewährleisten. Wir treffen alle notwendigen Vorsorgemaßnahmen gegen die Verbreitung der Infektion unter den Polizeibeschäftigten. Ziel ist, die Erkrankungen der Bediensteten so weit wie möglich zu verhindern und somit die Funktionsfähigkeit der Polizei in Hessen sicherzustellen.

INNENMINISTER PETER BEUTH

## LANDESREGIERUNG HALF SPORTVEREINEN MIT 24 MILLIONEN EURO

Die Corona-Pandemie war 2020 und 2021 auch für die hessischen Sportvereine und die mehr als 136.000 Ehrenamtlichen eine mit vielen Entbehrungen verbundene Grenzerfahrung. Dieser zwischenzeitlich notwendig gewordene Verzicht auf gemeinsamen Sport und Gemeinschaft war für viele Sportlerinnen und Sportler sehr schmerzhaft und verdeutlichte, wie wichtig Bewegung und Zusammenkommen für das Wohlbefinden eines jeden Einzelnen ist.

Neben dem reinen Sportbetrieb mussten lange geplante Vereinsfeierlichkeiten und Jubiläen abgesagt oder verschoben werden. Die Ausrichtung von Sportveranstaltungen und die damit verbundenen Erlöse bilden seit jeher wesentliche Einnahmen eines jeden kleineren Vereins, um weiterlaufende Kosten wie beispielsweise Strom-, Gas- und Wasserrechnungen oder auch Darlehen für Vereinsstätten und andere Einrichtungen zahlen zu können. Für einige gemeinnützige Vereine, die auf-

grund des Vereins- und Steuerrechts nicht wie etwa Kapitalgesellschaften Rücklagen bilden können, wurde die Corona-Pandemie schnell existenzbedrohend. Gerade der organisierte Sport hat sich besonders diszipliniert gezeigt. Die Maßnahmen der Hessischen Landesregierung wurden durch die Vereine mitgetragen. Ebenso haben sich die Vereine kluge Hygienekonzepte überlegt und umgesetzt, um auch unter den pandemischen Bedingungen weiter Sport treiben zu können.

Wenn aus einem Einzel  
Teamspirit wird.

#SPORT  
VEREIN  
UNS

Die Landesregierung stellte in den Jahren 2020 und 2021 das Förderprogramm „Weiterführung der Vereins- und Kulturarbeit“ speziell für die Existenzsicherung von gemeinnützigen (Sport-)Vereinen auf. Gemeinnützige Sportvereine, die in Folge der Corona-Virus-Pandemie in eine existenzbedrohende finanzielle Notlage geraten waren, konnten für ihren ideellen Bereich (also die eigentliche Vereinstätigkeit ohne einen möglichen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb wie die selbstbe-

triebene Vereinsgaststätte) Zuwendungen in Höhe von bis zu 10.000 Euro beim Hessischen Ministerium des Innern und für Sport beantragen.

Besonders von Mitgliederverlusten betroffene Sportvereine erhielten von der Landesregierung zusätzliche Unterstützung. Das Sonderförderprogramm zur Mitgliedergewinnung im Umfang von 5,3 Millionen Euro richtet sich an rund 450 hessische Sportvereine, die laut

Bestandserhebung des Landessportbundes Hessen von 2019 bis 2020 mehr als 50 Mitglieder in der Corona-Krise verloren haben. Die Förderung reicht von pauschalen 5.000 Euro beziehungsweise 7.500 Euro bis zu 100 Euro pro verlorenem Mitglied, sofern der Mitgliederverlust größer als 100 war. Darüber hinaus wurde ein Förderprogramm für hessische Verbände mit einem Gesamtvolumen von fünf Millionen Euro aufgelegt. Die 45 Fachverbände, der Landessportbund Hessen und nahestehende Institutionen, die besondere Aufgaben im Landesinteresse erfüllen, können ihre Anträge beim Hessischen Ministerium des Innern und für Sport einreichen. Dabei wurden Anträge für dieses Programm in Höhe von mehr als 1,8 Millionen Euro bewilligt.



### HESSEN INVESTIERT 61 MILLIONEN IN SPORT

Hessens Sportvereine zählen etwa 2,1 Millionen Mitglieder, die in mehr als 7.500 Vereinen des Landessportbundes organisiert sind. Die Hessische Landesregierung hat den organisierten Sport in Hessen 2021, unabhängig von Corona-Hilfsprogrammen, mit einem Volumen von rund 61 Millionen Euro unterstützt. Die Bandbreite der Unterstützung für insbesondere kleinere Vereine reicht von der Neuanschaffung von Sportgeräten, über die Sicherung des Trainings- und Spielbetriebes bis zur Förderung der Jugendarbeit.



### KOMMUNALPAKT

Der Kommunalpakt umfasst insbesondere wichtige Einigungen zum Kommunalen Finanzausgleich (KFA). Land und Kommunen haben sich darauf verständigt, den Kommunalen Finanzausgleich zu stabilisieren. Das Land gibt insgesamt nahezu 1,4 Milliarden Euro aus, um nicht nur finanzielle Einbrüche abzuwenden, sondern den KFA bis 2024 jährlich um 112 Millionen Euro kontinuierlich steigen zu lassen. Das Land gibt den Kommunen damit Planungssicherheit auf Jahre hinaus.



Kommunen im Ausnahmestadium

## STÄDTE UND GEMEINDEN IN PANDEMIEZEITEN UNTERSTÜTZT

Auch für die Kommunen brachte die Pandemie schwere Einschnitte mit sich. Daher unterstützte die Hessische Landesregierung die Kommunen bereits frühzeitig. Mit Erlass vom 30. März 2020 (sog. Corona-Erlass) lockerte das HMdIS für das Haushaltsjahr 2020 wesentliche Regelungen, um den Kommunen das Haushalten während der Pandemie zu erleichtern. Dazu gehörte u.a. die unbürokratische Aufnahme von Krediten, um kurzfristig über Liquidität verfügen zu können. Weiterhin konnten die Kommunen auf die Erstellung von Haushaltssicherungskonzepten sowie auf Nach-

tragshaushaltspläne verzichten. Mit dem Finanzplanungserlass vom 01. Oktober 2020 wurden den Kommunen weitere Erleichterungen durch die Hessische Landesregierung ermöglicht, insbesondere konnten sie auch außerordentliche Rücklagen zum Haushaltsausgleich in den Haushaltsjahren 2021 und 2022 bilden.

Bund und Land unterstützten die Kommunen darüber hinaus beim Ausgleich der Gewerbesteuerausfälle, die zu deutlichen Mindereinnahmen bei den Kommunen führten. In Hessen erhalten die

Kommunen die bundesweit höchste Pro-Kopf-Unterstützung. Mehr als 660 Millionen Euro für 422 Kommunen in Hessen überwies das Land seinen Städten und Gemeinden, um sie beim Ausgleich ihrer Gewerbesteuerverluste im Rahmen der Corona-Krise zu unterstützen. Gemeinsam mit dem Bund wurden im Oktober 2020 mehr als 1,2 Milliarden Euro ausbezahlt. Mit rund 193 Euro fiel in Hessen die durchschnittliche Unterstützung je Einwohner im bundesweiten Vergleich am höchsten aus.

## Moderner Brandschutz für die Sicherheit der hessischen Bevölkerung

# FEUERWEHR

Die umfangreiche Modernisierung des Hessischen Brand- und Katastrophenschutzes hat sich auch in den Jahren 2020 und 2021 fortgesetzt: Die Hessische Landesregierung hat in den beiden zurückliegenden Jahren rund 41 Millionen Euro in die Förderung von kommunalen Feuerwehrfahrzeugen und -häusern investiert. Allein im Jahr 2021 förderte das Land so 190 Fahrzeuge und 43 Baumaßnahmen an Feuerwehrhäusern im Gesamtwert von rund 20,5 Millionen Euro und erreichte so erneut eine Förderquote von mehr als 90 Prozent. Basis der Fördermaßnahmen bildet die Garantiesumme für den Brandschutz, die im Jahr 2021 42 Millionen Euro betrug und im Jahr 2022 um eine weitere Million auf nunmehr 43 Millionen Euro angehoben worden ist.

Neben Material und Infrastruktur investiert das Land insbesondere auch in die Ausbildung der Feuerwehrangehörigen sowie in die Förderung des ehrenamtlichen Engagements in den Feuerwehren. Schon heute investiert das Land fast 20 Millionen Euro in die Ausbildung der Feuerwehrangehörigen an der Hessischen Landesfeuerweherschule (HLFS) in Kassel sowie deren Außenstelle in Marburg. Daneben hat das Land seine Ausstattungsoffensive im Katastrophenschutz fortgesetzt und hat diesen mit modernsten Einsatzmitteln umfassend ausgestattet. Dabei investierte das Land seit dem Jahr 2008 rund 70 Millionen Euro und hat die Anzahl der zur Verfügung stehenden Einsatzmittel von 278 auf über 700 mehr als verdoppelt.

Neben einer umfangreichen und modernen Ausstattung und Ausbildung nimmt die Förderung des Ehrenamtes im Brand- und Katastrophenschutz einen hohen Stellenwert ein. Das Land hat zu diesem Zweck eine Vielzahl von Programmen und Projekten auf den Weg gebracht, mit denen die Ehrenamtsförderung im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes maßgeblich gestärkt wird. Allein in die Ehrenamtsförderung im Brand- und Katastrophenschutz investiert das Land jährlich rund 3,2 Millionen Euro.



**Optimale Bedingungen**  
für den Brandschutz



```

elif _operati...
    mirror_mod.use_x = False
    mirror_mod.use_y = True
    mirror_mod.use_z = False
elif _operati... "MIRROR_Z":
    mirror_mod.use_x = False
    mirror_mod.use_y = False
    mirror_mod.use_z = True

#selection at the end -add back the deselected mirror modifier object
mirror_ob.select= 1
modifier_ob.select=1
bpy.context.scene.objects.active = modifier_ob
print("Selected" + str(modifier_ob)) # modifier ob is the active ob
#mirror_ob.select = 0
#name = bpy.context.selected_objects[0]
#bpy.data.objects[name].select = 1

```

## Online-Service

# HESSEN WIRD DIGITALER

24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche, entweder bequem von zuhause aus oder mobil auf dem Smartphone: die Hessische Landesregierung stärkt bereits seit Vor-Pandemie-Zeiten die Digitalisierung in Hessen, um den Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zur Verwaltung zu vereinfachen.

Zum 1. Dezember 2021 waren für 248 Landes- und Kommunalleistungen Online-dienste verfügbar. Beispielhaft hierfür ist der Antrag auf Elterngeld, welcher bereits seit 2020 digital möglich ist. Aktuell gehen hier ca. 70.000 Anträge pro Jahr ein, davon ca. 50 Prozent in digitaler Form. Weiterhin sind Anträge auf Anerkennung einer Schwerbehinderung digital möglich, ebenso die Meldung von schwangeren Mitarbeiterinnen durch Unternehmen. Auch sind viele Fördermittelbeantragungen im Bereich des Sports für Kommunen und Vereine digital möglich.

Um die Digitalisierung voranzutreiben, hat Hessen mit den OZG-Modellkommunen ein bundesweit einmaliges Programm aufgestellt. In Hessen werden insgesamt 15 Kommunen und kommunale Zusammenschlüsse als OZG-Modellkommunen mit insgesamt 1,5 Millionen Euro gefördert, um für andere Kommunen wiederverwendbare Konzeptionen und prototypische Entwicklungen von Online-Diensten, Schnittstellen und digitalen Prozessen zu erstellen. Von den drei kommunalen Spitzenverbänden sind nach zahlreichen Bewerbungen als OZG-Modellkommunen Darmstadt, Landkreis Gießen, Großalmerode, Landkreis Groß-Gerau, Hofbieber, Marburg, Landkreis Marburg-Biedenkopf, Neu-Isenburg, Taunusstein, Usingen, Viernheim, Volkarsen, Wanfried, Wetzlar und Wiesbaden ausgewählt worden.

Darüber hinaus förderte das HMdIS die Digitalisierung in den Kommunen. Es wurden 184 kostenfreie Digitalisierungsberatungen für Kommunen bis Ende November durchgeführt.

## Innere Sicherheit

# HESSEN IST EINES DER SICHERSTEN BUNDESLÄNDER



Die Innere Sicherheit bleibt ein Kernanliegen der Hessischen Landesregierung. Damit Hessen eines der sichersten Bundesländer in Deutschland bleibt, investiert die Landesregierung auch weiterhin deutlich in die Innere Sicherheit und damit in einen starken Staat und ein sicheres Hessen. Während vor zwanzig Jahren nur 844 Millionen Euro für den Polizei-Haushalt zur Verfügung standen, wird der Wert 2022 bei mehr als 1,9 Milliarden und damit mehr als doppelt so hoch liegen.

Die Polizei Hessen ist jedoch schon heute gut aufgestellt und leistet herausragende Arbeit für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. In Hessen wurden im Jahr 2021 336.030 Straftaten begangen und damit 6.393 weniger als noch im Vorjahr (-1,9 Prozent), was den niedrigsten Wert seit 1980 darstellt und womit die Kriminalitätsbelastung im fünften Jahr in Folge sank. Zugleich wurde mit 65,6 Prozent die höchste Aufklärungsquote seit Einführung der Kriminalstatistik im Jahr 1971 gemessen.

Besonders deutlich zeigt sich dies bei den Einbruchszahlen, welche seit Jahren zurückgehen. Unabhängig von Pandemie-Effekten waren die Einbruchszahlen in den Jahren 2016, 2017, 2018 und 2019 jeweils deutlich zurückgegangen. Für den Gesamtzeitraum von 2017 (8.287 Einbruchversuche) bis einschließlich 2021 (3.858) beträgt der Rückgang rund 53,5 Prozent. Bei den vollendeten Delikten/Einbrüchen sank der Wert von 4.169 (2017) auf 2.039 Fälle (2021), was einem Rückgang von rund 51 Prozent entspricht.

Auch künftig werden es Kriminelle in Hessen schwer haben. Nach 948 im Jahr 2019 ging im Jahr 2020 der zweitgrößte Ausbildungsjahrgang in der Geschichte der hessischen Polizei an den Start: 1.095 Anwärterinnen und Anwärter hatten 2020 ihr Studium in Hessen begonnen. Um die Auswirkungen der Corona-Pandemie für die Bewerberinnen und Bewerber zu minimieren, wurde im Jahr 2021 für den Einstellungstermin September der Einstellungskorridor um drei Wochen erweitert. Trotz der





anhaltenden pandemischen Lage und den damit verbundenen Maßnahmen ist es der hessischen Polizei gelungen. 2021 haben 934 junge Menschen ihr Bachelor-Studium an der Hochschule für Polizei und Verwaltung begonnen, von denen rund 40 Prozent weiblich und rund 60 Prozent männlich sind. Mit den erfolgten Einstellungen der vergangenen Jahre wird der Personalzuwachs im Polizeivollzugsdienst konsequent weiterverfolgt.

Ab Januar 2022 werden an der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS) sowohl Anwärterinnen und Anwärter für den gehobenen Verwaltungsdienst als auch für den Polizeivollzugsdienst studieren. Außerdem werden alle Fortbildungen für die Beschäftigten der Landesverwaltung von der HöMS organisiert werden. Das Vorhaben war Teil des Koalitionsvertrags für die laufende Legislaturperiode.

#### PERSONALOFFENSIVE: SICHERHEITSPAKETE I - III

Die Hessische Landesregierung hat bereits mit den Sicherheitspaketen I und II massiv in zusätzliches Personal für die hessische Polizei investiert. Die ersten ausgebildeten Einsatzkräfte verstärken bereits die Polizei bei ihrer täglichen Arbeit. Aus dem Kreis der Studienabsolventen der Jahre 2018–2021 konnten bislang bereits rund 1.100 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten den Polizeidienststellen zugewiesen werden. Mit dem Sicherheitspaket III wird gewährleistet, dass auch nach 2022 weitere zusätzliche Polizistinnen und Polizisten in den Dienst kommen. Seit 2020 beginnen hierfür jährlich 250 zusätzliche Anwärterinnen und Anwärter ihr dreijähriges Studium. Diese Stellen sind zusätzliche Verstärkungen zu dem ohnehin in jedem Jahr erfolgenden Ersatz für Personal, das altersbedingt aus der hessischen Polizei ausscheidet. 2025 werden dann über 16.000 Polizistinnen und Polizisten für die Sicherheit der Menschen in Hessen auf den Straßen und öffentlichen Plätzen unterwegs sein. Im Vergleich zu 2014 beträgt der Personalzuwachs dann 18 Prozent.

## Innovation HUB

## SMARTE LÖSUNGEN FÜR EINE MODERNE POLIZEI

Der INNOVATION HUB 110 der hessischen Polizei in Frankfurt am Main wurde 2020 eröffnet und dient der Entwicklung anwenderorientierter und smarter IT-Lösungen für die hessische Polizei. In der Software-Schmiede, die organisatorisch zum Hessischen Polizeipräsidentium für Technik (HPT) gehört, arbeiten auf mehr als 900 Quadratmetern 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Start-up-Atmosphäre. Der INNOVATION HUB 110 steht für den digitalen Wandel in der hessischen Polizei, indem er bei Entwicklung und Implementierung von Digitalisierungs- und IT-Projekten unterstützt. Beispielsweise wurde eine App für Unfälle entwickelt, mit der sich alle notwendigen Daten direkt am Unfallort von den Polizisten mobil erfassen lassen.

Bereits bis Mitte 2022 werden alle hessischen Polizistinnen und Polizisten ein modernes und speziell gesichertes Smartphone oder Tablet erhalten, welches unter anderem zur Verkehrsunfallaufnahme, der Personen- und Adresskontrolle, der Vermisstensuche oder zur Beweissicherung eingesetzt werden kann. Im Rahmen der mobilen Polizei-Ausstattungs-offensive der Hessischen Landesregierung erhalten bereits bis Anfang 2022 alle Streifenbeamten im Wach- und Wechseldienst ihre persönlichen Mobiltelefone. Die Hessische Landesregierung investiert hierfür ab 2021 bis 2025 jährlich mindestens 15 Millionen Euro, demnach insgesamt rund 75 Millionen Euro. Hessen wird mit der Vollausrüstung im Ländervergleich eine bundesweite Vorreiterrolle einnehmen.



”

*Mit moderner Videotechnik können wir öffentliche Plätze noch sicherer machen. Die Kameras schrecken Straftäter ab, erhöhen die Reaktionsfähigkeit der Polizei, stärken das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und erleichtern das Aufklären von Kriminalität. Die Hessische Landesregierung übernimmt zwei Drittel der Anschaffungskosten für die Einrichtung von Videoschutzanlagen durch die Kommunen.*

INNENMINISTER PETER BEUTH



#### Videosicherheitstechnik

## ÖFFENTLICHEN RAUM STÄRKER SCHÜTZEN

Videosicherheitstechnik an öffentlichen Straßen und Plätzen ist seit mehr als 20 Jahren fester Baustein der Sicherheitsarchitektur in Hessen. 2021 waren in Hessen bei den sieben Polizeipräsidien in 20 Städten 26 Schutzbereiche mit insgesamt 298 Kameras zur gemeinsamen Nutzung von Polizei- und Gefahrenabwehrbehörden zur Überwachung öffentlicher Straßen und Plätze in Betrieb (2020: 19 Städte, 24 Schutzbereiche und 263 Kameras).

Aus den bisherigen polizeilichen Erfahrungswerten geht hervor, dass mit Hilfe der Anlagen potenzielle Täter von der Begehung von Straftaten abgeschreckt werden, da beim Erkennen von Gefährdungen und Straftaten unmittelbar polizeiliche Maßnahmen getroffen werden können und bei begangenen Straftaten Beweissicherungs- und Identifizierungsmaßnahmen ermöglicht werden.

Die Hessische Landesregierung unterstützt seit vielen Jahren gezielt Kommunen, die sich für mehr Sicherheit engagieren und Videoschutzanlagen installieren wollen. In 2021 konnten Anlagen in Darmstadt und in Frankfurt im Bereich der Zeil in Betrieb gehen. In Bad Vilbel und Offenbach wurde die vorhandene Technik durch zeitgemäße Anlagen ersetzt. Darüber hinaus befinden sich Anlagen in Gießen, Fulda, Limburg und Frankfurt (Bereich Hauptbahnhof) in der Umsetzung. Seit 2008 wurden hierfür 300.000 Euro vom Land zur Verfügung gestellt. 2018 wurden diese Mittel um eine Million Euro auf 1,3 Millionen Euro Fördermittel pro Jahr erhöht. Seit 2021 wird der Ausbau der Videosicherheitstechnik in Kommunen mit 2,8 Millionen Euro unterstützt. Das Land übernimmt bei der Aufstellung moderner Videokameras zwei Drittel der entstehenden Kosten und stellt sein fachliches Knowhow zur Verfügung.

## 2,5 Millionen Hessen profitieren von Sicherheitsinitiative

### KOMPASS

Das Hessische Innenministerium bietet hessischen Städten und Gemeinden einen Kompass zur Stärkung der Sicherheit vor Ort. Ziel der bundesweit einmaligen kommunalen Sicherheitsinitiative KOMPASS (KOMmunalProgrAmmSicherheitsSiegel) ist es, die Sicherheitsarchitektur in den Kommunen individuell weiterzuentwickeln. Die Schwerpunkte liegen hierbei auf der Prävention und dass alle Partner, die Aufgaben im Bereich der Sicherheit wahrnehmen, sowie die Bürgerinnen und Bürger an einen Tisch geholt werden. Zahlreiche Bürgerbefragungen und lokale Sicherheitskonferenzen haben seit der Einführung des Programms im Dezember 2017 stattgefunden. Als Ausfluss daraus sind jeweils vor Ort in den KOMPASS-Kommunen passgenaue Lösungen für identifizierte Problemlagen angestoßen und vielerorts bereits umgesetzt worden.

Im November 2021 nahm mit der Gemeinde Waldems die 100. Kommune an KOMPASS teil. Damit profitieren mehr als 2,5 Millionen Hessinnen und Hessen von individuellen Sicherheitslösungen in ihrer Stadt oder Gemeinde. Zwischenzeitlich wurde die KOMPASS-Initiative weiter ausgebaut und um neue Bestandteile ergänzt. Mit KOMPASSpartner und KOMPASSregion bietet die Sicherheitsinitiative des Landes fortan speziell auch kleineren Kommunen einen leichten Einstieg in das Sicherheitsprogramm, die zunächst als KOMPASSpartner von einzelnen KOMPASS-Bausteinen profitieren können. Ebenso können sich mehrere kleinere Kommunen als KOMPASSregion zusammenschließen und so gemeinsam die Vorteile des Programms nutzen und sich das kommunale Engagement für mehr Sicherheit aufteilen.

#### Gemeinsam Sicher In Hessen:

#### ZUKUNFT DER SICHERHEIT IN HESSEN WIRD GEMEINSAM GESTALTET

Unter der neuen Dachmarke „Gemeinsam Sicher In Hessen“ plant das Hessische Innenministerium 2022 eine noch stärkere Vernetzung zwischen Bürgern, Kommunen und Polizei. Im Zentrum der bundesweit einmaligen Initiative sollen die Bürgerinnen und Bürger stehen, die sich künftig selbst noch stärker zu verschiedenen Sicherheitsthemen in ihrer Kommune einbringen sollen. Neben diesen Neuentwicklungen zur Verbesserung der objektiven und subjektiven Sicherheitslage in Hessen werden die Sicherheitsinitiative KOMPASS und die landesweite Warnapplikation hessenWARN weiterentwickelt und optimiert.

Durch das Hessische Innenministerium wurden den Polizeipräsidien für KOMPASS jeweils zwei zusätzliche Stellen – hessenweit insgesamt 14 – zugewiesen, um so den Bereich der Prävention weiter zu stärken. Orientiert an einer festgelegten Prozessstruktur erfolgt die gemeinsame Erstellung einer detaillierten Sicherheitsanalyse für die jeweilige Stadt oder Gemeinde, die Erarbeitung und Abstimmung von passgenauen Maßnahmen sowie die Umsetzung des angestrebten Sicherheitskonzepts. Unterstützt werden sie durch die hierfür eingerichtete Geschäftsstelle für KOMPASS beim Hessischen Landeskriminalamt, die ebenfalls mit zwei zusätzlichen Stellen ausgestattet wurde.





Bei erfolgreicher Zusammenarbeit mit dem Land Hessen erhält jede KOMPASS-Kommune ein eigenes KOMPASS-Sicherheitsiegel. In 2021 wurden die ersten Siegel der Sicherheitsinitiative verliehen. Insgesamt sechs hessische Städte erhielten für ihr besonderes Engagement die Auszeichnung (Bad Homburg, Bensheim, Kronberg, Maintal, Schwalbach am Taunus und Weiterstadt).

#### Sicherheitsinitiative wird erweitert:

#### KOMPASSPARTNER, KOMPASSREGION UND KOMPASSOPERATIV

Mit KOMPASSpartner bietet die Sicherheitsinitiative des Landes künftig speziell auch kleineren Kommunen einen leichten Einstieg in das Sicherheitsprogramm. So können kleinere Kommunen zunächst als KOMPASSpartner von einzelnen KOMPASS-Bausteinen profitieren. Als erster KOMPASSpartner wurde die Gemeinde Neuhof im Landkreis Fulda in das Programm aufgenommen. Ebenso können sich mehrere kleinere Kommunen als KOMPASSregion zusammenschließen und so gemeinsam die Vorteile des Programms nutzen und sich das kommunale Engagement für mehr Sicherheit aufteilen. Als erste KOMPASSregion wurde „Hoher Meißner“ (Waldkappel, Hessisch Lichtenau und Großalmerode) Ende November aufgenommen. Mit KOMPASSoperativ entwickelt die hessische Polizei derzeit ein internes digitales Lagebild, das objektive Kriminalitätswerte mit dem jeweils lokal geäußerten subjektiven Sicherheitsgefühl verknüpft und gezielt für die polizeiliche Arbeit nutzbar macht. Die subjektive Sicherheitslage, die die Bürgerinnen und Bürger in den KOMPASS-Bürgerbefragungen geäußert haben, wird in der digitalen Streifenkarte KOMPASSoperativ mit den objektiven Kriminalitätswerten zusammengeführt. So kann die Polizei künftig noch stärker auch an subjektiv empfundenen Angsträumen Präsenz zeigen.





## STÄRKUNG DER INTEGRITÄT DER HESSISCHEN POLIZEI

Im September 2020 nahm die unabhängige Experten-Kommission „Verantwortung der Polizei in einer pluralistischen Gesellschaft - Die gute Arbeit der Polizeibeamten stärken, Fehlverhalten frühzeitig erkennen und ahnden“ ihre Arbeit auf. Die dreizehköpfige Experten-Kommission setzt sich aus unabhängigen Sachverständigen sowie dem Landespolizeipräsidenten, dem Integritätsbeauftragten für die hessische Polizei und dem Vertreter des Hauptpersonalrats der hessischen Polizei zusammen. Ziel der Kommissionsarbeit war es, bereits angestoßene Maßnahmen des Landes zur Stärkung der Resilienz der hessischen Polizei unabhängig zu bewerten sowie auf Basis ihrer eigenen Untersuchungen und Analysen darüberhinausgehende Handlungsempfehlungen für die Zukunft zu formulieren. Im Juli 2021 legte die Expertenkommission ihren Abschlussbericht vor. Mit der Umsetzung der

ersten Empfehlungen wurden wichtige Weichen hin zu einer positiven Fehlerkultur innerhalb der hessischen Polizei gestellt.

Um die in der Expertenkommission entwickelten Ideen konsequent aufzugreifen, erfolgte die Einrichtung einer Stabstelle Fehler- und Führungskultur Polizei, welche unmittelbar an den Staatssekretär im Hessischen Innenministerium angebunden ist. Das Ziel der Stabstelle ist es insbesondere, eine positive Fehler- und Führungskultur in der Polizei zu etablieren. Hierzu sind verschiedene Teilprojekte gestartet worden, u.a. zur Fortentwicklung des Leitbilds und der Polizei als „lernender Organisation“, die interne wie externe Kommunikation, die Aus- und Fortbildung der Polizeibeamtinnen und -beamten und der Umgang der Polizei mit Opfern als „erste Kontaktstelle“.

innen.hessen.de



Die Stabstelle möchte hierbei die Kolleginnen und Kollegen aktiv beteiligen und ihnen zuhören. In den verschiedenen Teilprojekten unterstützen derzeit bereits über 50 Kolleginnen und Kollegen durch ihre regelmäßige Mitarbeit, wobei diese immer vom jeweiligen Teilprojekt abhängt. Damit ein möglichst breites Meinungsbild aus der hessischen Polizei einbezogen werden kann, wird gegen Ende des Jahres 2021 eine Online-Umfrage erstellt, um sowohl ein Stimmungs- als auch ein aktuelles Meinungsbild zu einigen Empfehlungen zu erhalten. Es handelt sich nicht um eine wissenschaftliche Studie, sondern um eine Form der direkten, anonymen Meinungserhebung.

### NEUSTRUKTURIERUNG SEK

Im Juni 2021 wurden gravierende Fehlentwicklungen im Spezialeinsatzkommando (SEK) bekannt, u.a. interne Kommunikation in geschlossenen Chatgruppen, die Ausgestaltung der Diensträume, versäumte Führungskräfteentwicklung. Als Reaktion hierauf wurde von Innenminister Peter Beuth ein Expertenstab zur Neustrukturierung des SEK eingesetzt, welcher nach 10 Wochen seine Ergebnisse vorstellte. Den Ergebnissen folgend wurden wichtige Weichen für eine neue Führungs- und Fehlerkultur im Kommando gestellt. Ebenso wurden die Spezialeinheiten in die Hessischen Einsatzpräsidien integriert und in den SEK Nord und SEK Süd neu organisiert.





## DROHSCHREIBEN- SERIE: TATVERDÄCHTIGER IN BERLIN GEFASST

Über mehrere Monate hielt eine mit „NSU 2.0“ unterschriebene Reihe von Drohschreiben an verschiedene Personen des öffentlichen Lebens Hessens Sicherheitsbehörden in Atem. Innenminister Peter Beuth setzte zur Aufklärung der Vorfälle Mitte Juli Hanspeter Mener als Sonderermittler ein.

Nach zehn Monaten intensiver und akribischer Ermittlungsarbeit konnte ein dringend Tatverdächtiger aus Berlin festgenommen werden. Es ist dem unermüdlichen Einsatz der hessischen Polizei und der Staatsanwaltschaft zu verdanken, dass der dringend Tatverdächtige gestellt und gestoppt werden konnte. Die hessische Polizei hat zudem das Schutzniveau ihrer Auskunftssysteme deutlich erhöht und wird auch künftig sicherstellen, dass die Kolleginnen und Kollegen ihrem wichtigen Auftrag zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger effektiv nachkommen können.



”

*Die Drohschreiben hatten einen sehr schwerwiegenden Verdacht auf die Polizei gelenkt. Nach allem was wir heute wissen, war nie ein hessischer Polizist für die NSU 2.0-Drohmailserie verantwortlich. Wir müssen und werden aus diesem großen Erfolg aber weitere Lehren für unsere Sicherheitsbehörden ziehen*

INNENMINISTER PETER BEUTH

## SCHUTZ DER EINSATZKRÄFTE

Seit vielen Jahren steigen die Angriffe auf Polizisten, Feuerwehr und Rettungskräfte an. Traurige Höhepunkte waren hier die Angriffe auf Einsatzkräfte der Polizei und Feuerwehr in Dietzenbach im April 2020 und im Juli 2020 auf dem Frankfurter Opernplatz. Laut einer vorläufigen Erhebung des hessischen Innenministeriums haben Angriffe auf Einsatzkräfte auch in 2021 zugenommen. So wurden erneut deutlich mehr als 4.000 Polizistinnen und Polizisten gewalttätig angegriffen.

Angriffe auf Polizei-, Feuerwehr- und Rettungskräfte sind Angriffe auf die Gesellschaft und den Rechtsstaat. Die Landesregierung ist solidarisch mit den Einsatzkräften und hat sich für einen verbesserten Schutz in Hessen und ganz Deutschland stark gemacht. 2017 wurden auf hessische Initiative eine Gesetzesverschärfung bundesweit im Strafgesetzbuch umgesetzt. So werden seitdem Angriffe

auf Polizisten bei Befragungen und Unfallaufnahmen oder auf Feuerwehrfrauen und -männer mittlerweile mit mindestens drei Monaten Freiheitsstrafe geahndet (nach §§114, 115 StGB). Mit der Forderung nach einer erneuten Strafverschärfung auf mindestens sechs Monate Freiheitsstrafe will Hessen erreichen, dass Verurteilungen auch zu einer tatsächlichen Haftstrafe führen und sich nicht mehr in eine Geldstrafe umwandeln lassen.

Die „Schutzschleife“ ist ein Symbol für die Verbundenheit mit den Einsatzkräften. In den Farben Blau, Rot und Weiß gehalten, steht sie für die Polizei-, Feuerwehr- und Rettungskräfte in Hessen. Schutzschleifen-träger zeigen ihre Solidarität und Wertschätzung für die Frauen und Männer, die tagtäglich mit ihrer Arbeit und oft auch mit ihrem Leben für uns eintreten.



” Was geschehen ist, macht uns fassungslos und traurig. Hessische Mitbürgerinnen und Mitbürger haben bei dem Anschlag geliebte Familienmitglieder und Freunde verloren. Für sie wird das Leben nie wieder so sein, wie es war. Der Verlust ihrer Angehörigen schmerzt lebenslang. Es ist unser aller Aufgabe, Rassismus, Hass und Hetze zu bekämpfen und uns jedem in den Weg zu stellen, der hier in unserem Land Zwietracht säen möchte. Die Erinnerungen an den schrecklichen Anschlag von Hanau werden bleiben. Sie haben sich in unser Gedächtnis eingebrannt und werden uns weiter begleiten.

VOLKER BOUFFIER



## Rechtsextremismus

## ANSCHLAG VON HANAU ERSCHÜTTERT HESSEN

Bei einem rassistisch motivierten Anschlag in Hanau wurden am 19. Februar 2020 zehn Menschen getötet. Innerhalb weniger Minuten erschoss der Täter Tobias R. acht Männer und eine Frau an mehreren Tatorten. Später tötete er in der elterlichen Wohnung seine Mutter und nahm sich im Anschluss das Leben. Wegen Terrorverdachts übernahm der Generalbundesanwalt die Ermittlungen, da „gravierende Indizien für einen rassistischen Hintergrund“ vorlägen. Innenminister Peter Beuth informierte am 20. Februar 2020 die Abgeordneten im Hessischen Landtag, dass erste Ermittlungsergebnisse auf ein extremistisches Motiv hindeuteten.

**Unterstützung für Betroffene**

In der Einsatzlage Hanau wurde umgehend ein Betroffeneninformationszentrum eingerichtet. Als zentraler Baustein des Opferschutzes wurde allen überlebenden Opfern und Angehörigen persönliche polizeiliche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner (sogenannte „Kontaktbeamte“) zugewiesen. Im Rahmen des Einsatzes waren vom 19. Februar 2020 bis zum 4. März 2020 mehr als 90 Beamtinnen und Beamte im wechselnden Tag-Nacht-Schichtrythmus eingesetzt. Die Opferschutzbeauftragten des Bundes und des Landes Hessen waren ebenfalls vor Ort, um sich um die Belange der Menschen

direkt zu kümmern. Weitere zahlreiche Maßnahmen zur Opferbetreuung wurden über das Landesprogramm „Hessen - aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ koordiniert. Im August des Jahres wurde zur Verstärkung der Betroffenenarbeit ein „Sonderförderprogramm Hanau 2020“ auf den Weg gebracht.

Die Abläufe der Tatnacht wurden seitens der Strafverfolgungsbehörden akribisch ermittelt. Parallel wurden neue Fragen aufgeworfen. Angesichts der noch laufenden Ermittlungen standen die Strafverfolgungsbehörden vor dem schwierigen Spagat zwischen dem berechtigten Informationsbedürfnis Betroffener und einem rechtsstaatlichen Verfahren. So konnte das Innenministerium dennoch öffentlich zu vielen Fragen Stellung nehmen. Nach dem Eingang erster Notrufe waren Polizeikräfte innerhalb von Minuten am ersten Tatort am Heumarkt sowie am Tatort in Hanau-Kesselstadt. Die Polizeistation in Hanau konnte nur eine begrenzte Anzahl von Anrufen in dieser Nacht entgegennehmen. Eine Weiterleitung von vielen gleichzeitig eintreffenden Notrufen war zum Zeitpunkt der Tatnacht technisch nicht möglich. Mit dem Umzug des Polizeipräsidiums Südosthessen in die neue Dienststelle wurde eine Zentralisierung aller polizeilichen Notrufe des Zuständigkeitsbereichs in

einer Leitstelle zwischenzeitlich realisiert. Der Behauptung, der Notausgang am Tatort Arena Bar sei auf polizeiliche Weisung versperrt gewesen, widersprach die hessische Polizei frühzeitig.

Der Generalbundesanwalt (GBA) beim Bundesgerichtshof informierte am Donnerstag, den 16.12.2021, die Öffentlichkeit darüber, dass das gegen Unbekannt geführte Ermittlungsverfahren wegen des rassistischen Anschlags in Hanau vom 19. Februar 2020 gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt wurde. Damit sind die strafrechtlichen Ermittlungen des GBA abgeschlossen. Die hessische Polizei hatten den GBA bereits ersucht, nach Abschluss seiner Ermittlungen Einblick in die Akten zu erhalten. Ausgehend von dieser Akten-einsicht sollen die weiterhin bestehenden Fragen der Opfer-Angehörigen beantwortet werden. Dafür hat Innenminister Peter Beuth alle von der Terrortat Betroffenen gebeten, sich an eine eigens im Innenministerium eingerichtete Informationsstelle zu wenden. Dort, wo die Ermittlungsergebnisse noch keine Antworten auf die Fragen der Angehörigen liefern konnten, werden die hessischen Sicherheitsbehörden ihr Bestmögliches tun, um weitere Auskunft zu geben.

BAO R

## HESENS EINSATZ GEGEN EXTREMISMUS

Der Kampf gegen Rechtsextremismus hat höchste Priorität für die hessischen Sicherheitsbehörden. So hat etwa die eigens gebildete Besondere Aufbauorganisation (BAO) Hessen R, die im Hessischen Landeskriminalamt angesiedelt ist, den Druck auf Rechtsextremisten spürbar erhöht. Sie nimmt zum einen die durch einschlägige politisch motivierte Straftaten bereits polizeilich bekannten Personen der rechten Szene in den Blick. Zugleich verfolgt die BAO Hessen R den Ansatz, die Szene weiter aufzuhellen. Dazu zählt etwa weitere Personen aus dem politisch rechts motivierten Spektrum, die zuvor noch nicht einschlägig in Erscheinung getreten sind, zu identifizieren und – wo möglich – strafrechtlich zu verfolgen. Beispielhaft dafür steht die gezielte Verfolgung der BAO von bestimmten waffenrechtlichen Delikten. So übernimmt die BAO auch bestimmte Verfahren wegen des Verdachts des illegalen Waffenbesitzes, die immer wieder auch zum Auffinden rechter Devotionalien (Uniformen, Helme, Bücher, CDs, Orden,

etc.) führen und den Betroffenen als rechtsmotivierten Straftäter entlarven. Diese Personen rücken in der Folge dauerhaft in den Fokus der BAO Hessen R.

Seit Gründung der BAO Hessen R im Juli 2019 erfolgten insgesamt bereits mehr als 360 konzentrierte polizeiliche Einsatzmaßnahmen gegen die rechte Szene in Hessen unter Federführung der BAO Hessen R. Hierbei wurden mehr als 250 Durchsuchungen, davon 90 im Jahr 2021, rund 4.100 Sicherstellungen sowie etwa 1.300 Kontrollmaßnahmen durch die Beamtinnen und Beamten durchgeführt. Rund 70 Szene-Veranstaltungen wurden durch die polizeilichen Regionalabschnitte der BAO Hessen R begleitet. Zudem wurden niedrigschwellig insgesamt 147 Haftbefehle gegen 136 Personen des rechten Spektrums vollstreckt.

Diese Zahlen sind, neben Erfolgen wie dem Verbot der Vereinigung Sturmbrigade bzw. Wolfsbrigade 44 Ende 2020, Belege für das konsequente Vorgehen der hessischen Sicherheitsbehörden und wichtige Erfolge im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Um Personen zu identifizieren, die bislang nicht im Fokus der BAO stehen, nutzt die Einheit gezielt auch Erkenntnisse und Hinweise zu Delikten, die zunächst nicht dem Spektrum der politisch motivierten Kriminalität zuzurechnen sind.

” Auch in Pandemie-Zeiten halten wir den Druck auf Rechtsextremisten hoch. Unsere Maßnahmen zeigen, dass die hessischen Sicherheitsbehörden wachsam und handlungsfähig sind. Außerdem gehen wir gezielt gegen illegalen Waffenbesitz vor. Bei den bisherigen Durchsuchungen wurden neben rechtsextremistischen Devotionalien auch Schuss- und Kriegswaffen sichergestellt.“

INNENMINISTER PETER BEUTH

## EXTREMISMUS-PRÄVENTION

Zusätzlich zur nachhaltigen Stärkung der Sicherheitsbehörden begegnet die Hessische Landesregierung Extremismus, Antisemitismus und Hass auch mit einem breit gefächerten Präventionsangebot. 2022 sind für die Extremismus-Präventionsarbeit zusammen mit den Bundesmitteln 10,2 Millionen Euro eingeplant.

Wir fördern Extremismus-Prävention in Hessen



# JAHRESBILANZ



2020



## Kampf gegen Hetze im Netz

# MELDESTELLE HESSENGEGENHETZE

Im Januar 2020 wurde die Meldestelle «Hessen gegen Hetze» von Ministerpräsident Volker Bouffier eröffnet. Sie wird durch das Hessen CyberCompetenceCenter (Hessen3C) des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport betrieben und hat das Ziel, Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu bieten, potenzielle Hassrede bzw. Hate Speech einfach und schnell per Online-Formular, E-Mail oder Telefon zu melden.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Meldestelle bewerten die eingegangenen Hinweise und leiten diese an die zuständigen Behörden weiter. Sollten sich Hinweise auf Gefahren für Personen ergeben, übermitteln sie den Sachverhalt unverzüglich an das Hessische Landeskriminalamt. Strafbare Hasskommentare leitet die Meldestelle an die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt/M. – Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) – weiter. Ergeben sich aus den Meldungen Hinweise auf extremistische Inhalte, erfolgt ungeachtet der polizeilichen oder staatsanwaltschaftlichen Befassung eine Steuerung an das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen. Opfer von Hatespeech werden durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gezielt auf Beratungs- und Unterstützungsangebote der Behörden und der zivilen Partner des Meldesystems hingewiesen und im Bedarfsfall vermittelt. Bei der staatlichen Meldestelle „Hessen gegen Hetze“ sind in den zwei Jahren seit der Eröffnung rund 4.100 Meldungen eingegangen, von denen rund 2.250 als Hatespeech eingestuft wurden. Von diesen sind in einer Erstbewertung wiederum ca. 1.600 als strafbarer und ca. 800 als extremistischer Inhalt von der Meldestelle eingestuft worden.

„Wir wollen mit unserer Meldestelle ein Stoppsignal gegen Hass und Hetze im Internet setzen. Gleichzeitig wollen wir aber auch jedem User zeigen, dass er im Netz nicht alleine ist.“

INNENMINISTER PETER BEUTH

**#HESSEN  
GEGEN HETZE**

## AKTIONSPROGRAMM #HESSENGEGENHETZE

Die Hessische Landesregierung tritt Rechtsextremismus, Gewalt und Hass im Internet mit dem Aktionsprogramm „Hessen gegen Hetze“ entgegen. Das Aktionsprogramm ist eingebettet in eine ressortübergreifende Gesamtstrategie; so umfasst das Aktionsprogramm Aktivitäten aus den Bereichen Innen, Justiz und Kultus. Die zentrale Meldestelle gegen Hass und Hetze im Internet beim Hessen3C ist Teil dieses Aktionsprogramms der Landesregierung.

Die deutschlandweit bislang einmalige Meldestelle ist Teil eines koordinierten Meldesystems der Sicherheitsbehörden gemeinsam mit zivilen Netzpraktikern. Sie ist der gelebte Beleg dafür, dass die Landesregierung sich entschlossen dafür einsetzt, dass die Regeln, die bei uns in der realen Welt gelten, auch im virtuellen Raum ihre Gültigkeit haben.



## Gemeindefusion

## HESSEN HAT NOCH 422 KOMMUNEN

Nach der zum 1. Januar 2020 erfolgten Fusion der nordhessischen Kommunen Oberweser und Wahlsburg zur neuen Gemeinde Wesertal gibt es in Hessen zum 1. Januar 2020 noch 422 Gemeinden und kreisfreie Städte. Nach der hessischen Gebietsreform vor 40 Jahren, ist die Gemeinde Wesertal die zweite freiwillige Gemeindefusion in Hessen.

Das Hessische Ministerium des Innern und für Sport förderte die Gemeindefusion Wesertal mit rund einer Million Euro. Die Mittel stammen aus dem Landesausgleichsstock und wurden für die Finanzierung von Aufwendungen sowie für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen in die kommunale Infrastruktur bereitgestellt. Mit Restmitteln aus dem Kommunalen Schutzschirm förderte das Hessische Ministerium für Finanzen die Gemeindefusion zusätzlich mit rund 2,3 Millionen Euro. Der Gemeindehaushalt der neuen Kommune Wesertal konnte so deutlich entlastet werden.

”

*Die Vorteile der Fusion werden in Wesertal schon bald spürbar sein. Eine effizientere Verwaltung wird viele Prozesse vereinfachen und eine neue finanzielle Struktur wird kommunale Projekte nun möglich machen.*

*Mit der Fusion zur neuen Kommune „Wesertal“ erfolgt der Schlussakt hin zu einer modernen und starken Verwaltung, die allen Bürgerinnen und Bürgern zu Gute kommen wird.*

STAATSSSEKRETÄR DR. STEFAN HECK

### GEMEINDEFUSIONEN

Für alle Lösungsansätze zur Zukunftsfähigkeit der Kommunen gilt das Prinzip der Freiwilligkeit, das heißt: Der erste Schritt kommt aus den Gemeinden. Der Erfolg hängt entscheidend von der Akzeptanz vor Ort ab. Bürger, Gemeindegremien, Personal und Gewerkschaften sowie Vereine müssen daher in den Prozess frühzeitig mit eingebunden und mitgenommen werden. Durch die Unterstützung der Hessischen Landesregierung brauchen fusionierende Gemeinden nicht befürchten, durch die Schulden anderer fusionswilliger Kommunen finanziell benachteiligt zu werden.





### Integrationskampagne Feuerwehr

## ENGAGEMENT IM FEUERWEHRWESEN GEFÖRDERT

Im Rahmen einer Sitzung des Integrationsbeirats hat Staatssekretär Dr. Stefan Heck zwei Förderbescheide in Höhe von jeweils 2.000 Euro an die Freiwilligen Feuerwehren Wetzlar-Hermannstein sowie Witzenhausen übergeben. Die Feuerwehr der Stadt **Witzenhausen** ist eine Kooperation mit den Beruflichen Schulen des Werra-Meißner-Kreises eingegangen. Ziel der Kooperation ist es, eine bessere Integration der Intensivklassen in beruflichen Schulen im Bereich von Feuerwehren,

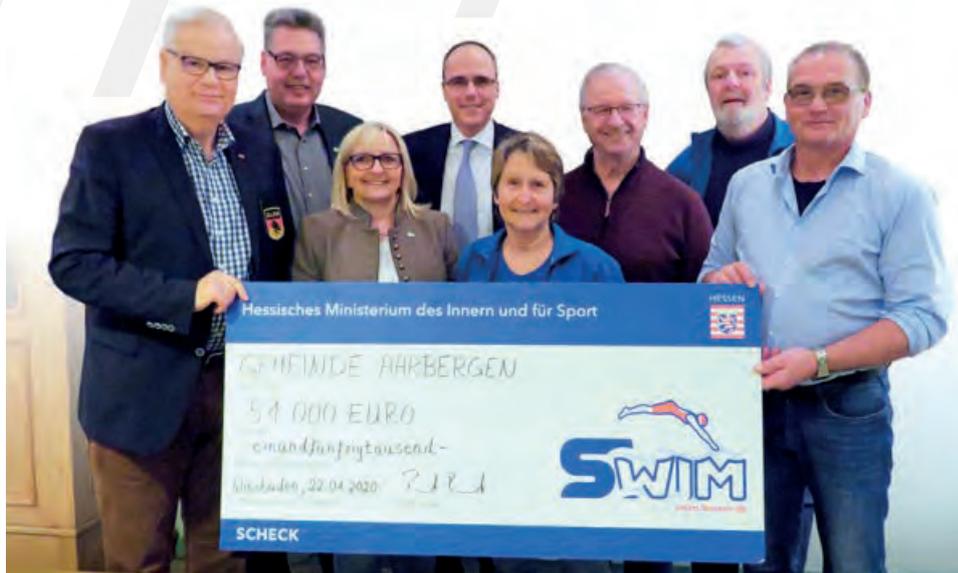
Brandschutzausbildung und Erster Hilfe zu unterstützen. Aus den Mitteln der Förderung konnte unter anderem Einsatzkleidung für die Jugendlichen angeschafft werden. Die Ortsteilwehr Hermannstein der Stadt **Wetzlar** initiierte eine Zusammenarbeit mit der Diakonie Lahn Dill zur Förderung des interkulturellen Verständnisses. Als Präventivmaßnahmen besuchen Mitglieder der Einsatzabteilung in regelmäßigen Abständen die Treffen des sogenannten HIPPY-Programms der Diakonie

(HIPPY= Home Interaction for Parents and Preschool Youngsters). Dieses Programm unterstützt Familien und bereitet die Kinder auf die Schule vor. Die Feuerwehr nutzt diesen Rahmen, um Aufklärungsarbeit zu leisten, das gegenseitige Verständnis zu verbessern und Integrationsarbeit durch Mitgliederwerbung zu betreiben. Aus den Fördermitteln konnte neues Unterrichtsmaterial sowie ein Rauchhaus beschafft werden.

”

Mit SWIM machen wir Hessens Bäder fit für die Zukunft, denn über das Landesprogramm unterstützen wir gezielt den Erhalt und die Modernisierung unserer hessischen Schwimm-landschaft. Die ganze Region profitiert von einem funktionierenden und gut ausgestatteten Schwimmbad.

INNENMINISTER PETER BEUTH



SWIM

## AARBERGENER UND BAD HOMBURGER SCHWIMMSTÄTTEN PROFITIEREN



Mit dem bundesweit einmaligen Schwimmbad-Investitions- und Modernisierungsprogramm SWIM fördert die Landesregierung seit 2019 hessenweit Frei- und Hallenbäder mit einem jährlichen Volumen von zehn Millionen Euro.

Vertreter der Gemeinde Aarbergen konnten sich anlässlich einer SWIM-Bescheidübergabe durch Innenminister Peter Beuth über 51.000 Euro für das Passavant Waldschwimmbad freuen. Das Passavant Waldschwimmbad ist nicht nur bei den

6.500 Einwohner der Gemeinde Aarbergen beliebt, es zieht auch viele Bade-freunde aus den benachbarten Orten an. Im Waldschwimmbad gibt es zahlreiche Angebote wie Wassergymnastik, Mitternachtsschwimmen, Public Viewing, Aarbergener Triathlon, Schwimmwettbewerbe der DLRG sowie die Abnahme der Sport- und Schwimmabzeichen. Die Grund-, Aartal- sowie Freie Schule halten ihren Schwimmunterricht im Rahmen des Sportunterrichts im Waldschwimmbad ab.

Die Stadtwerke Bad Homburg bekamen für die Sanierung des Seedammbads aus dem hessischen Schwimmbad-Investitionsprogramm SWIM eine Förderung über 473.000 Euro. Das Seedammbad gehört neben dem Opel Zoo zu den prägenden Freizeiteinrichtungen des Hochtaunuskreises. Von den jährlich über 400.000 Besuchern kommen 24.000 aus den umliegenden Schulen. 19 Schulen, Kindertagesstätten und Horte nutzen das Bad für ihren Schwimmunterricht. Durch die neue Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung kann voraussichtlich eine Energieeinsparung von 40 Prozent erreicht werden. Über den Pumpenstrom des Beckens sollen ferner 20 Prozent Energie eingespart werden können.



Sportförderung in Hessen

2021  
25,5 Mio. €

2020  
24,5 Mio. €

2019  
22,9 Mio. €



## Inklusion im Sport

# SPORTMINISTER BESUCHT MAINHATTEN SKYWHEELERS

Sportminister Peter Beuth besuchte im Februar das Heimspiel der Mainhatten Skywheelers gegen RSKV Tübingen im Skywheelers Dome in Frankfurt, bei der auch eine durch das Sportministerium geförderte neue LED-Leinwand erstmals zum Einsatz kam. Das Hessische Ministerium des Innern und für Sport setzt sich seit Jahren für die Förderung von Behindertensport und Inklusion im Sport ein. Zur Unterstützung des Behindertensports gibt es eigens in der Sportabteilung ein Referat für Behindertensport und Inklusion. Es arbeitet eng mit den Sportfachverbänden zusammen, um die Rahmenbedingungen für den Behindertensport und die

Inklusion in Hessen weiter zu verbessern. In der „AG Inklusion“ kommen regelmäßig verschiedene Akteure zusammen, um sich zum Thema Sport und Inklusion auszutauschen und zu vernetzen.

Neben den Behindertensportverbänden fördert das Land Hessen auch den Landesportbund, die Sportjugend Hessen und die Sportfachverbände bei ihren Maßnahmen zur Inklusion. Im Jahr 2020 wurde für die Inklusion im Sport über 680.000 Euro bereitgestellt.





## Sicherheitsgefühl

# SEEHEIM-JUGENHEIM IST NEUE KOMPASS-KOMMUNE

Seeheim-Jugenheim nimmt als 67. Kommune an der Sicherheitsinitiative KOMPASS (KOMMunalProgrAmmSicherheitsSiegel) des Hessischen Innenministeriums teil. KOMPASS ist ein Angebot des hessischen Innenministeriums an die hessischen Städte und Gemeinden, um gemeinsam passgenaue Sicherheitslösungen vor Ort zu erarbeiten.

Die Kommune hatte bereits vor der Teilnahme am Programm mit der Gründung eines Präventionsrates sowie der Zusammenarbeit eines Ordnungsbehördenbezirks mit den Nachbarkommunen Albach-Hähnlein und Bickenbach wichtige Schritte für mehr Sicherheit eingeleitet. Mit neuen Impulsen und individuell zugeschnittenen Präventionsmaßnahmen will die Kommune gemeinsam mit der Polizei die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl in Seeheim-Jugenheim weiter stärken.



## 160 Jahre TG Bornheim

# VEREIN MIT GROSSER GESCHICHTE UND GROSSER ZUKUNFT

Anlässlich des Neujahrsempfangs der Turngemeinde Bornheim 1860 e. V. hat der Hessische Sportminister Peter Beuth den Mitgliedern des Vereins für ihr Engagement für den Sport gedankt und zugleich zum 160. Jubiläum der TG Bornheim gratuliert. Die TG Bornheim e. V. ist der größte Verein in Hessen und hat aktuell mehr als 30.000 Mitglieder. Wöchentlich bietet die TG rund 1.000 Stunden verschiedener Sportarten an 19 Sportstätten in Frankfurt an.



## MIT NEUEN LÖSCHFAHRZEUGEN INS NEUE JAHRZEHNT

Der Hessische Innenminister Peter Beuth konnte Ende Januar sieben Löschfahrzeuge an den hessischen Katastrophenschutz übergeben. Die Fahrzeuge wurden durch Mittel des Bundes angeschafft und ergänzen die Dekontaminationszüge des Katastrophenschutzes in Obertiefenbach, Fuldata, Linsengericht, Linden, Trebur und Oberursel. Die neuen Löschfahrzeuge sind unter anderem mit einem Löschmittelbehälter von 1.000 Litern ausgestattet und unterstützen zukünftig die Dekontaminationszüge in ganz Hessen.



”

*Hessen ist für die zukünftigen Herausforderungen im Katastrophenschutz bestens gerüstet. Wir haben mit zahlreichen neuen Fahrzeugen und neuen Materialien den hessischen Katastrophenschutz vorausschauend fit für das neue Jahrzehnt gemacht. Eine zeitgemäße Ausstattung ist bei einem Katastrophenfall unverzichtbar. Es freut mich, dass der Bund seine Verantwortung gegenüber den Ländern wahrnimmt und die Helferinnen und Helfer in Hessen mit moderner Ausstattung unterstützt. Inklusive dieser sieben neuen Fahrzeuge, stehen dem Katastrophenschutz in Hessen nunmehr 280 Fahrzeuge zur Verfügung.*

INNENMINISTER PETER BEUTH





## Amokfahrt in Volkmarsen

# SONDERFÖRDERPROGRAMM FÜR DEN SCHUTZ ÖFFENTLICHER PLÄTZE

Am 24.02.2020 ist ein Mann absichtlich mit seinem PKW in eine Menschenmenge im Rosenmontagsumzug in Volkmarsen im Landkreis Waldeck-Frankenberg gefahren. Weit mehr als 100 Menschen wurden dabei verletzt, einige Personen schwer. Friedlich feiernde Kinder waren unter den Opfern dieser kaltblütigen Tat, die wenige Tage nach den rassistischen Morden von Hanau unser Land erneut in tiefer Trauer stürzte. Der Fahrer konnte vor Ort von couragierten Bürgern überwältigt und von den herbeieilenden Kräften festgenommen werden. Das Landgericht Kassel hat im darauffolgenden Strafprozess die besondere Schwere des Falls bescheinigt und den Täter im Dezember 2021 zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt.

Die vier nordhessischen Städte Bad Arolsen, Diemelstadt und Volkmarsen (Landkreis Waldeck-Frankenberg) sowie die Gemeinde Breuna (Landkreis Kassel) waren daraufhin noch im Jahr 2020 die ersten Kommunen, die beschlossen, die Sicherheit vor Ort deutlich zu stärken. Dank eines durchdachten Schutzkonzepts konnte das Innenministerium die Beschaffung von intelligenten Durchfahrtsperren für Veranstaltungen mit einer Landeszuwendung in Höhe von 100.000 Euro unterstützen.

Als Reaktion auf die Tat hat das Hessische Innenministerium zudem ein Sonderförderprogramm zum Schutz von Fußgängerzonen und Menschenansammlungen vor Amok- und Terrorattacken mit Fahrzeugen gestartet, das bauliche Maßnahmen in Kommunen unterstützt, die ihre Innenstädte besser vor solchen Attacken schützen wollen.

Das neugeschaffene Programm umfasst insgesamt 500.000 Euro aus Landesmitteln, die in den Jahren 2021 und 2022 für Zufahrtssperren im öffentlichen Raum zur Verfügung gestellt werden. Mit dem Sonderförderprogramm sollen gezielt kommunale Schutzmaßnahmen vor Fahrzeugangriffen gefördert werden. Dazu zählen die Neuerrichtung, die Erweiterung oder auch die Erneuerung von bereits bestehenden Schutzelementen zur Sicherung von Innenstädten oder öffentlichen Plätzen. Neben mobilen Fahrzeugsperren und altbewährten Pollern können auch Sitzgelegenheiten oder Kunstwerke schützend vor Fahrzeugattacken wirken und gezielt dafür konzipiert werden. Förderfähig sind mobile und fest eingebaute Sperren, aber auch städtebauliche Schutzlösungen als dauerhafte Absicherungsmaßnahmen für öffentliche Räume.

Hessenweit bieten zudem Polizeidienststellen Beratung für Kommunen bei der Erstellung von Sicherheitskonzepten im Kontext von Schutzmaßnahmen im öffentlichen Raum an. Unter anderem wurde im Hessischen Landeskriminalamt eine Architektin eingestellt, die den Kommunen als Bauexpertin bei den städtebaulichen Maßnahmen beratend zur Seite steht. So können frühzeitig auch Sicherheitsaspekte in die Planungen miteinbezogen werden. Die im Rahmen des „Sonderförderprogramms Zufahrtssperren gegen Fahrzeugattacken im öffentlichen Raum“ seitens des Landes zusätzlich zur Verfügung gestellten Mittel werden über das Landesprogramm „Hessen - aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ verwaltet.

”

*Nach der furchterlichen Amokfahrt von Volkmarsen werden wir unsere Innenstädte und öffentlichen Plätze noch besser vor solchen Angriffen schützen.*

INNENMINISTER  
PETER BEUTH



Polizei-Studie vorgestellt

## DEMOKRATISCHE WERTE FEST VERANKERT

Als erstes Bundesland führte Hessen bereits 2019 eine Polizei-Studie unter dem Titel „Polizeiliche Alltagserfahrungen - Herausforderungen und Erfordernisse einer lernenden Organisation“ durch. Per Onlinefragebogen hatten Beschäftigte der Hessischen Polizei vom 6. November bis 5. Dezember 2019 die Möglichkeit, sich an dieser bundesweit einmaligen Umfrage zu beteiligen. 4.277 Frauen und Männer nahmen an der Befragung teil, was einer sehr guten Rücklaufquote von 25 Prozent entspricht. Die Ergebnisse der Umfrage konnten im Februar in Wiesbaden vorgestellt werden.

Fast zwei Drittel (64,4 Prozent) der Befragten positionieren sich bei der Frage nach dem „politischen Standort“ in der Mitte. 13 Prozent verorten sich bei „mäßig links“ und knapp 19 Prozent (18,8 Prozent) bei „mäßig rechts“. An den politischen Rändern positionieren sich nur sehr wenige der Polizeibeschäftigten in Hessen („ausgeprägt links“: 0,2 Prozent; „links“: 2 Prozent; „ausgeprägt rechts“: 0,1 Prozent; „rechts“: 1,6 Prozent). Nahezu alle Befragten (97 Prozent) halten die parlamentarische Demokratie eher (27,7 Prozent) oder voll und ganz (69,3 Prozent) für die beste Staatsform. Eine große Mehrheit (rund 72 Prozent) gibt sich gegenüber sozialistischen Ideen kritisch, während der Kapitalismus mit rund 62 Prozent eine deutlich höhere Zustimmung erfährt.

Die drei wichtigsten Zufriedenheitsfaktoren für Polizeibeschäftigte sind Kollegialität (63,3 Prozent), das Betriebsklima (47,4 Prozent) und ein kurzer Arbeitsweg (42,6 Prozent). Als Unzufriedenheitsfaktoren wurden zu wenig Personal (78,7 Prozent), die Aufstiegsmöglichkeiten (58,1 Prozent) und fehlende Wertschätzung (46,4 Prozent) genannt. Innenminister Peter Beuth und Landespolizeipräsident Udo Münch bekräftigten, dass die hessische Polizeistudie künftig regelmäßig wiederholt werden solle.

”

*Unsere Umfrage verdeutlicht, dass innerhalb der hessischen Polizei die Werte unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung fest verankert sind.*

INNENMINISTER PETER BEUTH

Die ausführlichen Ergebnisse der Studie finden Sie auf der Internetseite des Hessischen Innenministeriums unter [innen.hessen.de](https://innen.hessen.de)



Biograf von Karl dem Großen

## „EINHARDSTADT“ – INNENMINISTER VERLEIHT SELIGENSTADT ZUSATZBEZEICHNUNG

Seligenstadt darf seit November 2020 die Zusatzbezeichnung „Einhardstadt“ tragen. Innenminister Peter Beuth übergab der Stadt im Rahmen eines Festakts die entsprechende Urkunde. Bei der Verleihung der Zusatzbezeichnung betonte der Minister die geschichtsbewusste Pflege des Lebenswerks des Biografen von Karl dem Großen. Einhard war aufgrund seines universellen Wissens geschätzter Ratgeber, Berater und Biograf Karls

des Großen. Zugleich war er Stadtbe-gründer von Seligenstadt und einer der berühmtesten Gelehrten der Karolingerzeit. Einhard ist in keiner anderen deutschen Stadt so präsent und sichtbar wie in Seligenstadt. Dies zeigt, dass die Geschichte der Stadt vorbildlich gepflegt wird und Einhard eine herausragende Rolle für die Bürgerinnen und Bürger in Seligenstadt spielt.



Auf dem Gruppenbild (von links nach rechts): Franziska Mahr (stellvertretende Hauptamtsleiterin), Aloys Lenz (Einhardstiftung), Minister Peter Beuth, Bürgermeister Dr. Daniell Bastian, Staatsministerin a. D. Dorothea Henzler und Thomas Laube (Einhard-Gesellschaft).

Foto: Stadt Seligenstadt

## ZUSATZBEZEICHNUNGEN

Von den insgesamt 422 Städten und Gemeinden in Hessen sind mit der Einhardstadt Seligenstadt nunmehr insgesamt 60 Gemeinden befugt, ihrem eigentlichen Gemeindennamen eine Zusatzbezeichnung gemäß Paragraph 13 Absatz 2 Hessische Gemeindeordnung beizufügen, die auf ihrer geschichtlichen Vergangenheit, ihrer Eigenart oder ihrer Bedeutung beruht. Bei der Verleihung werden strenge Kriterien angelegt. Der Namenszusatz soll keinen Reklamezweck oder die Stärkung eines vor Ort besonders stark vertretenen Wirtschaftszweiges dienen, sondern hat sich auf ein besonderes Charakteristikum der Stadt zu beziehen.

## Unterstützung vor Ort

## FREIWILLIGER POLIZEIDIENST AUCH IN BAD SALZSCHLIRF UNTERWEGS

In Bad Salzschlirf werden auch Freiwillige Polizeihelferinnen und -helfer für die Sicherheit vor Ort unterwegs sein. Das hat Innenminister Peter Beuth bei seinem Besuch in der osthessischen Gemeinde gemeinsam mit Bürgermeister Matthias Kübel durch die gemeinsame Unterzeichnung eines Vertrags zur Einführung des Freiwilligen Polizeidienstes vereinbart. Der Freiwilligen Polizeidienst trägt zum positiven Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger bei. Dabei unterstützen die freiwilligen Polizeihelferinnen und Helfer die Schutzpolizei bei vielen wichtigen Aufgaben. Unter dem Motto ‚Beraten.

Melden. Vermitteln‘ ist der Freiwillige Polizeidienst eine wertvolle Unterstützung der Polizei in den Landkreisen, Städten und Kommunen. Insgesamt waren rund 400 Polizeihelferinnen und -helfer in Hessen unterwegs. Insgesamt nahmen rund 100 Kommunen an der Initiative des Innenministeriums teil und werteten ihre kommunale Sicherheitsarchitektur mit dem Freiwilligen Polizeidienst auf. In Bad Salzschlirf sind zwei Freiwillige Polizisten eingesetzt. Als Nachbarn in Uniform fungieren sie als Bindeglied zur Polizei und sind zugleich Ansprechpartner für die Bürger vor Ort.

”Egal, ob ein neuer Reisepass, Eheurkunden, Elterngeld, der Führerschein oder eine beliebige andere Leistung beantragt werden soll: All das wird künftig jederzeit auch von Zuhause möglich sein – einfach, schnell und sicher.

INNENMINISTER PETER BEUTH



#### Onlinezugangsgesetz

## LAND UNTERSTÜTZT DIGITALISIERUNG DER KOMMUNEN

Mit einer Regionalkonferenz in Kassel gab das Hessische Ministerium des Innern und für Sport und das Hessische Ministerium für Digitale Strategie und Entwicklung den Startschuss für drei Regionalkonferenzen zur Verwaltungsdigitalisierung der hessischen Kommunen. Innenminister Peter Beuth und Digitalministerin Prof. Dr. Kristina Sinemus begrüßten rund 120 Landräte, Oberbürgermeister, Bürgermeister und Digitalisierungsbeauftragte aus dem Regierungsbezirk Kassel.

Die Verwaltungsdigitalisierung ist für Bund, Land und Kommunen eine große Herausforderung, die nur Hand in Hand bewältigt werden kann. Die Hessische Landesregierung hat daher ein umfangreiches Programm zur Unterstützung der hessischen Kommunen und Landkreise auf dem Weg zur digitalen Verwaltung

aufgelegt. Dazu gehört unter anderem eine kostenlose Digitalisierungsberatung sowie finanzielle Förderung. Das gemeinsame Ziel ist es, alle Verwaltungsleistungen möglichst bald online anzubieten.

Mit rund 37 Millionen Euro investiert das Land kräftig in den Digitalisierungserfolg der Kommunen und Landkreise. Die Gelder stehen zum Beispiel für die Entwicklung der Onlineanträge, die Finanzierung einer Digitalisierungsberatung und Pilotprojekte in OZG-Modellkommunen zur Verfügung. Ein zentraler Partner ist dabei Hessens kommunaler IT-Dienstleister ekom21. Er unterstützt die Kommunen und Landkreise bei der Digitalisierung der einzelnen Verwaltungsleistungen. Bereits heute sind in Hessen Verwaltungsleistungen online

verfügbar. Der Antrag auf Ausstellung einer Geburtsurkunde gehört hierzu genauso wie der Antrag auf Elterngeld. Für Bürgerinnen und Bürger bedeutet dies eine enorme Entlastung.

Gegen Hass und Hetze

## 1. FACHKONGRESS „NETZWERK PRÄVENTION“ IM HMDIS

Hessens Innenminister Peter Beuth hat im Februar 2020 die erste Fachkonferenz „Netzwerk Prävention“ im Hessischen Innenministerium eröffnet und dabei die Bedeutung einer ganzheitlichen und breit aufgestellten Extremismus-Prävention hervorgehoben. Hessen ist ein weltoffenes und freiheitsliebendes Land. Damit dies so bleibt, hat die Hessische Landesregierung für die Extremismus-Prävention in Hessen den mit Abstand größten Etat aller Zeiten aufgelegt. Mit nahezu zehn Millionen Euro wird ein breites zivilgesellschaftliches Präventionsnetzwerk in Hessen gefördert.





„Unsere Netzwerk-Lotsen bilden an Hessens Schulen ein wichtiges Frühwarnsystem gegen Extremismus und Antisemitismus. Sie können bei Anzeichen von Antisemitismus und Extremismus schnelle, passgenaue und zeitnahe Hilfestellungen vermitteln. Sie sind die ersten Ansprechpartner, die Experten vor Ort an den Schulen und die Mittler zu den umfangreichen Präventionsangeboten des Landes.“

INNENMINISTER PETER BEUTH

## Präventionsprojekt

# 100 „NETZWERK-LOTSEN“ HESSENWEIT IM EINSATZ

Hessens Innenminister Peter Beuth und Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz haben die Fachtagung des Präventionsprojekts „Netzwerk-Lotsen gegen Extremismus und Antisemitismus“ in der Humboldtschule in Bad Homburg besucht. Das gemeinsam von Innen- und Kultusministerium initiierte Präventionsprojekt ist im September 2018 gestartet. Seither wurden hessenweit mehr als 100 Lehrkräfte, Schulleitungen, Schulsozialarbeiter sowie Schulpsychologen fachlich und pädagogisch geschult, um als sogenannte Netzwerk-Lotsen an Hessens Schulen gegen Extremismus und Antisemitismus wirken zu können.

## Digitalisierung

### „ELEKTRONISCHE AUSLÄNDERAKTE HESSEN“ GESTARTET

Innenminister Peter Beuth hat im März 2020 den ersten Zuwendungsbescheid in Höhe von rund 51.000 Euro für die Stadt Offenbach unterzeichnet. Für das Programm „Elektronische Ausländerakte Hessen“ hat das Hessische Ministerium des Innern und für Sport (HMdIS) insgesamt eine Fördersumme von 1,5 Millionen Euro bereitgestellt. Mit dem Programm verfolgt das Hessische Innenministerium das Ziel, die hessischen Ausländerbehörden auf Landes- und Kommunalebene bei der Einführung und Inbetriebnahme eines Dokumentenmanagementsystems zur Führung einer elektronischen Ausländerakte zu unterstützen. Die Förderrichtlinie „Elektronische Ausländerakte“ inklusive Antrag steht allen hessischen Kommunen auf der Homepage des HMdIS als Download zur Verfügung.

## Neue Betrugsmethoden

# KRIMINELLE VERSUCHEN VON CORONA-ANGST ZU PROFITIEREN

Die Angst vor der Ausbreitung des Corona-Virus führte in Hessen zu neuen kriminellen Erscheinungsformen. Ob Corona-Anruf, vermeintliche Mitarbeiter von Gesundheitsämtern vor der Haustür, Schadsoftware, E-Mails oder Fake-Shops für Schutzmasken und Desinfektionsmittel im Internet: die hessische Polizei sensibilisierte die Bürgerinnen und Bürger seit Aufkommen der neuen Betrugsmethoden verstärkt über die Sozialen Medien und die kostenlose App hessenWARN. Die Bandbreite der Betrugsdelikte im Zusammenhang mit dem Corona-Virus umfasste Haustürbesuche, Betrugsanrufe, Phishing-Mails sowie zahlreiche Fake-Angebote im Internet.

Bei den Haustürbesuchen gaben sich Betrüger als Mitarbeiter des Gesundheitsamts aus, um damit Zugang in die Wohnung zu erhalten. Am Telefon gaben sich Betrüger vermehrt als Arzt des Gesundheitsamts aus. Sie behaupteten, der Angerufene stehe unter Verdacht, infiziert zu sein. Für einen Test verlangte der Anrufer dann einen Geldbetrag, der vor der Haustür in bar abgeholt werden soll. Auch im Internet versuchten Kriminelle von der Corona-Krise zu profitieren. Zahlreiche E-Mails bewarben Fake-Shops mit stark nachgefragten sowie schwer erhältlichen Waren wie Schutzmasken, Desinfektionsmittel und Corona-Schnelltests.

Die Polizei warnte darüber hinaus auch Firmen und Privatpersonen vor Fake-Seiten und vermeintlichen Soforthilfeprogrammen, die den Anschein haben, sie seien von staatlicher Seite. Hier werden Nutzerinnen und Nutzer gebeten, ihre Daten in ein entsprechendes Formular einzugeben und hochzuladen. Die vom Seitenanbieter so gesammelten Daten werden dann später für Betrugsstraftaten genutzt.



## POLIZEI-DURCHSUCHUNGEN ERFOLGREICH

Auch in Pandemie-Zeiten hielt die hessische Polizei den Druck auf Rechtsextremisten hoch. Die Besondere Aufbauorganisation (BAO) Hessen R nahm Anfang April sieben Wohnungsdurchsuchungen bei Personen vor, die zuvor bereits im Bereich der politisch motivierten Kriminalität rechts aufgefallen waren. Durchsucht wurde auch bei Personen, die bislang keine Bezüge zur politisch motivierten Kriminalität rechts aufwiesen, jedoch wegen Verstößen gegen das Waffenrecht in das Blickfeld der Ermittler geraten waren. Rund 90 am Einsatz beteiligte Polizisten konnten hierbei zahlreiches Beweismaterial wie zahlreiche Waffen, Munition, pyrotechnische Gegenstände, Betäubungs- und Arzneimittel, diverse Datenträger, rechtsextreme Devotionalien und andere beweiserhebliche Gegenstände sicherstellen.

## Gütesiegel 38 Mal verliehen

# AUSGEWOGENE BALANCE ZWISCHEN FAMILIE UND BERUF

Innenminister Peter Beuth verlieh Mitte April in Wiesbaden das Gütesiegel „Familienfreundlicher Arbeitgeber Land Hessen“ und das Gütesiegel „Familienfreundliche Hochschule Land Hessen“. Erstmals wurden mit Geisenheim, Bensheim, Marburg, Pfungstadt und dem Landkreis Fulda hessische Kommunen zertifiziert, die sich als Arbeitgeber noch stärker für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einsetzen möchten. Die Verleihung wurde vom Innenminister gemeinsam mit Susanne Hoffmann-Fessner, Leiterin der Geschäftsstelle GFA, vorgenommen.

Hessische Landesdienststellen haben schon seit 2014 die Möglichkeit im Rahmen des Gütesiegels ihre Familienfreundlichkeit unter Beweis zu stellen. Seitdem haben über 270 Zertifizierungen stattgefunden, in denen Dienststellen erstmals oder erneut ausgezeichnet wurden. Alle teilnehmenden Häuser eint, dass sie sich der Führungskultur und der internen Kommunikation widmen. Jede teilnehmende Dienststelle und Kommune hat sich hierfür in Zielvereinbarungen selbst verpflichtet.

Das Hessische Innenministerium bietet im Auftrag der Hessischen Landesregierung allen hessischen Dienststellen und Hochschulen eine Zertifizierung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf an. Mit dem Gütesiegel werden Dienststellen, die sich in besonderer Weise mit den Themen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf befassen wollen, ausgezeichnet. Mit diesem Personalmanagementinstrument, das gezielt für die Bedürfnisse des öffentlichen Dienstes entwickelt wurde, soll eine familienfreundliche Personal- und Organisationspolitik in allen Dienststellen umgesetzt werden.



„Nicht nur in Zeiten von Corona zeigt sich, wie Arbeitgeber mit Rücksicht und Verständnis flexibel auf die persönlichen Umstände ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingehen können. Bereits seit 2014 zeichnet das Land Hessen daher Dienststellen und Hochschulen mit dem Gütesiegel aus.“

INNENMINISTER PETER BEUTH

## 20 JAHRE TRAINEEPROGRAMM

2021 feierte das Innenministerium das 20-jährige Bestehen seines Traineeprogramms. In diesem werden Juristinnen und Juristen, die sich für eine Laufbahn im Öffentlichen Dienst entschieden haben, auf die Arbeit in der hessischen Innenverwaltung vorbereitet.

In der hessischen Innenverwaltung beginnen die Volljuristinnen und Volljuristen ihre Karriere mit einem 30-monatigen Traineeprogramm. Seit Bestehen des Traineeprogramms haben bereits mehr als 250 Trainees das Traineeprogramm auf den verschiedenen Ebenen des Innenressorts

durchlaufen und arbeiten mittlerweile in verantwortungsvoller Stellung von Dezeratsleitung bis zur Abteilungsleitung in den unterschiedlichsten Behörden. Dabei sind die Tätigkeiten im Rahmen des Traineeprogramms so vielfältig wie die Aufgaben der einzelnen Dienststellen. Die Bandbreite der Tätigkeitsfelder reicht von umfangreichen Genehmigungs- und Klageverfahren im Umweltbereich bei einem der drei Regierungspräsidien über arbeits- und beamtenrechtliche Verfahren bei den Polizeipräsidien bis hin zu der Erarbeitung von Gesetzesentwürfen im Hessischen Innenministerium.

Neben den gesammelten fachlichen Berufserfahrungen wird die persönliche Weiterentwicklung im Rahmen des Traineeprogramms durch mehrtägige Fortbildungen in der Führungskräfteentwicklung, durch ein Mentoringprogramm und durch ein Coaching gezielt gefördert. Außerdem lernen die Trainees die unterschiedlichen Dienststellen im Rahmen von Traineeetagen kennen und können sich auch bei diesen Treffen gemeinsam austauschen. Nach dem Ende des Traineeprogramms stehen den Trainees als Nachwuchsführungskräfte der Innenverwaltung alle Türen für eine erfolgreiche Karriere offen.

„Jene, die unsere Gemeinschaft fördern, unsere Freizeit bereichern und dadurch einen unverzichtbaren Beitrag zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft leisten, benötigen aufgrund der notwendig gewordenen Einschränkungen zur Bekämpfung der Corona-Virus-Pandemie aktuell mehr denn je unsere Hilfe.“

INNENMINISTER PETER BEUTH

„Von A wie Aikido bis Z wie Zumba soll die ganze Bandbreite sportlicher Aktivitäten im Landkreis zunächst erfasst und daraus gezielte Maßnahmen und mögliche Kooperationen abgeleitet werden. Mein Dank gilt schon heute den Tausenden freiwilligen Helferinnen und Helfern, die sich in den rund 390 Sportvereinen im Kreis einsetzen, ohne etwas dafür zu verlangen. Ich hoffe, dass mit dem Projekt der Sportsgeist bei vielen Bürgerinnen und Bürgern im Landkreis nochmals verstärkt wird.“

STAATSEKRETÄR DR. STEFAN HECK

### Corona-Vereinshilfe

## SPORTLANDSCHAFT IN ALLEN FACETTEN ERHALTEN

Das Land Hessen stellte zum 1. Mai 2020 ein millionenschweres Sofortprogramm zur Unterstützung der hessischen Sportlandschaft auf die Beine, um die finanziellen Folgen der Corona-Virus-Pandemie zu minimieren. Insgesamt wurden rund sieben Millionen Euro für gemeinnützige und auf ehrenamtlicher Basis geführte Vereine und Verbände aus dem Bereich Sport und Kultur zur Verfügung gestellt. Sportvereine, die in Folge der Corona-Virus-Pandemie in eine existenzbedrohliche finanzielle Notlage geraten sind, konnten und können Zuwendungen in Höhe von bis zu 10.000 Euro beantragen. Im Jahr 2020 stellten über 500 Sportvereine einen Antrag, von denen über 270 eine finanzielle Unterstützung erhielten. Pro geförderter Verein wurden im Schnitt knapp 5.000 Euro Vereinshilfe ausgezahlt. Aufgrund der anhaltenden Beschränkungen des Sportbetriebs wurde das Soforthilfeprogramm für den Breitensport „Weiterführung der Vereins- und Kulturarbeit“ über das Jahr 2020 hinaus weitergeführt.

Für gemeinnützige Vereine in Sport und Kultur kann der finanzielle Ausfall durch die Einschränkung des Betriebs schnell existenzbedrohend werden. Sie dürfen aufgrund des Vereins- und Steuerrechts nicht wie etwa Kapitalgesellschaften Rücklagen bilden, auf die sie in Krisenzeiten zurückgreifen können. Sport- und Kulturveranstaltungen und damit verbundene Erlöse bilden für sie die wesentlichen Einnahmen, um weiterlaufende Kosten wie beispielsweise Strom-, Gas- und Wasserrechnungen oder auch Darlehen für Vereinsstätten und andere Einrichtungen zahlen zu können.

### BEWEGUNGSKOORDINATOREN FÜR HESSENS LANDKREISE

Zum 1. Juli 2020 startete im Rahmen des Programms „SPORTLAND HESSEN bewegt“ ein Pilotprojekt zur Einführung von „Bewegungskoordinatoren“ auf Landkreisebene. Das neue Programm zielt darauf ab, die Themen Bewegung, Sport, Gesundheit und Freizeit auf Kreisebene voranzubringen und Angebote weiter auszubauen. Mit dem Landkreis Marburg-Biedenkopf startet die erste Modellregion, in der eine „Bewegungskoordinatorin“ ernannt wird. Staatssekretär Dr. Stefan Heck übergab einen symbolischen Scheck an Landrätin Kirsten Fründt. Die Dauer des Modellprojekts ist auf drei Jahre angelegt. Das Land will mit der Maßnahme das Bewusstsein und die Begeisterung für mehr Sport und Bewegung über alle Lebensbereiche hinweg in den Landkreisen weiter wecken.



„Der Rückgang der Unfalltoten in Hessen zeigt, wie wichtig die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen der hessischen Polizei auf unseren Straßen ist. Gute Verkehrssicherheitsarbeit rettet Leben. Ich danke allen Polizeibeamtinnen und -beamten für ihre engagierte und erfolgreiche Arbeit im vergangenen Jahr.“

INNENMINISTER PETER BEUTH

## Verkehrsstatistik 2019

# WENIGER MENSCHEN IM STRASSENVERKEHR GETÖTET

2019 registrierte die hessische Polizei 149.440 Verkehrsunfälle auf Hessens Straßen. Dies war im Vergleich zum Vorjahreszeitraum 2018 ein Anstieg von 1,7 Prozent (146.941 Fälle). Dabei kamen 2019 insgesamt 224 Verkehrsteilnehmer ums Leben und damit 15 Menschen weniger als im Jahr 2018.

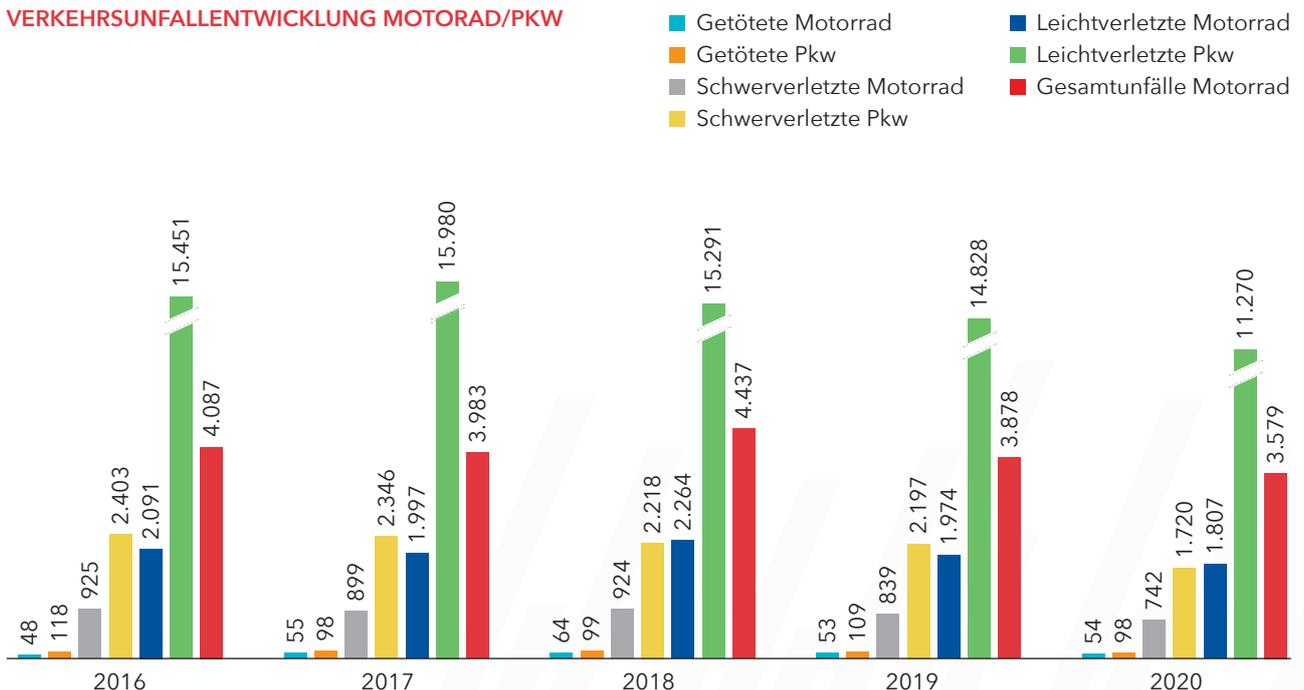
Zwar konnte das historische Tief der im Straßenverkehr getöteten Verkehrsteilnehmer 2019 (224 Verkehrsteilnehmer) nicht erreicht werden (2017 lag dieser Wert bei 213), allerdings konnte der Durchschnitt der letzten zehn Jahre um 14 Fälle unter-

schritten werden. Bedauerlicherweise kamen auf Hessens Straßen 2019 drei Kinder zu Tode (2018: 4). Die Anzahl schwer verletzter Kinder sank ebenso (2019: 235, 2018: 250), wie die Anzahl leicht verletzter Kinder (2019: 1.239, 2018: 1.411).

Bei den Senioren konnte ein leichter Rückgang der Gesamtzahl der Verunglückten registriert werden. In beiden Altersgruppen der Senioren (65–74 Jahre/75+ Jahre) waren die Zahlen der Getöteten deutlich (2019: 24, 2018: 34) und die der Leichtverletzten (2019: 1.286, 2018: 1.302) leicht zurückgegangen. Während die Zahl

der Schwerverletzten in der Altersgruppe 75 Jahre und älter im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 31 Fälle abgenommen hat, war bei den 65- bis 74-Jährigen eine Zunahme von sieben Fällen zu verzeichnen. Eine positive Entwicklung zeigt sich bei der Gruppe der Fußgänger: die Zahl der Getöteten hat sich hier von 2018 auf 2019 um 4 auf 27 reduziert.

### VERKEHRsunFALLENTWICKLUNG MOTORRAD/PKW



## Kruke Hirngespinnste

EXTREMISTEN IM WINDSCHATTEN  
VON CORONA-DEMOS

Innenminister Peter Beuth hatte im Mai 2020 im Hessischen Landtag angesichts der „Corona-Demonstrationen“ in Hessen vor einer Vereinnahmung der Proteste durch Rechtsextremisten, Linksextremisten, Antisemiten und Verschwörungstheoretikern gewarnt und zu Gelassenheit und Vernunft aufgerufen.

„Natürlich darf man anderer Meinung sein und diese auch deutlich vertreten. An Versammlungen oder Demonstrationen teilzunehmen ist ein Grundrecht. Dieses besteht selbstverständlich auch während der Corona-Pandemie fort. Gleichwohl gilt es die Abstands- und Hygieneregeln einzuhalten um weiterhin dem Infektionsschutz gerecht zu werden und Menschenleben in Hessen zu schützen. Die vergangenen Wochen haben gezeigt, dass einige Demonstranten die gebotenen Maßnahmen wissentlich ignorieren und die Versammlungen von rechts- wie auch linksextremistischen Hetzern vereinnahmt werden. Diesen Menschen ist mit Vernunft nicht beizukommen, denn sie verfolgen mit ihren kranken Hirngespinnsten das ausschließliche Ziel Wut und Hass innerhalb der Bevölkerung zu schüren.

Jeder Teilnehmer an einer solchen Demonstration sollte sich daher vergewissern, dass er nicht für ungewollte Zwecke ausgenutzt wird. Wir nehmen die Bedenken und Sorgen der Menschen in Hessen sehr ernst. Gerade die vergangenen Wochen haben aber gezeigt, dass unsere Maßnahmen eine exponentielle Ausbreitung des Corona-Virus verhindern konnten. Hessen braucht Gelassenheit und Vernunft statt Panikmache und Hass“, so Peter Beuth bei seiner Rede im Landtag.

Grundsätzlich waren Versammlungen 2020 zu keiner Zeit verboten. Die Versammlungsbehörden konnten jedoch Auflagen anordnen. Wenn im Verlauf einer Versammlung zum Beispiel Verstöße gegen das geltende Kontaktverbot (ob durch Teilnehmer oder aber auch durch unbeteiligte Bürgerinnen und Bürger) registriert wurden oder die Sicherheit der Veranstaltung nicht mehr gewährleistet werden konnte, wurde im Einzelfall eine Auflösung der Versammlung verfügt. Die Entscheidung fiel jeweils die kommunale Versammlungsbehörde oder die Polizei anhand der konkreten Bedingungen vor Ort.

Im Internet, vor allem in den Sozialen Medien, wurden zum Teil Erklärungsmuster zur Herkunft oder Verbreitung des Virus verbreitet, denen teils eine extremistische Einstellung zugrunde liegt. Hessische Sicherheitsbehörden beobachten auch in der Corona-Krise wachsam mögliche Entwicklungen in den unterschiedlichen extremistischen Phänomenbereichen und stehen diesbezüglich in einem stetigen Austausch untereinander sowie mit den Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern.

Rechtsextremistische Gruppierungen und Einzelpersonen traten 2020 vereinzelt als Initiatoren von solchen Protestveranstaltungen mit Bezug zur Corona-Pandemie in Erscheinung. Auch Gegenaktivitäten zu den Protesten, die sich gegen die Corona-Beschränkungen und diesbezügliche Verschwörungstheorien richteten, wurden festgestellt.

Insbesondere Rechtsextremisten und Reichsbürger versuchten 2020 deutschlandweit und auch in Hessen, die aufgrund der Corona-Pandemie ergriffenen Maßnahmen für Agitationszwecke zu instrumentalisieren. Dabei versuchten einige Rechtsextremisten sich als „Kümmerer“ und „Helfer in der Krise“ zu inszenieren. Andere waren als Initiatoren von Kundgebungen mit Bezug zur Corona-Pandemie in Erscheinung getreten. Das Ziel der Extremisten war dabei offenbar, die Proteste gegen die behördlichen Beschränkungen zu nutzen, um die Anschlussfähigkeit von rechtsextremistischen Positionen an nicht-extremistische Teile der Bevölkerung zu erhöhen.



Dietzenbach

## ATTACKEN AUF FEUERWEHRLEUTE UND POLIZISTEN IN DIETZENBACH

Mehrere Gewalttäter hatten Ende Mai 2020 Einsatzkräfte im Dietzenbacher Spessartviertel in einen Hinterhalt gelockt. Die Brandstifter hatten zunächst Feuer gelegt und die eintreffenden Polizisten und Feuerwehrleute unvermittelt mit Steinen angegriffen. Ein Dutzend Einsatzwagen wurden hierbei beschädigt. Glücklicherweise wurde keine Einsatzkraft verletzt. Die hessische Polizei konnte dank starker Unterstützung aus den angrenzenden Präsidien und dem Einsatz eines Helikopters die Lage unter Kontrolle bringen.

Anfang September 2020 führte die Staatsanwaltschaft Darmstadt – Zweigstelle Offenbach – gemeinsam mit der Kriminalpolizei in Offenbach, unter der Federführung der für die Ermittlungen eingesetzten Arbeitsgruppe „Wurf“, in den frühen Morgenstunden umfangreiche Durchsuchungen in Dietzenbach durch. Mehr als 100 Polizeibeamte des Polizeipräsidiums Südothessen mit Unterstützung der Bereitschaftspolizei Mühlheim und Lich sowie des Polizeipräsidiums Südhessen waren im Einsatz. Die Ermittlungen richten sich derzeit gegen acht Beschuldigte im Alter von 14 bis 29 Jahren, welche alle ihren Wohnsitz in Dietzenbach haben. Die Einsatzkräfte nahmen sieben Verdächtige vorläufig fest und stellten unter anderem Mobiltelefone sicher.

„Dieser Gewaltexzess und der offene Hass, der unseren Polizei- und Feuerwehrkräften in jener Nacht entgegenschlug, hat mich persönlich sehr betroffen gemacht. Eine AG mit erfahrenen Ermittlern kümmert sich bei der Polizei in Dietzenbach um die Aufklärung der Ereignisse. Die Ermittlungen werden mit viel Engagement und unter Hochdruck geführt, damit die Täter den Rechtsstaat zu spüren bekommen. Die Arbeit von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten ist lebenswichtig und existenziell für unsere Gesellschaft.“

INNENMINISTER PETER BEUTH

Seit vielen Jahren macht sich die Hessische Landesregierung für den verbesserten Schutz, ein höheres Strafmaß bei Angriffen auf Einsatzkräfte und für mehr Wertschätzung der Helferinnen und Helfer stark. Damit Polizistinnen und Polizisten noch besser vor Übergriffen geschützt sind, wurde die Anschaffung von 400 weiteren Body-Cams neuester Generation 2020 in die Wege geleitet. Perspektivisch sollen der hessischen Polizei rund 1.000 moderne Body-Cams zur Verfügung stehen. Künftig soll jede Streife dann über eine solche Körperkamera verfügen, die je nach Einsatzlage genutzt werden kann. Jahrelang gemachte Erfahrungen haben gezeigt, dass die Body-Cam zu einer Deeskalation von Kontrollmaßnahmen beiträgt und potenzielle Straftäter abschreckt. Sie wird künftig in Brennpunktbereichen und im täglichen Streifendienst noch stärker eingesetzt werden – auch, um ein objektives Beweismittel für mögliche Strafverfahren zur Verfügung zu haben.

Neben verbesserter Schutzausstattung bedarf es aber auch einer breiten gesellschaftlichen Unterstützung zum Schutz der Helferinnen und Helfer. Die im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport entwickelte „Schutzschleife“ hat sich seit ihrer Vorstellung 2015 zum Symbol der Verbundenheit mit Einsatzkräften etabliert. In den Farben Blau, Rot und Weiß gehalten, steht sie für die Polizei-, Feuerwehr- und Rettungskräfte in Hessen.

### STRAFVERSCHÄRFUNG GEFORDERT

Innenminister Peter Beuth setzt sich seit vielen Jahren für eine härtere Bestrafung bei Angriffen auf Einsatzkräfte ein. Auf der Innenministerkonferenz in Erfurt 2020 waren sich die Innenministerin und alle Innenminister und -senatoren grundsätzlich einig, dass es für tätliche Angriffe auf Einsatzkräfte eine weitere Verschärfung des Strafmaßes geben muss. Die IMK hat daher eine Evaluierung in Auftrag gegeben, in der herausgearbeitet werden soll, inwieweit die Anhebung des Mindeststrafmaßes für tätliche Angriffe auf Einsatzkräfte aus dem Jahr 2017 zu einer stärkeren Strafverfolgung durch die Justiz geführt hat. Auf Initiative des Hessischen Innenministers Peter Beuth hatte der Bundestag beschlossen, dass Übergriffe auf Vollstreckungsbeamte, aber auch auf Feuerwehrleute und Rettungskräfte früher registriert und härter bestraft werden.



## Kriminalitätsbekämpfung

## MODERNISIERUNG DER VIDEOTECHNIK AM BAHNHOF FULDA

” Videosicherheitstechnik ist ein wichtiger Baustein kommunaler Sicherheitsstrategien. Auch bei unserem Kommunalprogramm KOMPASS setzen wir deshalb neben zahlreichen präventiven Maßnahmen gezielt auch auf Videosicherheitstechnik.

INNENMINISTER PETER BEUTH

Zur Modernisierung und Erweiterung der Videosicherheitsanlage am Bahnhofsvorplatz in der KOMPASS-Stadt Fulda erhielt die Kommune einen Förderbescheid in Höhe von rund 62.250 Euro. Seit 2017 gibt es am Bahnhof von Fulda bereits einen Kamerastandort. Dieser konnte durch die Landesmittel im vergangenen Jahr modernisiert werden und die gesamte Videoüberwachung um zwei weitere Kamerastandorte ergänzt werden. Alle Videosicherheitsanlagen dienen dem Zweck, den Bahnhofsvorplatz zur angrenzenden Tiefgarage besser zu überwachen.

Neben einer starken polizeilichen Präsenz im öffentlichen Raum sind moderne Videoschutzanlagen in den Städten und Gemeinden ein wichtiger Baustein für mehr Sicher-

heit auf Hessens Straßen. Das Land stärkt damit nicht nur das Sicherheitsgefühl der Bürger vor Ort, sondern ermöglicht auch eine verbesserte Strafverfolgung. Die hessische Polizei liefert dabei das Knowhow und hilft den Kommunen einen geeigneten Standort zu finden und übernimmt die Überwachung der Bilder. Zwei Drittel der Kosten trägt das Land.

Für die Förderung von Videosicherheitstechnik der Städte und Gemeinden stellt das Land jährlich 1,3 Millionen Euro zur Verfügung. 2019 waren in Hessen in 19 Städten 23 Bildaufzeichnungsanlagen mit insgesamt 204 Kameras von Polizei- bzw. Gefahrenabwehrbehörden zur Überwachung öffentlicher Straßen und Plätze in Betrieb.



## Fahndungsaktionen

# POLIZEI VERSTÄRKT KAMPF GEGEN WOHNUNGSEINBRÜCHE

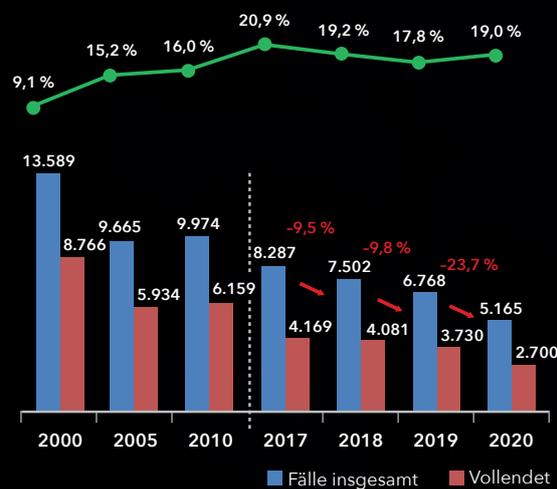
In Hessen wird immer seltener eingebrochen. Während die hessische Polizei 2010 noch 6.159 vollendete Wohnungseinbruchdiebstähle (oder kurz WED) zählte, waren es 2019 noch 3.730 Delikte, die zur Anzeige gebracht wurden. Dies entspricht einem Rückgang von rund 40 Prozent. Um diese positive Entwicklung fortzuführen, sensibilisierte die hessische Polizei die Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Sommerkampagne Wohnungseinbruch 2020. Kern der Aktion waren zusätzliche Präventionsgebote in allen sieben Polizeipräsidien sowie verstärkte Kontrollen im öffentlichen Raum.

Aufgrund der notwendigen Corona-Beschränkungen hatten die Hessinnen und Hessen in der ersten Jahreshälfte viel mehr Zeit zuhause verbracht, so dass auch weniger eingebrochen wurde. Auch die Allgemeinkriminalität war in der ersten Jahreshälfte 2020 insgesamt rückläufig. Die Polizei setzte im Rahmen der Kampagne gezielt auf Sensibilisierungs- und Präventionsmaßnahmen und hielt darüber hinaus auch in der Urlaubszeit den Kontrolldruck gegen Einbrecher bewusst hoch.

Jedes Jahr führt die hessische Polizei rund 7.000 kriminalpolizeiliche Beratungen

zum Wohnungsschutz durch. Mit der bundesweit einzigartigen Prognosesoftware KLB-operativ hat sie zudem ein effektives Computer-Programm, um insbesondere Einbruchsserien frühzeitig zu erkennen und zu unterbinden. Dank der WED-App stehen allen hessischen Polizistinnen und Polizisten wichtige ermittlungsunterstützende Informationen auch unterwegs zur Verfügung. Hessen ging auch 2020 entschlossen und mit innovativer Ausstattung gegen Wohnungseinbruch vor.

## Wohnungseinbruchdiebstahl (WED)



### Aufklärungsquote

2020: um **1,2 % leicht angestiegen**

### Fallzahlen

Einbrüche nahmen im Vergleich zum Vorjahr, **auch coronabedingt um weitere 23,7 % ab**

Im Vergleich zu 2017 sind die Fallzahlen **um 43 % gesunken**

## Anerkennung und Dankbarkeit

# GEMEINSAMER BESUCH BEI EINSATZKRÄFTEN IN DIETZENBACH

Innenminister Peter Beuth, Landespolizeipräsident Roland Ullmann und Dr. h.c. Ralf Ackermann, Präsident des Landesfeuerwehrverbandes Hessen, haben Polizei- und Feuerwehrkräfte in Dietzenbach besucht und über die Angriffe vom 29. Mai 2020 gesprochen. Sie verurteilten die hinterhältigen Attacken im Spessartviertel, dankten den Polizeibediensteten sowie den Kameradinnen und Kameraden der

Freiwilligen Feuerwehr Dietzenbach für ihren täglichen Dienst und riefen zu mehr Solidarität mit Einsatzkräften auf.

Mehrere Gewalttäter hatten Ende Mai Einsatzkräfte im Spessartviertel in einen Hinterhalt gelockt. Die Brandstifter hatten zunächst Feuer gelegt und die eintreffenden Polizisten und Feuerwehrleute unvermittelt mit Steinen angegriffen.

Ein Dutzend Einsatzwagen wurden hierbei beschädigt. Die hessische Polizei konnte dank starker Unterstützung aus den angrenzenden Präsidien und dem Einsatz eines Helikopters die Lage unter Kontrolle bringen. Seit vielen Jahren macht sich die Hessische Landesregierung für den verbesserten Schutz und für mehr Wertschätzung von Einsatzkräften stark.





„Die hessische Polizei leistet herausragend gute Arbeit für die Sicherheit der Bürger. Meine Polizei, die vielen Kolleginnen und Kollegen, die sich täglich für unser aller Sicherheit einsetzen, liegen mir sehr am Herzen. Ich werde daher mit aller Kraft daran arbeiten, dass die hessische Polizei einen tadellosen Ruf genießt.“

ROLAND ULLMANN

Polizeipräsident Roland Ullmann

## OBERSTER GARANT FÜR HESSENS SICHERHEIT

Mit Wirkung zum 17. Juli 2020 hatte Roland Ullmann das Amt des hessischen Landespolizeipräsidenten übernommen. Innenminister Peter Beuth ernannte den 63-Jährigen, der im Rahmen einer Pressekonferenz im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport vorgestellt wurde.

Der aus dem Main-Kinzig-Kreis stammende Familienvater kennt die Polizei in all ihren Facetten und hat den Polizeiberuf von der Pike auf gelernt. Als Schutzmann hatte er 1973 im mittleren Dienst bei der Polizeidirektion Hanau begonnen, wo er später auch als Sachbearbeiter der Kriminalpolizei tätig war.

Mit seinem Aufstieg in den gehobenen Dienst 1984 wechselte er in die Laufbahn der Kriminalpolizei, wo er zwei Jahre dem mobilen Einsatzkommando angehörte und die Leitung der Führungsgruppe für die Bekämpfung von Raub- und Rauschgiftdelikten inne hatte.

1990 beendete Roland Ullmann erfolgreich sein Studium an der Deutschen Hochschule der Polizei. Als Kriminalrat im

Polizeipräsidium Frankfurt am Main baute er die bundesweit erste Kriminalinspektion für Organisierte Kriminalität auf. Von 1995 bis 2000 war Roland Ullmann als Dozent an der Deutschen Hochschule der Polizei für Kriminalwissenschaften tätig. Daran anschließend übernahm er die Referatsleitung für strategische Aufgaben im Landespolizeipräsidium.

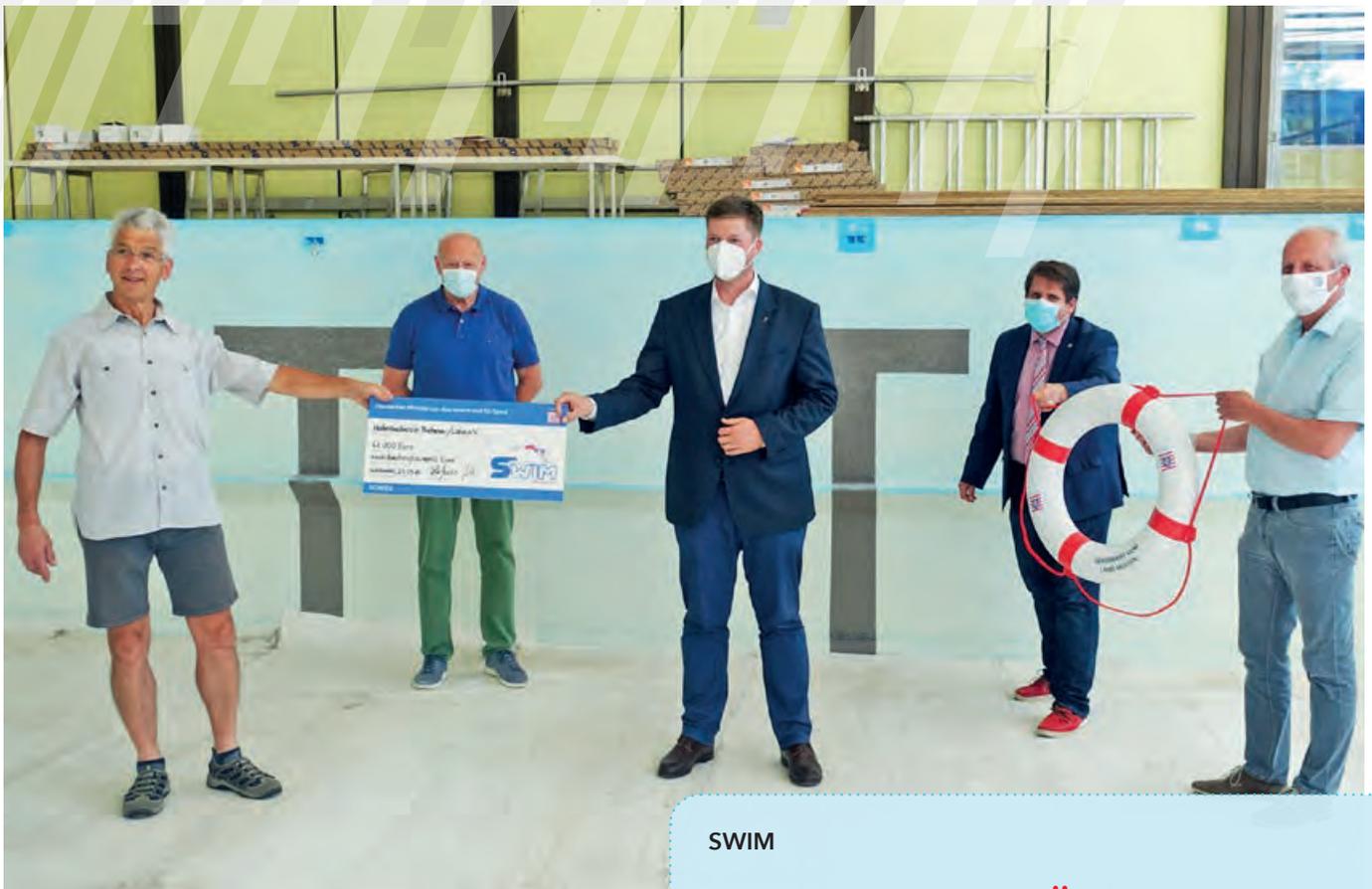
Roland Ullmann hat über die weiteren Stationen als Vizepräsident des Polizeipräsidioms Mittelhessen (2003–2006), des Polizeipräsidioms Westhessen (2006–2008) und des Polizeipräsidioms Südosthessen (2008–2010) einen guten Überblick über die Vielschichtigkeit der Polizei Hessen gewinnen können. Ab 2010 führte er als Polizeipräsident erfolgreich die Geschicke des Polizeipräsidioms Südosthessen.



### RUHESTAND

Der bisherige Landespolizeipräsident Udo Münch hat am 14.07.2020 Innenminister Peter Beuth um seine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand gebeten. Der Innenminister hat der Bitte von Udo Münch entsprochen und lobte Udo Münch als Schutzmann mit Leib und Seele, der sich in seiner Amtszeit als erster Polizist Hessens große Verdienste erworben und immer zu seinem Wort gestanden habe. Das Land Hessen verliere einen redlichen und verbindlichen Mann an einer herausragenden Stelle, der als oberster Polizist Verantwortung für Versäumnisse übernehme, die er nicht allein zu vertreten habe.

Udo Münch trat 1975 in den mittleren Dienst der Hessischen Bereitschaftspolizei ein und gehörte dieser bis 1981 an. Nach Stationen bei der I. Hessischen Bereitschaftspolizeiabteilung und der Hessischen Polizeischule wurde er 1994 als Dozent an die Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden berufen, der er ab 1995 als Rektor vorstand. Nach Stationen im LPP als Referatsleiter und als kommissarischer Vizepräsident des PTLV wurde er 2006 Inspekteur der Hessischen Polizei im Hessischen Innenministerium. Im November 2010 wurde er zum Landespolizeipräsident ernannt.



#### SWIM

## 61.000 EURO FÜR DAS HALLENBAD BUCHENAU

Staatssekretär Dr. Stefan Heck hat das Hallenbad Buchenau besucht und sich vor Ort über die Energiespar- und Modernisierungsmaßnahmen informiert, die von der Hessischen Landesregierung mit 61.000 Euro gefördert werden. Der Hallenbadverein Buchenau betreibt das Hallenbad im Ortsteil Buchenau seit 2006. Dank ehrenamtlichem Engagement der Vereinsmitglieder kann an fünf Tagen die Woche Schulschwimmen angeboten werden. Der Verein führt zudem Schwimmkurse für Kinder durch und bietet Wassergymnastik sowie Aquafitness für alle Altersklassen an. Das Bad wird von drei Ortsgruppen der DLRG und von Behindertensportlern genutzt. Auch für die Öffentlichkeit ist das Bad an fünf Tagen in der Woche geöffnet.

„Das Hallenbad in Buchenau wird vor allem für den Schulsport genutzt. Dadurch wird Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit geboten, Schwimmen zu lernen und zu üben. Im Rahmen der Maßnahme werden Modernisierungsmaßnahmen im Bereich der Schwimmhalle und der Umkleiden durchgeführt.“

STAATSEKRETÄR DR. STEFAN HECK



## AUCH HAVERHILL-BAD GEFÖRDERT

Auch das Haverhill-Bad in Ehringshausen wurden 2020 gefördert. Insgesamt 251.000 Euro Landesmittel wurden der Kommune von Sportminister Peter Beuth persönlich überreicht. Das Hallenbad wurde behindertengerecht umgebaut und damit noch attraktiver für ältere Menschen sowie Menschen mit eingeschränkter Mobilität. Durch die energetische Sanierung der Gebäudehülle wird das Bad zudem umweltfreundlicher und im Betrieb kostengünstiger.



#### Freiluftschießstand eröffnet

## MODERNE AUSSTATTUNG UND OPTIMALE TRAININGSMÖGLICHKEITEN

Innenminister Peter Beuth hat den modernisierten Freiluftschießstand in Lorch eröffnet und sich über die Trainingsmöglichkeiten der hessischen Polizei auf der neuen Anlage informiert. Streifenpolizisten, Notinterventionsteams und Spezialeinheiten der hessischen Polizei demonstrierten, wie dort an Handfeuerwaffen sowie der neuen Mitteldistanzwaffe der hessischen Polizei geübt und ausgebildet wird.

Um für vielfältige Bedrohungsszenarien optimal gerüstet zu sein, hatte die Hessische Landesregierung erst 2019 rund 1.500 neue Mitteldistanzwaffen für die hessische

Polizei beschafft. Mit dem für drei Millionen Euro modernisierten Freiluftschießstand in Lorch steht den Beamtinnen und Beamten der hessischen Polizei fortan eine moderne Trainingsstätte zur Verfügung, die optimale Voraussetzungen für das polizeiliche Einsatztraining schafft. Realitätsnahe Übungen an den unterschiedlichen Waffengattungen sowie das Trainieren dynamischer Einsatzszenarien sind für den Erfolg polizeilicher Einsätze grundlegend. In Lorch können Polizistinnen und Polizisten künftig noch professioneller trainieren, um den Bürgern in sämtlichen Notlagen Hilfe und Schutz zu bieten.





#### Premium-Sportstätte des HFV

## IDEALE BEDINGUNGEN FÜR SPORTSCHULE GRÜNBERG

Die Sportschule in Grünberg, „die Premium-Sportstätte des Hessischen Fußball-Verbands“, wird umfassend modernisiert. Sportminister Peter Beuth besuchte die Sportstätte des HFV und übergab für das Vorhaben einen Förderbescheid in Höhe von 400.000 Euro.

Durch die getroffenen Maßnahmen können die Trainingskapazitäten und -möglichkeiten auf dem Gelände inmitten von Hessen ausgeweitet werden. Der Verband verfügt künftig über ein deutlich hochwertigeres Trainingsareal, welches ideale Voraussetzungen für Amateursportlerinnen und -sportler bieten wird. Der gesamte Komplex soll durch den Umbau auch weiterhin als zentrales und modernes Trainings- und Ausbildungszentrum für den hessischen Amateurfußball dienen, aber auch für den Profisport als Trainingsstätte noch attraktiver werden. Es ist durchaus vorstellbar, dass bei der Fußball-EM 2024 in Deutschland die modernisierte Sportstätte von einer Nationalmannschaft oder Schiedsrichtern zur Vorbereitung auf die Endrunde genutzt wird.



## THW-Rückkehrer

## DANK NACH RÜCKKEHR AUS DEM LIBANON

Nach der verheerenden Explosion am Hafen von Beirut, bei der mehr als 150 Menschen getötet und rund 6000 Menschen verletzt wurden, starteten THW-Kräfte aus Hessen Anfang August in den Libanon, um nach verschütteten Personen zu suchen und die Beurteilung von Gebäudeschäden vorzunehmen. Insgesamt 46 Kräfte (davon 18 aus Hessen) und vier Rettungshunde der THW-Schnell-Einsatz-

Einheit Bergung Ausland (SEEBA) waren im Auftrag der Bundesregierung und auf Ersuchen des Auswärtiges Amt nach Beirut geflogen. Innenminister Peter Beuth begrüßte die ersten 36 deutschen Helfer des Technischen Hilfswerks (THW) nach der Rückkehr des humanitären Einsatzes in Rüsselsheim und dankte den Helferinnen und Helfern für ihren Einsatz.



„ Wer die Bilder der schweren Detonation sowie die massive Zerstörung des Hafens und Teile der Innenstadt Beiruts gesehen hat, kann nur vermuten, wie sich die Situation vor Ort für die Helfer des THW tatsächlich dargestellt hat. Sie alle haben nicht gezögert, Verantwortung übernommen und unter widrigsten Bedingungen den Menschen in Beirut geholfen. Ich danke ihnen sehr herzlich für Ihren Einsatz zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger im Libanon.

INNENMINISTER PETER BEUTH



### Innovation Hub 110

## NEUE SMARTE DIENSTSTELLE FÜR DIE HESSISCHE POLIZEI

Die hessische Polizei setzt gezielt auf modernste Software, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Hessen zu gewährleisten. Dies betonte Innenminister Peter Beuth anlässlich der Eröffnung des neuen „INNOVATION HUB 110“ der hessischen Polizei in Frankfurt am Main am 13. August 2020. In der neuen Software-Schmiede der hessischen Polizei arbeiten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Start-Up-Atmosphäre an der Entwicklung innovativer IT-Lösungen. Die neue Dienststelle nimmt damit deutschlandweit eine Vorreiterrolle ein. Von diesem neuen IT-Thinktank sollen insbesondere die Bürgerinnen und Bürger profitieren. Im Rahmen eines Pressetermins präsentierte die Dienststelle als erste Eigenentwicklung eine neue Verkehrsunfall-App. Durch diese wird sich der Verwaltungsaufwand im Dienstag bei der Aufnahme von Verkehrsunfällen deutlich reduzieren. Statt Notizblock und Stift sowie erneute Eingabe in den Polizei-Computer auf der Dienststelle, können die Kolleginnen und Kollegen künftig alle Angaben zum Unfallgeschehen sowie Bildmaterial mittels der Applikation datenschutzkonform noch an der Unfallstelle über Smartphone in das Polizeisystem eingeben. Im Rahmen eines Pilotprojektes beim 13. Revier des Polizeipräsidiums Frankfurt am Main konnte festgestellt werden, dass sich die Unfallaufnahmezeit um etwa die Hälfte reduzieren lässt.

Das INNOVATION HUB 110 der hessischen Polizei umfasste zum Start 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es gehört organisatorisch zum Hessischen Polizeipräsidium für Technik (HPT). Die neue Polizeidienststelle verfügt über mehr als 900 Quadratmeter Grundfläche und wird auf eine Personalstärke von 35 Kolleginnen und Kollegen ausgebaut werden.



„Hier vernetzen wir unsere Sicherheitsbehörden, um neue Programme zur Erleichterung des Dienstalltages auf den Weg zu bringen. Der Vorteil liegt auf der Hand. Mit den zu entwickelnden Software-Anwendungen wollen wir die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen erleichtern. Sie sollen dadurch in die Lage versetzt werden, sich künftig noch stärker auf ihre Kernaufgabe, die Abwehr von Gefahren und die Verfolgung von Straftaten, zu konzentrieren.“

INNENMINISTER PETER BEUTH



„Die modernen Videoanlagen sind ein Baustein, um die Landeshauptstadt Wiesbaden noch sicherer zu machen. Kameras schrecken Straftäter ab, erhöhen die Reaktionsfähigkeit der Polizei, stärken das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und erleichtern das Aufklären von Kriminalität.

INNENMINISTER PETER BEUTH

## Sicherheitsgefühl

# VIDEOSCHUTZANLAGEN IN WIESBADEN GEFÖRDERT

Gemeinsam mit Dr. Oliver Franz, Bürgermeister der Stadt Wiesbaden, hat Innenminister Peter Beuth neue Videoschutzanlagen für die Landeshauptstadt Wiesbaden offiziell in Betrieb genommen. Das Land Hessen unterstützt die Stadt bei der Modernisierung und Ausweitung der Videosicherheitsanlagen am Platz der Deutschen Einheit und am Hauptbahnhof mit mehr als 1,2 Millionen Euro. Die neuen Videoaufzeichnungsgeräte sind am Platz der Deutschen Einheit, dem Hauptbahnhof sowie der Unterführung am Bahnhofsgelände installiert und können bei der Stadtpolizei-

wache, dem 1. Polizeirevier, der Leitstelle des Polizeipräsidiums Westhessen sowie anlassbezogen in der polizeilichen Befehlsstelle der Brita-Arena aufgeschaltet werden. Bei der Stadtpolizei und beim 1. Polizeirevier wird die Videoanlage im Alltagsbetrieb betreut. Die zusätzlichen Videoschutzanlagen sind Teil des Maßnahmenkonzeptes „Gemeinsam sicheres Wiesbaden“ und sollen die tatsächliche und gefühlte Sicherheit im öffentlichen Raum der Innenstadt stärken.



„Die Heiner wissen am ehesten, wo der Schuh drückt und die Stadt, was umsetzbar ist. Ich bin mir sicher, dass KOMPASS auch hier einen positiven Beitrag für das allgemeine Sicherheitsgefühl und die Sicherheit vor Ort leisten wird.“

INNENMINISTER PETER BEUTH



Darmstadt bei Sicherheitsinitiative dabei

## WISSENSCHAFTSSTADT WIRD KOMPASS-STADT

Als 78. Kommune in Hessen wurde die Wissenschaftsstadt Darmstadt in das Landesprogramm KOMPASS aufgenommen. Mit der Teilnahme von Darmstadt am KOMPASS-Programm profitierten im September 2020 bereits mehr als 2,3 Millionen Hessinnen und Hessen von individuellen Sicherheitslösungen in ihrer Stadt oder Gemeinde. Schon seit vielen Jahren engagiert sich die Stadt für mehr Sicherheit. Darmstadt hat mit dem ältesten Präventionsrat in Hessen, der 2020 sein 28-jähriges Bestehen feiern kann, schon früh erkannt, dass Sicherheit ein Thema ist, das aus unterschiedlichen Gesichtspunkten betrachtet werden muss. Bereits eingeführte Projekte wie „Hart am Limit – HaLT“ und die fünf Schutzmänner vor Ort bilden ein wichtiges Grundgerüst, Sicherheit und Prävention generationenübergreifend zu gewährleisten und diese an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger fortzuentwickeln. Mit der geplanten Videoschutzanlage für den Luisenplatz wurden die personellen Anstrengungen für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger um moderne technische Lösungen ergänzt.



#### Gerietbad in Tann

## KLEINES JUWEL WIRD MODERNISIERT

Dr. Stefan Heck hat das Freibad Gerietbad in Tann (Rhön) besucht und der Stadt einen Förderbescheid in Höhe von 70.000 Euro für Modernisierungsmaßnahmen des Freibades übergeben. Mit der Landesförderung wurden zahlreiche und notwendig gewordene Einzelmaßnahmen im Gerietbad durchgeführt, die in ihrer Gesamtheit dazu beitragen werden, die Anziehungskraft dieser besonderen Schwimmstätte weiter zu steigern. Durch die Landesförderung konnte das Bad auf den neusten Stand der Technik gebracht werden. Unter anderem wurde die in die Jahre gekommene Solarabsorberanlage ausgetauscht. Sie stellt die einzige Energiequelle zum Heizen des Badewassers dar. Zudem wurde ein modernes Gaswarngerät beschafft, damit vor einem möglichen Gaswarnaustritt frühzeitig gewarnt werden kann. Auch eine neue Schwimmbadfolie wurde benötigt. Das 1965 erbaute Schwimmbad gilt als ein kleines Juwel in der Region.

#### Waldbrand verhindert

## ENTSCHLOSSENES HANDELN VERDIENT HÖCHSTEN RESPEKT

Staatssekretär Dr. Stefan Heck hat im Rahmen einer Feierstunde Robin Henkel und Jannis Hosbach aus Burghaun Ende August eine öffentliche Belobigung im Namen des Hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier ausgesprochen. Die beiden Jugendlichen hatten am 9. Juli 2019 aus großer Entfernung in einem Waldstück über Eiterfeld-Dittlofrod Rauch wahrgenommen. Daraufhin radelten sie zum drei Kilometer entfernt liegenden Waldstück und entdeckten ein etwa zehn Quadratmeter großes Feuer. Umgehend alarmierten die beiden aufmerksamen Burghauner die Feuerwehr, die im Waldstück mit der Bekämpfung des Brandes, welcher sich bereits auf einer Fläche von rund 500 Quadratmeter ausgedehnt hatte, beginnen konnte. Dr. Stefan Heck dankte den beiden Jugendlichen für ihr schnelles und beherztes Eingreifen. Nur dank ihrer Aufmerksamkeit und des vorbildlichen Verhaltens konnte ein noch größerer Waldbrand in Burghaun 2019 verhindert werden.



### Höchstpunktzahl

## HESSENS BESTE AUSZUBILDENDE IN VERWALTUNGSBERUFEN GEEHRT

Dr. Stefan Heck hat im Regierungspräsidium Gießen die acht landesbesten Auszubildenden in Verwaltungsberufen geehrt. Von rund 650 Auszubildenden, die 2020 in Hessen die Prüfung in den Verwaltungsberufen abgelegt hatten, haben die Geehrten die Höchstpunktzahl von 15 Punkten erreicht. Die acht besten Auszubildenden des Landes Hessen 2020

kamen aus unterschiedlichen Bereichen der Verwaltung. Mit den Städten Frankfurt am Main, Bad Nauheim, Calden, Landkreise Marburg-Biedenkopf, Landkreis Offenbach und dem Rheingau-Taunus-Kreis gehörten sie vorwiegend dem kommunalen Bereich an. Auch die Technische Universität Darmstadt war 2020 bei den Landesbesten vertreten.



### Sportstättenbau

#### KUNSTRASEN FÜR DIE SG LAUFENSELDEN

Innenminister Peter Beuth hat einen Zuwendungsbescheid in Höhe von 102.000 Euro aus dem Programm „Vereinseigener Sportstättenbau“ an die Sportgemeinschaft 1924 Laufenselden e.V. übergeben. Mit der Förderung unterstützt das Land Hessen die Umwandlung eines Tennenplatzes zum Kunstrasenplatz. Die Sportgemeinschaft Laufenselden wurde 1924 gegründet und bietet als Mehrspartenverein rund 550 Mitgliedern Sportangebote.



### Sportfördergruppe Verwaltung

## FÜNF TOP-ATHLETEN STARTEN DUALE KARRIERE

Seit September 2020 können hessische Spitzensportler eine Duale Karriere in der hessischen Landesverwaltung einschlagen und damit Leistungssport und berufliche Karriere in Einklang bringen. Staatsminister Peter Beuth begrüßte die ersten fünf Sportlerinnen und Sportler der „Sportfördergruppe Verwaltung“ im Innenministerium und wünschte ihnen sowohl beruflich als auch sportlich viel Erfolg. Sarjana Klamp (Rudern), Tamara Link (Rugby), Fabian Otto (Sportschütze), Lea Schneider (Fußball)

und Johannes Ursprung gehören dem ersten Jahrgang an. Wie der hessische Sportminister betonte, seien Leistungssport und berufliche Karriere oftmals nicht in Einklang zu bringen. Die Besonderheiten, die der Leistungssport durch Trainings- und Wettkampfzeiten mitbringt, findet oftmals keine entsprechende Berücksichtigung bei Arbeitgebern. Mit der Einrichtung der „Sportfördergruppe Verwaltung“ trägt das Innenministerium zur Unterstützung der Leistungssportlerinnen und -sportler bei.

## VEREINBARUNG ZUR DIGITALISIERUNGSBERATUNG HESSISCHER KOMMUNEN UNTERZEICHNET

Hessens Kommunen können sich ab sofort individuell und kostenfrei in Sachen Verwaltungsdigitalisierung beraten lassen. Eine entsprechende Vereinbarung mit dem IT-Dienstleister ekom21 haben Innenminister Peter Beuth und Digitalministerin Prof. Dr. Kristina Sinemus unterzeichnet. Das Land investiert hierzu in den kommenden drei Jahren insgesamt rund 3,5 Millionen Euro zur Unterstützung seiner Städte, Gemeinden und Landkreise.

Das Land und seine Kommunen arbeiten bei der Verwaltungsdigitalisierung weiter Hand in Hand. Die Vertragsunterzeichnung markiert den Startschuss für die nächste Phase der Digitalisierungsoffensive unserer 422 Kommunen. Die Städte, Gemeinden und Landkreise können nunmehr eine umfassende und kostenfreie Digitalisierungsberatung nutzen. Sie können ab sofort ihren eigenen Digitalisierungsstand prüfen, bevorstehende Digitalmaßnahmen planen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung fit für die digitale Zukunft machen.



*Kommunen, die sich zur Verwaltungsdigitalisierung beraten lassen möchten, können sich darüber informieren und dafür anmelden unter [www.ekom21.de/digitalisierungsberatung](http://www.ekom21.de/digitalisierungsberatung)*

*Das Team Digitalisierungsberatung bei der ekom21 erreichen Sie telefonisch unter 0641 9830 3616 oder per E-Mail [pressestelle@hmdis.hessen.de](mailto:pressestelle@hmdis.hessen.de)*



### Brandschutz

## NEUES FEUERWEHRHAUS FÜR BOTTENHORN

Bestmögliche Voraussetzungen für die tägliche Arbeit erhalten künftig die Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr Bottenhorn. Dr. Stefan Heck besuchte die Brandschützer und übergab ihnen einen Bescheid in Höhe von 246.000 Euro. Mit der Zuwendung wird der Bau eines neuen Feuerwehrhauses unterstützt. Der Brandschutz in Bad Endbach besteht aus fünf Gemeindeteilfeuerwehren mit rund 155 Aktiven in den Einsatzabteilungen sowie fünf Jugendfeuerwehrgruppen mit über 55 Mitgliedern. Das neue Feuerwehrhaus wird Heimat für über 30 Aktive der Freiwilligen Feuerwehr Bottenhorn sowie elf Nachwuchsbrandschützer aus der Jugendfeuerwehr.

### Hessenkasse

## INVESTITIONEN IN BIEDENKOPF

Die Stadt Biedenkopf erhielt Mitte September drei Förderzusagen aus dem Investitionsprogramm HESSENKASSE in einer Gesamthöhe von mehr als 640.000 Euro. Neben der Tilgung eines Investitionskredites konnten durch die finanziellen Mittel laufende Unterhaltungsmaßnahmen von Gemeindestraßen sowie die Modernisierung der Straßenbeleuchtungen im Stadtgebiet vorgenommen werden. Die Teilnahme an der HESSENKASSE zahlte sich somit für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt aus.



### Sicherheit

## STEINBACH WIRD 81. KOMPASS-KOMMUNE

Als 81. Kommune in Hessen wurde die Stadt Steinbach in das Landesprogramm KOMPASS aufgenommen. Innenminister Peter Beuth besuchte die Stadt im Hochtaunuskreis und lobte die Verantwortlichen für ihre Bemühungen um mehr Sicherheit.

Die Stadtverantwortlichen haben sich über das Programm für die Intensivierung der Sicherheits- und Präventionsarbeit in Steinbach entschlossen. Schon seit mehreren Jahren engagiert sich die Stadt, um die Sicherheit zu erhöhen. Der Freiwillige Polizeidienst ist bereits seit 2004 fester Bestandteil der Sicherheitsarbeit und mit dem Schutzmann vor Ort steht den Steinbacher Bürgerinnen und Bürgern seit Oktober 2019 ein fester Ansprechpartner für alle Belange zur Seite. Nach Bad

Homburg, Kronberg, Neu-Anspach und Usingen ist Steinbach die 5. Gemeinde im Hochtaunuskreis, die an der Sicherheitsinitiative des Landes teilnimmt. Mit KOMPASS werden die Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit der Polizei und dem Magistrat passgenaue Lösungen für noch mehr Sicherheit entwickeln und ihre Sicherheitsbedürfnisse in Ideen für lokale Maßnahmen einfließen lassen. Durch zielgerichtete Präventionsmaßnahmen soll auch das Sicherheitsgefühl weiter gestärkt werden.





#### Ansprechpartner der Polizei

## EINE ZEHNJÄHRIGE ERFOLGSGESCHICHTE

Anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Teams des Ansprechpartners der Polizei (AdP) dankte Innenminister Peter Beuth den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre wichtige Arbeit. Die Funktion des AdP wurde im Jahr 2010 geschaffen und dient seitdem allen Beschäftigten der hessischen Polizei bei inner- und außerdienstlichen Konflikten, bei sozialen und persönlichen sowie auch gesundheitlichen Problemen als unmittelbare Anlaufstelle.

Der Ansprechpartner der Polizei ist eine zehnjährige Erfolgsgeschichte. In dieser Zeit haben sich rund zehn Prozent der Beschäftigten der hessischen Polizei an die neutrale Anlaufstelle gewandt. Zahlen, die belegen, dass sich die geschaffene Beratungsstelle durch ihre vertrauensvolle Arbeit innerhalb der hessischen Polizei hohe Anerkennung und Bekanntheit erworben hat.

Neben den bereits bestehenden polizeiinternen Angeboten bietet die unabhängige Stelle außerhalb der Hierarchie und der Strukturen der hessischen Polizei ein Höchstmaß an Diskretion und Organisationswissen. Es ermöglicht dadurch Konflikte innerhalb der Behörden zielgerichtet zu moderieren und Lösungen herbeizuführen. Der Ansprechpartner der Polizei kann im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten innerhalb der hessischen Polizei alle Auskünfte verlangen, die zur Wahrnehmung seiner Aufgaben erforderlich sind. Dazu gehört beispielsweise auch, dass jederzeit Polizeidienststellen aufgesucht werden können, um sich persönlich ein Bild von den Gegebenheiten vor Ort zu machen.

„*Insbesondere die Arbeits- und Führungskultur konnte in den vergangenen zehn Jahren durch die Funktion des AdP positiv fortentwickelt werden. Ich danke dem Team des AdP für die zehnjährige Arbeit zum Wohle der Beschäftigten der hessischen Polizei.*

INNENMINISTER PETER BEUTH

” Wir werden auch künftig alle Hebel in Bewegung setzen, um die Feinde unseres über Jahrzehnte errungenen, friedliebenden und toleranten Gemeinwesens mit allen Mitteln des Rechtsstaats zu bekämpfen. Wir werden deshalb weiterhin mit konsequentem Handeln und umfangreichen operativen Maßnahmen dem rechten Hass entgegenreten.

INNENMINISTER PETER BEUTH

LfV-Bericht 2019 vorgestellt

## RECHTS-EXTREMISMUS IST GRÖSSTE BEDROHUNG IN HESSEN

Innenminister Peter Beuth hat gemeinsam mit dem Präsidenten des Landesamts für Verfassungsschutz (LfV) Hessen, Robert Schäfer, den hessischen Verfassungsschutzbericht 2019 und die maßgeblichen extremistischen Entwicklungen aus dem Berichtsjahr vorgestellt. Demnach war das extremistische Personenpotenzial in Hessen 2019 im Vergleich zum Vorjahr um etwa 600 auf rund 14.000 Personen angestiegen. Der größte Zuwachs war im Bereich des rechtsextremistischen Personenpotenzials mit einer Steigerung von 1.475 (2018) auf 2.200 (2019) zu verzeichnen. Auch bundesweit war die rechtsextremistische Szene 2019 zuletzt von 24.100 (2018) auf 32.080 (2019) Personen angewachsen.

Das rechtsextremistische Personenpotenzial in Hessen ist im vergangenen Jahr um 725 auf 2.200 gestiegen. Grund dafür war insbesondere die im Februar 2019 aufgenommene Beobachtung der AfD-Teilorganisationen „Flügel“ und „Junge Alternative“ (JA). Die Anzahl von als gewaltorientiert eingestuften Rechtsextremisten nahm im Berichtsjahr 2019 ebenfalls zu. Sie stieg um 160 auf 840 Personen.

*Der Verfassungsschutzbericht 2019 ist als Download auf der Internetseite des Landesamtes für Verfassungsschutz verfügbar.*



Die Zahl der linksextremistischen Straftaten stieg von 35 auf 60 an, die Zahl der linksextremistischen Gewalttaten sank von 13 auf 5. Den größten Anteil an den linksextremistischen Straftaten machten im Jahr 2019 Sachbeschädigungen aus. Ein besonders gravierender Fall war der Brandanschlag auf ein Autohaus in Kronberg im Taunus (Hochtaunuskreis) Ende August, der in einer Reihe von Straftaten anlässlich der IAA stand. Bei dem Brandanschlag auf dem Gelände eines Autohändlers wurden mehr als 40 hochwertige Fahrzeuge beschädigt, so dass ein Schaden in Millionenhöhe entstand.

Nach wie vor stellt der Islamismus eine große Gefahr für die freiheitliche Demokratie dar. In den sozialen Medien verbreitet der IS weiterhin jihadistische Propaganda und Anleitungen zum Begehen von Anschlägen. Der IS verfügt auch in Hessen weiterhin über Sympathisanten und Anhänger.

” Die Proteste rund um den Bau der A49 werden bislang in weiten Teilen durch nicht-extremistische Umweltschützer getragen. Ein Teil der Besetzer des Dannenröder Waldes ist jedoch dem linksextremistischen Spektrum zuzurechnen. Von diesen Gruppen geht eine zunehmende radikalere Auseinandersetzung mit dem Thema einher: Gespannte Drahtseile auf Kopfhöhe im Wald, Brandanschläge auf mehrere Bagger sowie die mehr als 200 mit einem roten X angesprühten und damit zum „Abfackeln freigegebenen“ Autos in Gießen verdeutlichen, dass jederzeit mit Aktionen gerechnet werden muss, bei denen Sachschäden und die Verletzung von Personen zumindest in Kauf genommen werden.

ROBERT SCHÄFER,  
PRÄSIDENT DES LANDESAMT FÜR  
VERFASSUNGSSCHUTZ HESSEN

## Personenpotenzial, Straf- und Gewalttaten in den extremistischen Phänomenbereichen

	Personenpotenzial		Straftaten		Gewalttaten	
	2019	2018	2019	2018	2019	2018
Rechtsextremismus	2.200	1.475	886	539	31	25
Islamismus (davon Salafisten)	4170 (1.650)	4170 (1.650)	36	27	1	1
Linksextremismus	2.600	2.570	65	48	5	13
Extremismus mit Auslandsbezug	4.195	4.330	73	84	4	12

**Erläuterung zur Tabelle:** **Personenpotenzial:** Zum Gesamtpersonenpotenzial (2019: rund 14.000 / 2018: rund 13.400) zählen auch noch die sogenannten Reichsbürger und Selbstverwalter (Personenpotenzial 2018 und 2019: jeweils 1.000), die eine Schnittmenge mit dem rechtsextremistischen Personenpotenzial aufweisen.

**Straf- und Gewalttaten:** Extremistisch motivierte Straftaten bilden eine Teilmenge der Straftaten der Kategorie „Politisch motivierte Kriminalität“. Bei extremistisch motivierten Straftaten handelt es sich um diejenigen Straftaten, bei denen es Anhaltspunkte dafür gibt, dass sie darauf abzielen, bestimmte Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen, die für die freiheitliche demokratische Grundordnung prägend sind.

” Die Hessische Landesregierung steht in diesen herausfordernden Zeiten fest an der Seite der Kommunen, die infolge der Corona-Pandemie mit deutlichen Einbußen bei der Gewerbesteuer rechnen müssen. Wiesbaden erhält mit mehr als 51 Millionen Euro eine gewaltige Summe und damit einen substanziellen Beitrag zur Stabilisierung der Einnahmensituation. Mit der Bescheidübergabe senden wir dabei sowohl an die Bürgerinnen und Bürger als auch an die politischen Entscheidungsträger der Landeshauptstadt ein klares Signal: das Land steht fest an ihrer Seite und lässt sie mit den schwerwiegenden finanziellen Folgen der Corona-Pandemie nicht allein.

INNENMINISTER PETER BEUTH



#### Gewerbesteuerausfälle

## MEHR ALS 51 MILLIONEN EURO FÜR DIE LANDESHAUPTSTADT

Die Hessische Landesregierung unterstützte die Landeshauptstadt Wiesbaden mit mehr als 51 Millionen Euro, um coronabedingte Ausfälle der Gewerbesteuer auszugleichen. Einen entsprechenden Bescheid zur Kompensationsleistung des Landes überreichte Innenminister Peter Beuth Anfang Oktober im Rathaus der Landeshauptstadt an Oberbürgermeister Gert-Uwe Mende.

Zur Bewältigung der Corona-Krise erhielten Hessens Kommunen schnelle Hilfe. Die Hessische Landesregierung und der Bund nahmen insgesamt über 1,2 Milliarden Euro in die Hand, um coronabedingte Ausfälle der Gewerbesteuer in Hessen auszugleichen. Die Auszahlung der mehr als 51 Millionen Euro für Wiesbaden erfolgte am Tag der Bescheidübergabe.



### Multimediale Feuerwehrausbildung

## DIGITALE LERNWELT FÜR DIE HESSISCHE FEUERWEHR

Die Hessische Landesregierung schafft eine einmalige, digitale Lernwelt für die hessischen Feuerwehrangehörigen. Nach der erfolgreichen Umsetzung des Pilotprojekts „e-Gruppenführer“ wird Hessen an der zentralen Ausbildungsstätte, der Hessischen Landesfeuerwehrschule (HLFS) in Kassel, sein e-learning-Angebot künftig deutlich ausbauen und dabei auch Lehrgänge und Seminare auf Kreisebene miteinbeziehen.

Bereits vor Corona-Zeiten hatte es sich bewährt, dass das Land bei der Ausbildung bereits auf e-learning-Angebote an der Hessischen Landesfeuerwehrschule gesetzt hatte. So wurde schon 2018 mit dem Online-Pilotlehrgang „e-Gruppenführer“ Pionierarbeit geleistet. Dieses Angebot wurde nun 2020 weiter ausgebaut. Denn obwohl die Ausbildung an der HLFS sehr praxisorientiert ist, lassen sich gerade die theoretischen Anteile sehr gut online vermitteln.

„Die Erweiterung des e-learning-Angebots an der Hessischen Landesfeuerwehrschule macht die Aus- und Fortbildung hessenweit flexibler und örtlich unabhängiger. Damit leisten sie auch einen wertvollen Beitrag zur Vereinbarkeit von Ehrenamt, Beruf und Familie.“

INNENMINISTER PETER BEUTH

Neben dem Gruppenführerlehrgang bietet die HLFS mittlerweile auch den Lehrgang „Leiter einer Feuerwehr“ als Online-Modul an, im Rahmen der Ausbildung von Führungskräften für den ABC-Einsatz wird derzeit ebenfalls der Einsatz von VR-Technologie – der Ausbildung im virtuell-realen Raum – an der HLFS erprobt. Zudem ist die Ausweitung des Angebots um den Lehrgang „e-Zugführer“ geplant. Künftig wird auch die Kreisausbildung in die digitale Lernwelt der HLFS integriert. Hierzu hat die HLFS ein Konzept entwickelt, welches es den Landkreisen ermöglicht, e-Learning-Angebote zur Verfügung zu stellen. Zukünftig werden die Landkreise zusätzlich die Möglichkeit haben, eigene e-Learning-Angebote zu erstellen. Damit schafft das Land neue Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten, die es den hessischen Feuerwehrangehörigen ermöglicht, ihr Ehrenamt mit familiären oder beruflichen Verpflichtungen effizienter zu verknüpfen und geht somit auf die sich verändernde Lebenswirklichkeit der Einsatzkräfte ein. Mit dem flexibleren Zugang zu Fortbildungsangeboten trägt das Land gleichzeitig den sich verändernden Lernanforderungen Rechnung.



„Gunnar Milberg war ein überaus engagierter und – im positiven Sinne des Wortes – „handfester“ Abteilungsleiter, dem das Innenressort zu großem Dank verpflichtet ist. Seine Arbeit war stets getragen von einem bemerkenswerten beruflichen Ethos und hoher persönlicher Integrität.“

STAATSSSEKRETÄR DR. STEFAN HECK

### Gunnar Milberg

## LEIDENSCHAFTLICHER EINSATZ FÜR DAS FEUERWEHRWESEN

Mit Ende des Monats Oktober 2020 wurde Ministerialdirigent Gunnar Milberg in den Ruhestand verabschiedet. Der 65-Jährige leitete mehr als 15 Jahre lang die Abteilung Brand- und Katastrophenschutz sowie Krisenmanagement im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport.

Gunnar Milberg hatte in dieser Zeit die Geschicke des Feuerwehrewesens in Hessen als Leiter der Abteilung Brand- und Katastrophenschutz sowie Krisenmanagement im Innenministerium maßgeblich mitgeprägt und dabei stets seine Leidenschaft für das Feuerwehrewesen eingebracht. In seine Zeit im Innenministerium fallen grundlegende Verbesserungen des Landes für den Brandschutz in Hessen wie die Einführung der Garantiesumme für den Brandschutz, die Modernisierung und Kapazitätserweiterung der Hessischen Landesfeuerwehrschule in Kassel sowie der Neubau des Jugendfeuerwehrausbildungszentrums in Marburg-Cappel.



### Nachfolger

## DR. TOBIAS BRÄUNLEIN ZUM ABTEILUNGSLEITER BESTELLT

Im Zuge des Ruhestandseintrittes von Gunnar Milberg erhielt Dr. Tobias Bräunlein, bisheriger stellvertretender Leiter der Abteilung V, Anfang November 2020 aus den Händen von Staatsminister Peter Beuth und Staatssekretär Dr. Stefan Heck seine Benennung zum Leiter der Abteilung „Brand- und Katastrophenschutz, Informations- und Kommunikationstechnik Brandschutz, Katastrophenschutz und Rettungsdienst, Verteidigungswesen, Krisenmanagement.“

Rolf Wenzel

## KOMMUNAL- POLITISCHES URGESTEIN AUSGEZEICHNET

Rolf Wenzel wurde mit dem Hessischen Verdienstorden ausgezeichnet. Er ist ein Urgestein kommunalpolitischen Engagements in Seligenstadt und im gesamten Landkreis Offenbach. Seit mehr als 50 Jahren setzt er sich für seine Mitmenschen in seiner Heimatstadt und darüber hinaus ein.

Er war elf Jahre Bürgermeister der Stadt Seligenstadt und gehörte 23 Jahre dem Kreistag an. Bis zum heutigen Tag ist er als Stadtverordneter für die Einhardstadt Seligenstadt aktiv. Die Ehrung nahm Innenminister Peter Beuth persönlich vor.



Lothar Bender

## ÜBER VIER JAHR- ZEHNTE MIT HERZBLUT FÜR HEIDENROD

Lothar Bender aus Heidenrod (Rheingau-Taunus-Kreis) hat das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland von Innenminister Peter Beuth ausgehändigt bekommen. Der 82-Jährige erhielt die hohe Würdigung für jahrzehntelanges ehrenamtliches Engagement als Ortsgerichtsschöffe sowie im Vereinsleben in seinem Geburtsort Heidenrod. Lothar Bender engagiert sich seit über vier Jahrzehnten mit Herzblut für Heidenrod. Ob bei seinem unermüdlichen Wirken als Ortsgerichtsschöffe oder als vorbildlicher Kassierer seiner Freiwilligen Feuerwehr Mappershain: immer standen und stehen seine Mitmenschen im Zentrum aller Anstrengungen.

Rosemarie Lecher

## GROSSE FÜLLE AN EHRENAMTLICHEM ENGAGEMENT

Staatssekretär Dr. Stefan Heck hat Rosemarie Lecher das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgehändigt, das ihr von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier verliehen worden war. Die Kirchhainerin (Landkreis Marburg-Biedenkopf) erhält die Würdigung in Anerkennung für ihr herausragendes ehrenamtliches Wirken.

Rosemarie Lecher kann eine große Fülle an ehrenamtlichem Engagement vorweisen. Seit über 20 Jahren engagiert sie sich mit Fachkenntnis und Augenmaß in der Kommunalpolitik. Insbesondere die schul- und bildungspolitischen Themen sind ihr eine Herzensangelegenheit. Sie hat sich dabei stets den Bürgerinnen und Bürgern verschrieben und sich in herausragender Weise um das Wohl ihrer Mitmenschen verdient gemacht. Neben dem kommunalpolitischen Engagement hat sie über zahlreiche Ehrenämter in außergewöhnlichem Maße zur positiven

Entwicklung in der Region beigetragen. Rosemarie Lecher ist eine würdige Trägerin des Verdienstkreuzes am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.





Polizeisportler 2020

## HESSEN IST STOLZ AUF SEINEN TOPSPORTLER

**Aaron Sauter als bester Europäischer Polizeisportler 2020 geehrt.**

Der Staatssekretär im Hessischen Innenministerium Dr. Stefan Heck hat den Europäischen Polizeisportler des Jahres 2020, Polizeioberkommissar Aaron Sauter, zu dieser besonderen Auszeichnung gratuliert. Aaron Sauter erhielt die Auszeichnung für seine Erfolge bei der 17. Europäischen Polizeimeisterschaft im Schießen mit Sportwaffen im Jahr 2019 im thüringischen Suhl. Die Ehrung der „Union Sportive des Polices d'Europe“ (USPE) hätte eigentlich bei einem Sportkongress der 40 Mitgliedsländer in Wien stattfinden sollen, wurde aber aufgrund der Corona-Pandemie im kleinen Rahmen beim Hessischen Bereitschaftspolizeipräsidium gefeiert.

Bundesweit einmalig

## HESSENWARN ERHÄLT „WILDWARNER“ UND WIDGET-FUNKTION

Für hessenWARN steht seit Oktober 2020 ein neues Update in den App-Stores zur Verfügung. Die kostenlose Sicherheits-App erhält mit einem „Wildwarner“ für den Straßenverkehr sowie einer Widget-Funktion für den Notruf mit exakter Standortübermittlung innovative Neuerungen.

Die App warnt Autofahrer über die Freisprecheinrichtung, wenn auf einer Strecke das Risiko für Wildwechsel steigt. Darüber hinaus steht der Notruf mit automatischer Positionsübermittlung als Widget zur Verfügung, damit Hilfe noch schneller und einfacher ausgelöst werden kann. Die neuen Features bieten damit noch mehr Sicherheit. Hessen hat mit der Entwicklung der 2019 eingeführten Sicherheits-App hessenWARN Pionierarbeit geleistet. Die Bürgerinnen und Bürger können sich seitdem präventiv noch umfangreicher, besser und individueller über mögliche Gefahrenlagen in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld informieren lassen. Seit Mitte Oktober 2020 warnt die App Autofahrer über die Freisprecheinrichtung, wenn auf einer Strecke das Risiko für Wildwechsel steigt. Darüber hinaus steht der Notruf mit automatischer Positionsübermittlung als Widget zur Verfügung, damit Hilfe noch schneller und einfacher ausgelöst werden kann. Die neuen Features bieten damit noch mehr Sicherheit.

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

HESSEN

**Vor Wildwechsel gewarnt.**

**Installieren Sie sich die App für Ihre Sicherheit!**

Verfügbar in den App-Stores von Apple und Google

Polizei Hessen

hessenWARN  
www.hessenWARN.de

„Warnhinweise wie Verkehrszeichen werden bei häufig gefahrenen Strecken oft nicht mehr als solche wahrgenommen. Durch die Weckfunktion von hessenWARN, die aktiv wird sobald der Verkehrsteilnehmer während der Dämmerung in ein Gebiet mit erhöhter Wildwechsel-Gefahr fährt, wird eine erhöhte Sensibilisierung erreicht. Der Wildwarner soll bei mehr als 20.000 Wildunfällen im Jahr einen Teil dazu beitragen, die Verkehrssicherheit weiter zu erhöhen.“

INNENMINISTER PETER BEUTH

### WIDGET-FUNKTION FÜR DEN STARTBILDSCHIRM DES SMARTPHONES

Für die Betriebssysteme iOS und Android kann mit dem Update ein Widget der Notruf-funktion auf dem Startbildschirm des Smartphones installiert werden. hessenWARN nutzt für die Warn- und Informationsfunktionalitäten den ungefähren aktuellen Standort, der akku-

schonend über die Funkzelle ermittelt wird. Während des Notrufes wird die genauere Standortübermittlung über alle zur Verfügung stehenden Ortungsdienste aktiviert und genutzt. Nur so kann dem Nutzer bestmöglich geholfen werden.

hessenWARN



## Neuer Polizeipräsident

## EBERHARD MÖLLER IST EIN GEWINN FÜR OFFENBACH

Das Polizeipräsidium Südosthessen in Offenbach wird künftig von Eberhard Möller, dem bisherigen Polizei-Vizepräsidenten des PP Nordhessen, geleitet. Der 62-Jährige folgt damit auf Roland Ullmann, der Mitte Juli von Innenminister Peter Beuth zum Landespolizeipräsidenten ernannt wurde. Aufgrund der Pandemielage erfolgte die sonst übliche feierliche Amtseinführung nur im kleinen Kreis der Führungskräfte des Polizeipräsidiums Südosthessen und im Beisein von Staatsminister Peter Beuth sowie Landespolizeipräsident Roland Ullmann.

Eberhard Möller hat die hessische Polizei bei seinen bisherigen Tätigkeiten in allen Facetten kennengelernt und während seiner Laufbahn ausgezeichnete Arbeit geleistet. Seine große Erfahrung basiert auf seinen vielfältigen Tätigkeiten für die hessische Polizei in Fulda, Wiesbaden und Kassel.

„Eberhard Möller hat die hessische Polizei in allen Facetten kennengelernt und während seiner Laufbahn ausgezeichnete Arbeit geleistet. Seine große Erfahrung ist ein Gewinn für Offenbach und ich bin mir sicher, dass er die gute Arbeit von Roland Ullmann für die Sicherheit der Region fortsetzen wird.“

INNENMINISTER PETER BEUTH

### Wahlen auf Abstand

#### MASKEN UND DESINFEKTIONSMITTEL FÜR WAHLLOKALE

Vom 1. November 2020 bis zum Jahresende 2020 wurden hessenweit in insgesamt 45 hessischen Kommunen Wahlen und Bürgerentscheide durchgeführt. Als Folge des zunehmenden Infektionsgeschehens stattete das Hessische Ministerium des Innern und für Sport kurzfristig die betreffenden Kommunen mit Corona-Schutzpaketen aus, die aus insgesamt 28.800 FFP-2-Masken für Wahlhelferinnen und -helfer, rund 106.000 sogenannte OP-Masken für Wählerinnen und Wähler sowie ca. 2.200 Liter Desinfektionsmittel bestanden. Über das Jahr 2020 hatte das Innenministerium den Kommunen und kommunalen Verantwortungsträgern immer wieder Empfehlungen übermittelt, welche Vorkehrungen und Regeln bei der Wahrnehmung von kommunalen Sitzungen gelten und unter welchen Voraussetzungen im Wahllokal gewählt werden kann.



## Proteste gegen Autobahnausbau

# INNENMINISTER PETER BEUTH INFORMIERT SICH IM DANNENRÖDER FORST

Der Einsatz der hessischen Polizei rund um den Lückenschluss der A49 war eine große Herausforderung für die hessische Polizei. Zum einen schützen die täglich bis zu 2.000 Einsatzkräfte aus Hessen und vielen weiteren Bundesländern die notwendigen Rodungsarbeiten. Andererseits ermöglichte die Polizei einen friedlichen Protest der Ausbaugegner. Trotz einer sehr besonnenen und dialogorientierten Einsatzstrategie wurden die Frauen und Männer immer wieder angegriffen. Verletzungen von Polizistinnen und Polizisten wurden von einem Teil der Aktivisten billigend in Kauf genommen, ein Teil rief sogar offen zur Gewalt gegen die Beamtinnen und Beamten auf. Nicht zuletzt sind zahlreiche Aufrufe und Aktionen – teils aus dem linksextremistischen Spektrum heraus – dokumentiert, die das Ziel verfolgten, die Situation bewusst weiter zu verschärfen. Angesichts des teils massiven Widerstands von Aktivis-

ten im Wald sowie von ihnen erstellten komplexen Blockaden, die oft bewusst eine Eigen- und Fremdgefährdung in Kauf nehmen, war die Einsatzlage im Dannenröder Forst für die Polizei sehr fordernd und personalintensiv.

Ende November verschaffte sich Innenminister Peter Beuth einen persönlichen Eindruck von der Einsatzlage rund um den Weiterbau der Bundesautobahn 49. Dazu besuchte er die Einsatzkräfte vor Ort und ließ sich die wichtigsten Einsatzorte zeigen. Er dankte allen Einsatzkräften und drückte seine Anerkennung für den bisher geleisteten Einsatz aus. Neben einer Abschnittsbefehlsstelle der Polizei im Bürgerhaus Niederklein suchte der Innenminister auch das Logistikzentrum im südlichen Dannenröder Forst auf, welches in Teilen durch die Polizei mitgenutzt wurde. Der mittelhessische Polizeipräsident, Bernd Paul, der Inspekteur

der hessischen Polizei, Hans Günther Knapp und Manfred Kaletsch als Gesamteinsatzleiter gaben dem Innenminister alle Informationen vor Ort. Besonders interessiert zeigte sich der Staatsminister bei den Themen Arbeitsbedingungen, Versorgung der eingesetzten Beamtinnen und Beamten sowie schwierige und belastende Einsatzumstände. Die zahlreichen gewalttätigen Angriffe auf die Einsatzkräfte waren auch ein wichtiger Gegenstand des Gesprächs.

” Wer die Kolleginnen und Kollegen gefährdet, sie angreift oder ihnen Fallen stellt, muss mit der gesamten Härte des Rechtsstaats bestraft werden.

INNENMINISTER PETER BEUTH





#### Sicherheit in Idstein gestärkt

## „SCHUTZFRAU VOR ORT“ FÜR DAS IDSTEINER LAND

Am 21.12.2020 hat Innenminister Peter Beuth gemeinsam mit Polizeipräsident Stefan Müller die Idsteiner Polizeihauptkommissarin Hatun Deitz als „Schutzfrau vor Ort“ ins Amt eingeführt. Die 43-jährige Polizistin ist seitdem in den drei KOMPASS-Kommunen Idstein, Niedernhausen, Hünstetten sowie Waldems für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger unterwegs. Die mit mehr als 20 Jahren dienstferne Polizeibeamtin ist für die Bürgerinnen und Bürger das Gesicht der Polizei im Idsteiner Land.

#### Wiesbadener an der Weltspitze

## SPORTMINISTER GRATULIERT BOB-PILOTIN VANESSA MARK ZUM 2. PLATZ IM WELTCUP

Die aus Wiesbaden stammende und im Innenministerium beschäftigte Vanessa Mark belegte zusammen mit der Olympiasiegerin Mariama Jamanka als ihrem Teammitglied den 2. Platz bei dem Weltcup im lettischen Sigulda. Zeitgleich belegte die aus Wiesbaden stammende Vizeweltmeisterin Kim Kalicki ebenso den 2. Platz und wurde hierfür ebenso von Peter Beuth gewürdigt (siehe Seite 95).





Einstellungsberatung noch professioneller

## NEUE FAHRZEUGE FÜR EINSTELLUNGSBERATER DER POLIZEI

Innenminister Peter Beuth hat Anfang Dezember der Polizeiakademie Hessen stellvertretend für alle sieben Flächenpräsidien der hessischen Polizei Fahrzeuge für die Einstellungsberatung übergeben. Das Team der Einstellungsberatung berät junge Menschen zum Thema Polizeiberuf und bereitet Bewerberinnen und Bewerber für das Auswahlverfahren zur Einstellung in den gehobenen Polizeivollzugsdienst vor. Hierbei sind der persönliche Kontakt und die Beratung vor Ort für die Arbeit der Einstellungsberatung besonders wichtig.

Trotz der Pandemie konnte die hessische Polizei 1.095 neue Polizeikommissaranwärterinnen und -anwärter gewinnen, was den zweitgrößten Einstellungsjahrgang in der Geschichte der hessischen Polizei darstellt. Um interessierte junge Menschen zukünftig wieder in ihren Schulen, auf Messen oder Berufsinformationsveranstaltungen zu erreichen, wurden der Einstellungsberatung neue Fahrzeuge überreicht.

” Die hessische Polizei geht mit der hessenweiten Besonderen Aufbauorganisation FOKUS noch zielgerichteter und unter Ausschöpfung aller taktischen und rechtlichen Mittel gegen Sexualstraftäter und den Besitz von Kinderpornografie vor. Wer Kinder sexuell missbraucht, muss mit der gesamten Macht des Staates kompromisslos bekämpft werden.

INNENMINISTER PETER BEUTH



#### BAO FOKUS 2021

## HESSEN INTENSIVIERT KAMPF GEGEN KINDESMISSBRAUCH

Seit dem 1. Oktober 2020 bündelt und intensiviert die Besondere Aufbauorganisation (BAO) FOKUS (Fallübergreifende Organisationsstruktur gegen Kinderpornografie Und Sexuellen Missbrauch von Kindern) die polizeilichen Maßnahmen gegen Kindesmissbrauch und Kinderpornographie in Hessen. In den vergangenen 14 Monaten wurden seitdem hessenweit 1.581 Durchsuchungen durchgeführt, 22 Haftbefehle vollstreckt und mehr als 26.000 Datenträger (PCs und Notebooks, externe Speichergeräte, Spielekonsolen, CDs/DVDs und mobile Endgeräte) sichergestellt. Zudem erfolgten bei 962 Beschuldigten erkennungsdienstliche Maßnahmen und 458 Beschuldigte wurden unmittelbar nach der Durchsuchung vernommen. Den Beschuldigten werden insbesondere sexueller Missbrauch von Kindern oder Erwerb und Besitz von Kinder- und Jugendpornografie vorgeworfen. Alleine im vergangenen Jahr wurden hessenweit im Durchschnitt an jedem Tag mehr als drei Beschlussvollstreckungen durchgeführt, um einschlägigen Sexualstraftätern habhaft zu werden. Dabei gehen die Ermittlerinnen und Ermittler besonders akribisch jeder Verdachtsmeldung nach.

Durch die Bündelung der Ermittlungsarbeit innerhalb dieser neuen Besonderen Aufbauorganisation (BAO) FOKUS konnten bereits zahlreiche Erfolge erzielt werden. Erst im Oktober 2021 hatten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BAO FOKUS gegen 35 Männer ermittelt, die verdächtig sind, Inhalte im Internet abgerufen zu haben, die zum größten Teil schwerste sexuelle Missbrauchshandlungen an Kindern zeigten. Den Maßnahmen waren internationale Ermittlungen vorangegangen, die auf einem Hinweis aus dem Ausland beruhten. Im Juli 2021 wurde ein sogenannter mutmaßlicher Cybergroomer festgenommen. Der 47-jährige Mann aus Hessen steht im Verdacht, via Instagram-Messenger Kontakt zu einer 13-Jährigen aufgenommen und sich sexuell an ihr vergangen sowie zu weiteren Kindern Kontakt gesucht zu haben. Die Ermittlungen dauern an.

# JAHRESBILANZ



# 2021





„Mit diesem Pieks  
schütze ich meine Heimat“

OSTHESSEN NEWS

LANDREIS FULDA

FULDA

Landkreis Fulda

Klinikum Fulda

Dachverband Fulda

Fulda

Landkreis Fulda

Fulda

Fulda



Hessen krepelt die Ärmel hoch

## ERÖFFNUNG DER IMPFZENTREN IN HESSEN

Mit der Eröffnung von Impfzentren in Hessen wurde der schnelle und gerechte Zugang von Impfstoff für den millionenfachen Schutz vor Corona sichergestellt. Die Impfungen wurden hierzu deutschlandweit in den speziell hierfür aufgebauten Impfzentren verabreicht.

In hohem Tempo baute die Taskforce Impfkoordination des Krisenstabs der Hessischen Landesregierung innerhalb weniger Wochen in Zusammenarbeit mit den Kommunen parallel 28 Impfzentren in ganz Hessen auf. Innenminister Peter Beuth besuchte mehrere Impfzentren vor der Eröffnung, um sich ein eigenes Bild von den Ergebnissen zu machen.

Zunächst öffneten in Hessen die sechs Regionalen Impfzentren am 19. Januar 2021 in Kassel, Gießen, Fulda, Frankfurt, Wiesbaden und Darmstadt. Aufgrund der zunehmenden Impfstoffnachlieferungen konnten am 09. Februar 2021 die restlichen 22 hessischen Impfzentren geöffnet werden, so dass in ganz Hessen zunächst besonders vulnerable und schutzwürdige Menschen der Prioritätsgruppe 1 geimpft werden konnten.





### SPORTFÖRDERGRUPPE

Seit 19 Jahren ehrt der Hessische Minister des Innern und für Sport die erfolgreichsten Polizeisportlerinnen und Polizeisportler des Jahres. Mit Einführung der Sportfördergruppe im Jahr 2005 wurden der Spitzensportförderung in der hessischen Polizei feste Strukturen gegeben und bis heute mehr als 150 Beamtinnen und Beamte unterstützt. Um die hohen Anforderungen des Studiums auf der einen Seite und des Spitzensports mit Training und Wettkämpfen auf der anderen Seite zu vereinbaren, wurde das duale Studium bei der hessischen Polizei eingeführt.

#### Wiesbadener Bobpilotin

## EHRUNG VON ERFOLGREICHEN POLIZEISPORTLERN

Für die erfolgreichen Sportlerinnen und Sportler in der Polizei Hessen bildet die Sportlerehrung traditionell den krönenden Abschluss eines Wettkampffjahres. Nach der Wahl zu Hessens Sportlerin des Jahres 2020 ehrte Peter Beuth in einem kleinen, angemessenen Rahmen Polizeikommissarin Kim Kalicki zur erfolgreichsten hessischen Polizeisportlerin des Jahres. Bei ihrem WM- Debüt im Februar 2020 wurde die Wiesbadener Bobpilotin Vizeweltmeisterin im Zweierbob. Die weiteren erfolgreichen Polizeisportlerinnen und Polizeisportler wurden von den Behördenleitungen der jeweiligen Präsidien für ihre hervorragenden Leistungen geehrt.





### Präventionsprojekt Wetzlar

## PRÄVENTIONSANGEBOTE BÜNDELN

Die Stadt Wetzlar, der Lahn-Dill-Kreis sowie das Land Hessen, vertreten durch das Polizeipräsidium Mittelhessen, wollen mit dem Präventionsprojekt „Stadt, Kreis und Land – gemeinsame Verantwortung für Prävention“ die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger im Lahn-Dill-Kreis und der Stadt Wetzlar weiter steigern. Zentrales Ziel ist hierbei die Bündelung von Präventionsangeboten der Stadt, des Landkreises und der Polizei in einem „Haus der Prävention Wetzlar“. Damit soll eine wichtige Stärkung der Demokratie, der Extremismus-Prävention und der kommunalen Kriminal- und Verkehrsprävention vollzogen werden.

Peter Kreuter, Polizeivizepräsident des Polizeipräsidiums Mittelhessen, Wolfgang Schuster, Landrat des Lahn-Dill-Kreises, und Manfred Wagner, Oberbürgermeister der Stadt Wetzlar, haben hierfür Anfang März eine Absichtserklärung in Wiesbaden unterzeichnet, die das gemeinsame Vorhaben bekundet. Durch das Kooperationsprojekt soll ein Netzwerk verschiedener staatlicher, kommunaler wie auch gesellschaftlicher und ehrenamtlicher Präventionsgremien und -projekte entstehen. Synergieeffekte zeigen sich beispielsweise darin, dass Stadt und Kreis ihre aus Landesmitteln mit jeweils bis zu 50.000 Euro pro Jahr geförderten DEXT-Fachstellen (Fachstellen für Demokratieförderung und phänomenübergreifende Extremismusprävention) im „Haus der Prävention Wetzlar“ räumlich zusammenlegen.



Kriminalstatistik 2020

## SICHERHEIT IN ZEITEN DER PANDEMIE

1.

Trends der Vorjahre  
setzen sich fort -  
Corona hat nur geringe  
Auswirkungen auf  
Kriminalitätsstatistik

2.

BAO Hessen R:  
Rechtsextremistische  
Strukturen weiter  
aufgehellt

3.

Kriminalität in fünf  
Jahren um 18 Prozent  
zurückgegangen

4.

Gewalt gegen  
Polizeibeamte trotz  
Corona-Lockdown  
gleichbleibend

5.

Rückgang der  
Straßenkriminalität und  
Wohnungseinbrüche

6.

Höchste  
Aufklärungsquote  
von Straftaten aller  
Zeiten

”

Auch für die hessische Polizei war das Pandemiejahr 2020 sehr herausfordernd. Die positiven Trends der Vorjahre haben sich auch im letzten Jahr fortgesetzt. In Hessen ist die Wahrscheinlichkeit, Opfer einer Straftat zu werden, weiter deutlich gesunken und die Aufklärung von Straftaten im fünften Jahr in Folge gestiegen. Dank unserer Sicherheitspakete können unsere Schutzleute sichtbar mehr Präsenz zeigen, der Bevölkerung hierbei als Freund und Helfer zur Seite zu stehen und das Sicherheitsgefühl im gesamten Land weiter stärken. Für die beste Kriminalstatistik in der Geschichte unseres Landes möchte ich der hessischen Polizei im Namen der Bürgerinnen und Bürger sehr herzlich danken.

INNENMINISTER PETER BEUTH

Die Sicherheitslage in Hessen wird von Jahr zu Jahr signifikant besser. 2020 ist die Kriminalitätsbelastung im vierten Jahr in Folge erneut deutlich gesunken. Mit genau 342.423 Straftaten wurden 22.410 Fälle weniger gezählt als noch im Vorjahr (-6,1 Prozent). Das ist der niedrigste Wert seit 1980. Die Kriminalitätsbelastung ist mit 5.446 Straftaten pro 100.000 Einwohner ebenfalls weiter gesunken (2019: 5.823). Die Gefahr, in Hessen Opfer von Kriminalität zu werden, ist damit auf einem historischen Tiefstand. 65,5 Prozent der polizeilich bekannt gewordenen Straftaten wurden letztes Jahr aufgeklärt. Das ist nach 2019 (65,2 Prozent) erneut der mit Abstand höchste jemals gemessene Wert seit Einführung der Kriminalstatistik im Jahr 1971.

Auch die notwendig gewordenen Corona-Beschränkungen haben dazu geführt, dass Straftaten im Bereich der Straßenkriminalität sanken. So gab es 56.438 Fälle von Straßenkriminalität und damit 2.203 Fälle weniger (-3,8 Prozent) als 2019. Im Langzeitvergleich ist seit dem Jahr 2000 ein Rückgang von rund 50 Prozent und eine deutliche Erhöhung der Aufklärungsquote zu verzeichnen. Wohnungseinbrüche sind 2020 - auch mangels Tatgelegenheiten - in Hessen signifikant zurückgegangen. So erfasste die Polizei insgesamt 5.165 Fälle im vergangenen Jahr und damit einen deutlichen Rückgang von 23,7 Prozent (2019: 6.768 Fälle). Nach 3.730 in 2019 drangen im vergangenen Jahr nur noch 2.700 Kriminelle in private Wohnungen ein. Mittlerweile scheitert damit jeder zweite versuchte Wohnungseinbruch.

Durch die hessische Einstellungsoffensive sind in den vergangenen Jahren immer mehr zusätzliche Polizisten in den Dienst gekommen. 2020 waren es 570 Beamtinnen und Beamte, die 2017 ihr Studium im größten Einstellungsjahrgang in der Geschichte der hessischen Polizei aufgenommen hatten. Neben einer starken polizeilichen Präsenz im öffentlichen Raum sind moderne Videoschutzanlagen in den Städten und Gemeinden

seit mittlerweile 20 Jahren ein fester Baustein für mehr Sicherheit im öffentlichen Raum. 2020 waren in Hessen bei den sieben Polizeipräsidien in 19 Städten 24 Schutzzonen mit insgesamt 263 Kameras zur gemeinsamen Nutzung von Polizei- und Gefahrenabwehrbehörden zur Überwachung öffentlicher Straßen und Plätze in Betrieb (2019: 19 Städte, 23 Schutzzonen und 204 Kameras). In diesen 24 Schutzzonen konnten rund 2.265 Straftaten aufgezeichnet werden, die im Rahmen von Ermittlungen verwendet oder gar zur Klärung von Straftaten beitragen konnten.

Es gibt jedoch auch negative Entwicklungen bei der Kriminalität in Hessen. Trotz Lockdowns wurden Polizeibeamtinnen und -beamte bei Ausübung ihres Dienstes nahezu genauso häufig wie 2019 mit verbalen und körperlichen Angriffen konfrontiert. 4.104 Übergriffe auf die Beamtinnen und Beamten wurden erfasst. 86 Übergriffe wurden auf Rettungskräfte (2019: 112) und 15 auf Feuerwehrleute (2018: 15) registriert.

Im Bereich der PMK - rechts - sind die Fallzahlen in den vergangenen beiden Jahren mit 350 Fällen (+38 Prozent) auf insgesamt 1.270 Fälle angestiegen. Der hohe Anstieg resultiert insbesondere aus einer Vielzahl strafrechtlich relevanter Hasskommentare im Internet, die in Bezug mit dem Tötungsdelikt an Dr. Walter Lübcke 2019 sowie dem Anschlag von Hanau standen. Seit Gründung der BAO Hessen R im Juli 2019 wurden insgesamt bereits mehr als 315 polizeiliche Einsatzmaßnahmen gegen die rechte Szene in Hessen unter Federführung der BAO Hessen R durchgeführt: Über 150 Durchsuchungen, ca. 2.900 Sicherstellungen sowie mehr als 1.200 Kontrollmaßnahmen führten die Beamtinnen und Beamten durch. Rund 45 Szene-Veranstaltungen wurden durch die Regionalabschnitte der BAO Hessen R begleitet. Zudem wurden insgesamt 135 Haftbefehle (davon 86 im Jahr 2020) gegen 122 Personen des rechten Spektrums vollstreckt.





### TSV Mengersberg & SV Grün-Weiß Emsdorf

## SPORTFÖRDERUNG IN DER PANDEMIE

Im Rahmen einer digitalen Videokonferenz hat Anfang April Dr. Stefan Heck einen Zuwendungsbescheid in Höhe von 32.000 Euro aus dem Programm SPORTLAND HESSEN an den TSV Mengersberg (Landkreis Marburg-Biedenkopf) übergeben. Mit der Förderung unterstützt das Land Hessen die Ehrenamtlichen bei der Sanierung ihres Vereinsheims. Der TSV Mengersberg wurde 1926 gegründet und bietet als einer der größten Fußballvereine der Region rund 400 Mitgliedern eine sportliche Heimat.

Ebenso überreichte er einen Zuwendungsbescheid in Höhe von 50.000 Euro aus dem Programm SPORTLAND HESSEN an den Sportverein Grün-Weiß Emsdorf (Landkreis Marburg-Biedenkopf). Mit der Förderung unterstützt das Land Hessen die Ehrenamtlichen bei der Umwandlung des Tennisplatzes in einen Rasenplatz. Der Sportverein Grün-Weiß Emsdorf wurde 1959 gegründet und bietet Fußballern der Region eine sportliche Heimat.

### SPORTLAND HESSEN

Die Hessische Landesregierung verfolgt einen auf dem Prinzip der Subsidiarität beruhenden sportpolitischen Ansatz. Das bedeutet, dass all diejenigen Aufgaben, die von der nächst niedrigeren Ebene, also lokal und regional, erledigt werden können, dort auch erfüllt werden sollten. Die Landesregierung hilft den Rahmen zu setzen, damit die Bevölkerung in der Breite Sport treiben kann sowie Leistungs- und Spitzensport systematisch entwickelt werden können. In diesem Sinne betreibt die Landesregierung Sportpolitik als Politik für den Sport und füllt die große Bandbreite sportpolitischer Wirklichkeit mit Leben.





” Fahrzeuge können durch leichtfertige Raserei zu tödlichen Waffen werden. Wer unsere Straßen für illegale Rennen oder seinen persönlichen Geschwindigkeitsrausch missbraucht, muss unmittelbar Konsequenzen spüren. Die fürchterlichen Unfälle im vergangenen Jahr mit dem Tod unschuldiger Menschen sind traurige Belege dafür, wie wichtig es ist den Kampf gegen Raserei entschlossen fortzuführen.

INNENMINISTER PETER BEUTH

## Unfallstatistik 2020

# SO WENIG VERKEHRSTOTE WIE NOCH NIE

Im Jahr 2020 wurden mit 122.786 Verkehrsunfällen auf Hessens Straßen so wenige Vorkommnisse registriert wie seit 1997 nicht mehr. Im Vergleich zum Vorjahr 2019 hat die Anzahl der Unfälle um rund 18 Prozent (-26.654 Fälle) deutlich abgenommen, nicht zuletzt wegen des durch die Pandemie verringerten Mobilitätsverhaltens. Dabei kamen insgesamt 205 Verkehrsteilnehmer ums Leben; das ist der niedrigste Wert seit 1950 (2019: 224). Erfreulich ist neben der historisch niedrigen Zahl getöteter Menschen, dass kein Kind unter den Todesopfern im Straßenverkehr war. Ebenso ist ein Rückgang bei schwer verletzten Kindern und der im Straßenverkehr leicht verletzten Kinder zu verzeichnen.

Entgegen des allgemein verzeichneten verringerten Mobilitätsverhaltens hat die hessische Polizei eine Zunahme der Verkehrsbeteiligung motorisierter Zweiräder auf den hessischen Straßen registriert. Die Zulassungszahlen von Kraft-rädern hatten im Jahr 2020 um 30 Prozent und damit deutlich zugenommen. Dennoch hat sich trotz der hohen Steigerung der Zulassungszahlen auch in diesem Bereich die Anzahl der Leicht- sowie Schwerverletzten verringert.

Besonders im Fokus stand im Jahr 2020 der verstärkte Einsatz gegen Autoposer und -raser. Die hessische Polizei hatte im Jahr 2018 elf und im Jahr 2019 insgesamt 82 Anzeigen wegen verbotener Kraftfahrzeugrennen aufgenommen. 2020 stieg diese Zahl auch wegen des höheren polizeilichen Kontrolldrucks um mehr als das Doppelte auf 155 Anzeigen an. Die hessische Polizei begegnet illegalen Autorennen mit speziellen Einsatzkonzepten wie bei den in den Polizeipräsidien Frankfurt und Westhessen eingerichteten Kontrolleinheiten (Kontrolleinheit Autoposer, Raser, Tuner - „KART“), die sich mit illegalen Autorennen, aber auch mit dem Gesamtkomplex Tunen, Rasen und Posen befassen. Im Bereich „Tuning“ war die hessische Polizei zuletzt am sogenannten „Carfreitag“ als landesweite Aktion am Karfreitag großflächig im Einsatz. Hessenweit wurden dabei 1677 Fahrzeuge einer Kontrolle unterzogen. Dabei wurden 58 Straftaten festgestellt und 4462 Ordnungswidrigkeiten zur Anzeige gebracht. Sieben Kraftfahrzeuge wurden vorläufig aus dem Verkehr gezogen.



## Hessen3C

# CYBERSICHERHEIT IN HESSEN GESTÄRKT

Das Hessen3C wurde 2019 im HMDIS in der Abteilung für Cyber- und IT-Sicherheit eingerichtet. Aufgabe des Hessen3C ist es, die Sicherheit in der Informationstechnik des Landes zu erhöhen, cyberspezifische Gefahren abzuwehren sowie die Effizienz der Bekämpfung der Cyberkriminalität zu steigern. Das Hessen3C arbeitet mit seinen rund 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hierzu eng mit der hessischen Polizei, dem Landesamt für Verfassungsschutz Hessen und dem Hessischen Landeskriminalamt zusammen.

Hessen3C vertritt Hessen im Nationalen Cyber-Abwehrzentrum des Bundes. Es führt u.a. Darkweb-Monitoring durch, welches zu 57 Ransomware-Vorfallmeldungen an andere Länder führte. Ebenso führte es ca. 60 Awareness- und Informationsveranstaltungen durch. In den Jahren 2020 und 2021 gingen rund 1.000 gemeldete IT-Sicherheitsvorfälle ein. Je nach konkreter Bedrohungslage unterstützte Hessen3C mit IT-Sicherheitsberatungen sowie unterstützenden Maßnahmen für hessische Unternehmen.



## Projekt Progenitor

# HESSEN FÖRDERT INNOVATIVE CYBERFORSCHUNG

Das Hessische Ministerium des Innern und für Sport fördert im Bereich Cybersicherheit innovative Forschungsprojekte zur Stärkung der digitalen Souveränität Hessen.

Dr. Stefan Heck überreichte Mitte Mai dem Projektverantwortlichen Prof. Dr. Steffen Reith von der Hochschule Rhein-Main eine Förderzusage in Höhe von 350.000 Euro. Mit dem Geld wird das Projekt „PROGENITOR“ unterstützt, welches die Entwicklung eines alltagstauglichen WLAN-Router-Prototypen vorsieht. Es beinhaltet neben dem Bau eines WLAN-Routers auch das selbst zu entwickelnde Chipdesign samt Firmware vor.



## INNOVATIONSMANAGEMENT CYBERSICHERHEIT

Das neue Referat Innovationsmanagement Cybersicherheit wirkt als Multiplikator zwischen Wissenschaft und Forschung und den jeweiligen Bedarfsträgern des Innenressorts. Über die hierzu verabschiedete Forschungsrichtlinie Cybersicherheit werden inzwischen sechs anwendungsorientierte Forschungsprojekte mit hoch innovativen Fragestellungen gefördert und strategisch begleitet. Mit weiteren sieben Forschungsvorhaben stärkt das Innovationsmanagement Cybersicherheit über den Rahmenvertrag Cybersicherheitsforschung mit dem Fraunhofer Institut für Sichere Informationstechnologie in Darmstadt das Sicherheitsniveau in Hessen. Die Forschungsergebnisse nutzen einerseits direkt den beteiligten Bedarfsträgern, werden aber auch mit Veranstaltungen, wie der Ringvorlesung Cybersicherheit und Veröffentlichungen anwenderorientiert bereitgestellt.

## OZG-Modell-Kommunen

## HESSEN WIRD NOCH DIGITALER

Im Rahmen der Digitalisierungsstrategie des Landes Hessen wurden hessenweit 15 wegweisende Einzelprojekte ausgewählt, darunter Digitalisierungsprojekte im Landkreis Marburg-Biedenkopf, der Universitätsstadt Marburg und Taunusstein. Der Landkreis Marburg-Biedenkopf erhielt die Förderung in Höhe von 130.000 für den Aufbau einer digitalen Schnitt- und Koordinatorenstelle, über die kommunale Digitalexperten miteinander vernetzt und ausgebildet werden. Die Universitätsstadt Marburg erhielt 87.000 Euro für ein Digitalisierungsprojekt, welches die Begleichung von Rechnungen mittels digitaler Unterschrift über das SEPA-Lastschriftverfahren ermöglicht. Der postalische Versand unterschriebener Unterlagen entfällt damit gänzlich. Im Rahmen des Projekts „Digitale Stadt Taunusstein“, welches mit 65.000 Euro gefördert wurde, werden die Einrichtung von zwei verwaltungsinternen Schnittstellen zwischen den Finanzämtern des Landes Hessen und der neuen Rechnungssoftware der Stadt sowie zwischen der Bewerbungssoftware „Check-in“ und der Personalmanagementsoftware entwickelt. Darüber hinaus soll mit den Fördermitteln eine interaktive Taunusstein-App und eine digitale Beteiligungsplattform für die Bürgerinnen und Bürger entwickelt werden.



## Wanderausstellung Jüdische Stars

# ERINNERUNG AN 17 HERAUSRAGENDE DEUTSCH-JÜDISCHE SPORTLERPERSÖNLICHKEITEN

Die Wanderausstellung „Zwischen Erfolg und Verfolgung. Jüdische Stars im deutschen Sport bis 1933 und danach“, die vom 22. Mai bis 20. Juni vor dem Wiesbadener Hauptbahnhof zu sehen war, zeigte insgesamt 17 herausragende deutsch-jüdische Sportlerpersönlichkeiten, die als Nationalspieler, Welt- und Europameister, Olympiasieger und Rekordhalter zu den

gefeierten Idolen ihrer Zeit zählten. Unter ihnen sind mit Helene Mayer und Nelly Neppach auch zwei herausragende hessische Spitzensportlerinnen jener Zeit. Anlässlich der Eröffnung der Wanderausstellung übergab Peter Beuth eine Landeszuwendung in Höhe von 6.000 Euro und rief zu höchster Wachsamkeit gegenüber Antisemitismus, Hass und Hetze auf.



## MELDESTELLE FÜR ANTISEMITISCH MOTIVIERTE VORFÄLLE

In Absprache mit dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen K.d.ö.R. sowie dem Beauftragten der Hessischen Landesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus, Herrn Uwe Becker, wurde die Ansiedlung einer Hessischen Meldestelle für antisemitisch motivierte Vorfälle beim Demokratiezentrum Hessen beschlossen. Beim Demokratiezentrum als Fach-, Koordinierungs- und Geschäftsstelle des Beratungsnetzwerk Hessens wird diese Meldestelle derzeit mit zusätzlichem Personal, das sich aus Sozial- und Geisteswissenschaftlern mit entsprechender Expertise im Phänomenbereich Antisemitismus zusammensetzt, aufgebaut. Für den Betrieb werden über die Förderung rund 150.000 Euro jährlich zur Verfügung gestellt. Die Errichtung der Meldestelle leistet einen nachhaltigen und wichtigen Beitrag, Antisemitismus als Phänomen noch sichtbarer zu machen und gezielter dagegen vorgehen zu können.

## STANDORTE DER LÄRMDISPLAYS

### Frankfurt am Main

Bereich Friedberger Anlage,  
Pfungstweidstraße/Grüne Straße

### Hochtaunuskreis

Schmitten, L3004 (Kanonenstraße)

### Rheingau-Taunus-Kreis

Stadt Bad Schwalbach, Bereich B54

### Landkreis Offenbach

Mainhausen, Ortsteil Zellhausen,  
L3065 (Babenhäuser Straße)

### Vogelsbergkreis

Schotten, Ortsteil Eschenrod, B276

### Landkreis Waldeck-Frankenberg

Gemarkung Waldeck-West, L3086 (am Edersee)

### Landkreis Waldeck-Frankenberg

Gemeinde Diemelsee, L 3078, nahe OT Heringshausen

### Lahn-Dill-Kreis

Bischoffen, OT Neiderweidbach/Oberweidbach,  
B255 (außerorts)

### Landkreis Gießen

Laubach, B276, außerorts

### Odenwaldkreis

Gem. Lindenfels

### Odenwaldkreis

Mossautal, Ortsteil Hiltersklingen, B460

## Lärmdisplays

# LÄRMSCHUTZ AUF HESSISCHEN STRASSEN

Um den von vielen Bürgerinnen und Bürger als belastend empfundenen Motorradlärm wirkungsvoller zu reduzieren und Biker für eine angepasste Fahrweise zu sensibilisieren, wurden hessenweit elf neue Lärm-Displays auf viel befahrenen Strecken aufgestellt. Die Landesregierung wendete hierfür rund 200.000 Euro auf. Die Anzeigetafeln sollen insbesondere Motorradfahrer durch die Hinweise „langsamer“ oder „leiser“ dafür sensibilisieren, Rücksicht zu nehmen.



” Dr. Walter Lübcke war ein lebensbejahender und standhafter Demokrat mit großem Werteverständnis, der sich aus einer starken Grundüberzeugung für Menschlichkeit, Respekt und Toleranz in unserer Gesellschaft eingesetzt hat. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe das politische und geistige Vermächtnis von Walter Lübcke zu bewahren. Der vor mehr als zwei Jahren begangene feige Mord an Walter Lübcke ist für uns Mahnung und dauerhafter Auftrag, mit aller Entschlossenheit gegen Hass, Hetze und Extremismus vorzugehen.

Innenminister Peter Beuth



Dr.-Walter-Lübcke-Platz in Langen eingeweiht

## GEDENKEN AN EINEN AUFRECHTEN DEMOKRATEN

Der Bahnhofsvorplatz West der Stadt Langen trägt seit dem 01. Juli 2021 den Namen „Dr.-Walter-Lübcke-Platz“. Peter Beuth nahm hierbei an einer Feierstunde der Stadt Langen zur Umbenennung des Platzes teil und erinnerte an Dr. Walter Lübckes Engagement für Freiheit und Demokratie und gegen Hetze und Gewalt.

## Abschlussbericht Expertenkommission

KULTUR DES HINSEHENS  
IN DER POLIZEIARBEIT  
FÖRDERN

Mitte Juli stellte die unabhängige Experten-Kommission „Verantwortung der Polizei in einer pluralistischen Gesellschaft – Die gute Arbeit der Polizeibeamten stärken, Fehlverhalten frühzeitig erkennen und ahnden“ in Wiesbaden ihren Abschlussbericht vor. Innenminister Peter Beuth hatte die Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Polizei und Verfassungsschutz angesichts der unerlaubten polizeilichen Datenabfragen im zeitlichen Zusammenhang mit NSU-2.0-Drohschreiben sowie weiterer Fälle offenkundigen Fehlverhaltens von hessischen Polizistinnen und Polizisten beauftragt. Ziel der Kommissionsarbeit war es, bereits angestoßene Maßnahmen des Landes zur Stärkung der Resilienz der hessischen Polizei unabhängig zu bewerten sowie auf Basis ihrer eigenen Untersuchungen und Analysen darüberhinausgehende Handlungsempfehlungen für die Zukunft zu formulieren. Hierfür wurden zehn Monate lang unter anderem mehr als 70 Frauen und Männer zum Beispiel aus der Polizei, der Zivilgesellschaft, Rechtsextremismusexperten, Minderheitengruppen sowie des Journalismus befragt.



„Die Empfehlungen der Kommission unterstreichen, dass eine selbstkritische und zeitgemäße Fehlerkultur unerlässlich ist, um das Vertrauen in die hessische Polizei zu schützen. Ich bin den Expertinnen und Experten für den kritischen Blick von außen sehr dankbar. Sie werden als wertvolle Richtschnur für den bereits eingeleiteten Prozess hin zu einer Kultur des Hinsehens dienen. Erste konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der Empfehlungen wurden bereits unmittelbar eingeleitet.“

INNENMINISTER PETER BEUTH



## Fortentwicklung KOMPASS-Initiative

SICHERHEIT IN KLEINEN KOMMUNEN  
WEITER STÄRKEN

Mitte Juli stellte Peter Beuth die Weiterentwicklung der Sicherheitsinitiative KOMPASS mit den zusätzlichen Beteiligungsformen KOMPASSpartner und KOMPASSregion vor. Mit der Einführung von KOMPASSpartner und KOMPASSregion bietet die Sicherheitsinitiative des Landes speziell auch kleineren Kommunen einen leichten Einstieg in das Sicherheitsprogramm. So können kleinere Kommunen zunächst als KOMPASSpartner von einzelnen KOMPASS-Bausteinen profitieren. Ebenso können sich mehrere kleinere Kommunen als KOMPASSregion zusammenschließen und so gemeinsam die Vorteile des Programms nutzen und sich das kommunale Engagement für mehr Sicherheit aufteilen.

Damit sollen auch in kleineren Kommunen individuelle Lücken in der Sicherheitsarchitektur vor Ort geschlossen und die Bürgerinnen und Bürger mit ihrem subjektiven Sicherheitsempfinden beteiligt werden. Wo sich Bürger nicht sicher fühlen, wird die Polizei verstärkt Präsenz zeigen. Videoschutzanlagen, Alkoholverbotzonen und intelligente Durchfahrtsperren zum Schutz vor Amoktätern oder Terroristen sind unter Anleitung von Polizeexperten konkrete Angebote, um Angsträume zu minimieren und die Bürgerinnen und Bürger landesweit effektiver zu schützen.



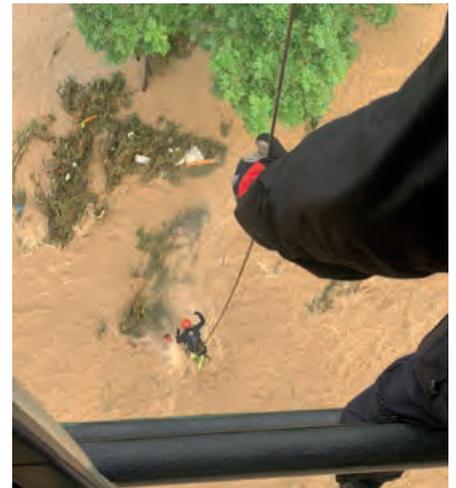
Hochwasser Sommer 2021

## HESSEN HILFT NACHBARLÄNDERN

” Die hessischen Einsatzkräfte haben einen unglaublich wichtigen Beitrag geleistet, um Flutopfer in unseren Nachbarbundesländern zu retten und den betroffenen Menschen bei der Bekämpfung der verheerenden Folgen schnell und zielgerichtet zu helfen. Für diesen engagierten und hochprofessionellen Einsatz möchten wir den Einheiten, aber auch den Familien und Arbeitgebern, die unseren Einsatzkräften den Rücken freigehalten haben, danken. Die Einsatzmedaille „Inland“ soll das selbstlose Engagement und das entschlossene Handeln in dieser Ausnahmesituation dokumentieren und als wertschätzendes Zeichen verstanden werden.

INNENMINISTER PETER BEUTH





Nach schweren Unwettern mit heftigen Starkregen in Teilen Deutschlands versetzte die Landesregierung die Katastrophenschutzeinheiten des Landes zur Länderunterstützung in Alarmbereitschaft und entsandte insgesamt ca. 1.200 Spezialisten aus ganz Hessen zur Unterstützung nach Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Die Einheiten unterstützten die örtlichen Kräfte bei der Bekämpfung der Folgen von Starkregen und Hochwasser u.a. mit Erkundungsmaßnahmen, Vermisstensuchen, Patientenverlegungen und technischer Hilfe mit Hochleistungspumpen und Wasserrückhaltesystemen. Der Hessische Katastrophenschutz verfügt als einer der wenigen u.a. über Hochleistungspumpen auf speziellen Abrollbehältern, die bis zu 8.000 l Wasser pro Minute fördern können sowie über Abrollbehälter für den

Starkregeneinsatz, die u.a. jeweils mit 16 Schmutzwasserpumpen und speziellen Hochwasserschutzsystemen zur Wasserrückhaltung ausgestattet sind.

Zur Anerkennung und Würdigung der Verdienste in den von der Flutkatastrophe betroffenen Gebieten in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen zeichnete die Hessische Landesregierung die rund 1.200 eingesetzten Helferinnen und Helfer des Hessischen Katastrophenschutzes mit der Stiftung einer „Einsatzmedaille Inland“ als besonderer Ehrung aus. Bis zu diesem Zeitpunkt konnten im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes Rettungskräfte seit 2014 nur mit der „Einsatzmedaille Ausland“ geehrt werden.

„Griechenland hatte in einer zugespitzten Situation um internationale Hilfe gebeten und wir sind diesem Hilfsersuchen schnellstmöglich nachgekommen. Die Waldbrände hatten dramatische Dimensionen erreicht und waren vielerorts nicht mehr unter Kontrolle zu bringen. Die hessischen Helferinnen und Helfer haben durch ihren Einsatz Solidarität und Hilfsbereitschaft unter Beweis gestellt. Ich danke ihnen herzlich für ihren Einsatz und bin froh, dass sie gesund zu ihren Familien zurückkehrt sind

STAATSSSEKRETÄR DR. STEFAN HECK



#### Einsatz in Griechenland

## HESSEN LEBT EUROPÄISCHE SOLIDARITÄT

Zur Bekämpfung der schweren Waldbrände in Griechenland im August entsendete Hessen 164 Einsatzkräfte des Hessischen Katastrophenschutzes nach Athen und in die griechische Region Attica, nachdem Griechenland ein Hilfeleistungsgesuchen im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens gestellt hatte.

Das Hilfeleistungskontingent wurde aus Einheiten des Hessischen Katastrophenschutzes gebildet, die von den kommunalen Feuerwehren und Hilfsorganisationen gestellt wurden. Die hessischen Einsatzkräfte kamen aus Frankfurt, Wiesbaden, Kreis Darmstadt-Dieburg, Kreis Offenbach, Wetteraukreis, Main-Kinzig-Kreis und Odenwaldkreis. Dabei handelt es sich um einen autarken Verband aus Waldbrandbekämpfern inklusive Sanitätern, Logistikern sowie Führungs- und Betreuungskräften.





Paralympics 2021

## ZEICHEN GELEBTER INKLUSION

Gemeinsam mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier verabschiedete Dr. Stefan Heck die Athletinnen und Athleten der deutschen Paralympics-Teilnehmer am Frankfurter Flughafen und wünschte ihnen viel Glück und Erfolg für die 16. Paralympischen Sommerspiele in Tokio. Die Paralympics in Tokio fanden vom 24. August bis zum 5. September 2021 statt. Insgesamt nahmen rund 4.400 Sportlerinnen und Sportler aus 160 Nationen teil. Die deutsche Mannschaft bestand aus 134 Athleten und holte insgesamt 43 Medaillen, davon 13 mal Gold.





#### Innovation Hub 110

## MOBILE POLIZEI- AUSSTATTUNGSOFFENSIVE

Bis Ende 2022 erhalten alle hessischen Polizistinnen und Polizisten ein modernes und speziell gesichertes Smartphone oder Tablet, welches u.a. zur Verkehrsunfallaufnahme, der Personen- und Adresskontrolle, der Vermisstensuche oder zur Beweissicherung eingesetzt werden kann. Im Rahmen der mobilen Polizei-Ausstattungsinitiative der Hessischen Landesregierung erhalten bereits bis Anfang 2022 alle Streifenbeamten im Wach- und Wechseldienst ihre persönlichen Mobiltelefone. Aktuell verfügt die hessische Polizei über 4.000 mobile Geräte, die auf eine neue Plattform überführt und weiterbetrieben werden können. Mit den Dienstgeräten verfügen hessische Polizistinnen und Polizisten künftig über eine Reihe von Polizei-Applikationen, die eine schnellere und datenschutzkonforme Abfrage und Weitergabe von dienstlichen Informationen noch am Einsatzort ermöglichen.

Die Hessische Landesregierung investiert hierfür ab 2021 und bis 2025 jährlich mindestens 15 Millionen Euro, demnach insgesamt rund 75 Millionen Euro. Hessen wird mit der Vollaustattung im Ländervergleich eine bundesweite Vorreiterrolle einnehmen.



LFV-Bericht 2020

## KEIN PLATZ FÜR EXTREMISTEN

Nach dem Verfassungsschutzbericht 2020 geht die größte Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung in Hessen sowie der gesamten Bundesrepublik Deutschland weiterhin vom Rechtsextremismus aus. Das extremistische Personenpotenzial in Hessen ist insgesamt leicht um 40 gestiegen: 13.475 Extremisten zählt das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) im Berichtsjahr. Die Zahl extremistischer Gewalttaten in Hessen hat sich 2020 im Vergleich zum Vorjahr von 41 auf 79 fast verdoppelt.

Ein signifikanter Anstieg rechtsextremistischer Gewalttaten von 31 im Jahr 2019 auf 42 im Berichtsjahr 2020 ist zu verzeichnen. Eine dieser 42 Taten erschütterte 2020 ganz Deutschland: Bei dem beispiellosen rassistisch motivierten Terroranschlag am 19. Februar 2020 in Hanau wurden acht Männer und eine Frau kaltblütig erschossen. Das Personenpotenzial gewaltorien-

tierter Rechtsextremisten hat gegenüber dem Vorjahr auf 860 zugenommen. Das LfV schätzt mehr als die Hälfte (knapp 52 Prozent) der Rechtsextremisten als gewaltbefürwortend, gewaltunterstützend, gewaltbereit oder gewalttätig ein.

Ein sehr starker Anstieg extremistischer Gewalttaten wurde auch im Linksextremismus festgestellt: Von fünf Taten im Jahr 2019 auf 34 im Berichtsjahr. 31 Taten wurden in Zusammenhang mit gewalttätigen Protestaktionen bezüglich des Ausbaus der Autobahn 49 in Mittelhessen („Dannenröder Forst“) registriert. Viele Aktivist\*innen im Dannenröder Wald haben sich mit Rasierklingen die Fingerkuppen eingeritzt oder diese verklebt, um die Feststellung ihrer Identität zu verhindern und sich so der Strafverfolgung zu entziehen. Vor diesem Hintergrund hatte sich Innenminister Peter Beuth in der Innenministerkonferenz dafür eingesetzt, die Manipulation von

Identitätsmerkmalen in das Ordnungswidrigkeitengesetz aufzunehmen. Nach dem positiven Votum der Innenminister zur hessischen Initiative wird sich die Justizministerkonferenz des Themas annehmen.

Aufgrund der notwendigen Pandemie-Beschränkungen im Berichtsjahr hatten auch Extremisten weniger Gelegenheiten, Kundgebungen und Veranstaltungen durchzuführen. Ein Phänomen, das sich 2020 coronabedingt neu herausbildete, sind die Kundgebungen gegen die staatlichen Maßnahmen zur Pandemie-Eindämmung gewesen. Sie boten Anknüpfungspunkte für Rechtsextremisten, Angehörige der Reichsbürger-Szene, aber auch für Verschwörungstheoretiker, die den Staat in verfassungsschutzrelevanter Weise zu delegitimieren versuchten.

”

*Nach der Ermordung des unvergessenen Demokraten Dr. Walter Lübcke mussten die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes mit dem feigen Anschlag in Hanau erneut erfahren, wie die menschenverachtende und sinnlose Ideologie der Rechtsextremisten Tod und Trauer bei so vielen Menschen verursacht. Die Sicherheitsbehörden unseres Landes haben den Kampf gegen alle Auswüchse der rechtsextremistischen Szene mit großer Entschlossenheit weiter verschärft. Rechtsextremistische Straftäter werden kompromisslos verfolgt und illegaler Waffenbesitz mit gezielten Durchsuchungen aufgedeckt.*

INNENMINISTER PETER BEUTH



Polizeifliegerstaffel

## NEUES POLIZEIFLUGZEUG GELANDET



Für den Transport von Einsatz- und Spezialkräften, der unverzüglichen Sicherung ermittlungstaktischer Beweismittel sowie der Überwachung des Luftraumes bei Großveranstaltungen und Waldbrandgefahrenlagen steht der hessischen Polizei seit Mitte September ein neues Polizeiflugzeug zur Verfügung. Das Polizeiflugzeug vom Typ Beechcraft KingAir 250 ist das zweite Flächenflugzeug im Betrieb der Hessischen Polizei. Das erste Einsatzflugzeug vom Typ Vulcan Air P68 „Observer“ wurde im Jahre 2012 in Dienst gestellt. Somit verfügt das Land Hessen als einziges Bundesland bei seiner Polizeifliegerstaffel über zwei polizeitaktische Flächenflugzeuge. Die Neuanschaffung mit einem Investitionsvolumen von acht Millionen Euro versetzt

die Polizei in die Lage durch die deutlich höhere Fluggeschwindigkeit (Höchstgeschwindigkeit 570 km/h; 1.700 PS) und höhere Reichweite (2.800 Kilometer) schneller an weiter entfernten Einsatzorten zu sein.

Der Geschwindigkeitsbereich des neuen Polizeiflugzeugs deckt die Lücke zwischen der Maximalgeschwindigkeit von Polizeihubschraubern und der Mindestgeschwindigkeit militärischer Abfangjäger ab, was gerade im Luftraumschutzeinsatz eine bisherige Fähigkeitslücke schließt. Zusätzlich wird eine deutlich erhöhte Flugsicherheit im Betrieb sowie operationelle Verfügbarkeit durch die verlässliche Möglichkeit des Instrumentenflugs bei schlechten Flugwetterbedingungen gewährleistet.

Insgesamt 54 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehören der Polizeifliegerstaffel des Landes Hessen an. Zu ihren Aufgaben gehören Such- und Umweltschutzmaßnahmen, Spezialrettung von Schwerverletzten mit der Rettungswinde, Brandbekämpfung aus der Luft sowie der Transport von Einsatzkräften und Personen.

Olympia 2021

## SPITZENSORTFÖRDERUNG AUSBAUEN

Sportminister Peter Beuth hat sich anlässlich einer Gesprächsrunde „Hessen in der Welt des Sports - Olympia 2021“ in der Hessischen Landesvertretung in Berlin im September für einen strukturellen Neuanfang und eine deutliche Aufstockung der vom Bund bereitgestellten Mittel für den Spitzensport in Deutschland ausgesprochen. Gemeinsam mit den hessischen Olympiateilnehmerinnen Melat Yisak Kejeta (Marathon, Laufteam Kassel e.V.), Sarah Köhler (Schwimmen, SG Frankfurt) und Carolin Schäfer (Siebenkampf, LG Eintracht Frankfurt) sowie der DOSB-Vorstandsvorsitzenden Veronika Rücker blickte der Minister auf die olympischen Sommerspiele 2021 in Tokio zurück und forderte eine Strategiep Anpassung für die Spitzensportförderung in Deutschland.

„Wir brauchen ein klar strukturiertes Vorgehen und deutlich mehr Systematik bei der Spitzensportförderung. Aber auch innerhalb der Gesellschaft müssen wir die Leistungen unserer Spitzensportler stärker anerkennen, mehr wertschätzen und bereit sein, auch sportliche Großveranstaltungen durchzuführen.“

SPORTMINISTER PETER BEUTH

### HESSEN HAT NEUSTRUKTURIERUNG IM NACHWUCHSLEISTUNGSSPORT VORGENOMMEN

Während der Bund für die Förderung des Spitzensports Verantwortung trägt, sind die Bundesländer für den Nachwuchsleistungssport zuständig. Mit der Neustrukturierung des Nachwuchsleistungssports hat Hessen bereits 2017 einen neuen Weg eingeschlagen. Der „Hessische Weg“ hat das Ziel, insbesondere junge Talente unterstützen, die sich dadurch voll und ganz auf ihren sportlichen Erfolg konzentrieren können. Die Bereitstellung erhöhter finanzieller Mittel, die unmittelbare Einbringung von Athleten und Trainern und die individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen sind die wichtigsten Eckpfeiler der strategischen Neuausrichtung. Mit den eingeleiteten Maßnahmen sind parallel auch die Mittel für den Leistungssport in Hessen in den vergangenen Jahren kontinuierlich angestiegen. Während 2015 im Landeshaushalt rund 1,4 Millionen Euro veranschlagt waren, sind in diesem Jahr die originären Mittel auf den Rekordwert von insgesamt 3,5 Millionen Euro angestiegen.



## DRK Drohnenstaffel

## MODERNE GERÄTE FÜR DEN KATASTROPHENSCHUTZ

Mitte September nahm Innenminister Peter Beuth an der offiziellen Indienststellung der neuen Drohnenstaffel des DRK-Ortsvereins Neuhoftal teil und übergab eine Förderung in Höhe von 500 Euro. Das DRK-Team verfügt über ein neues und speziell umgebautes Drohnen-Einsatzfahrzeug (Ford Ranger), welches insbesondere bei der Vermisstensuche oder schweren Verkehrsunfällen zum Einsatz kommt und mit dem die Vorhaltungen des Kreises Fulda wirksam ergänzt werden können.

Im Einsatz besteht die Drohnenstaffel aus mindestens drei Team-Mitgliedern: dem Piloten, dem Kamera-Operator (Spotter) und dem Fahrer. Zum Einsatz kommt die Drohne, ausgestattet mit Wärmebildkamera, Suchscheinwerfer und Lautsprecher, beispielsweise bei Vermisstensuchen oder schweren Verkehrsunfällen. Der Fuldaer Kreisverband gehört mit rund 650 aktiven ehrenamtlichen Mitgliedern und über 1.000 hauptamtlichen Mitarbeitern zu einem der bedeutendsten gemein-

nützigen Leistungserbringer der Region. Der DRK Kreisverband Fulda stellt einen Betreuungszug sowie zwei Betreuungsteams nach dem Hessischen Katastrophenschutz-Konzept. Darüber hinaus ist das DRK – gemeinsam mit dem Malteser Hilfsdienst – an der Medizinischen Task Force 35 (MTF 35, u. a. Behandlungsbereitschaft) des Bundes beteiligt. Dieser medizinische Großverband ist bei den Landkreisen Gießen und Fulda angesiedelt.



### HESSISCHER KATASTROPHENSCHUTZ

Um die Leistungsfähigkeit der Hilfsorganisationen im Bereich des Katastrophenschutzes zu gewährleisten, fördert das Land Hessen diese auf vielfältige Weise. Die Hessische Landesregierung hat in den vergangenen Jahren die Rekordsumme von mehr als 70 Millionen Euro in die umfangreiche Ausstattung, Ausbildung und technische Modernisierung des Hessischen Katastrophenschutzes investiert. Dank dieser Ausstattungsoffensive hat das Land die Zahl der Landesfahrzeuge im Katastrophenschutz seit dem Jahr 2008 von 278 auf rund 600 mehr als verdoppelt. Die Helferinnen und Helfer verfügen nunmehr über die umfassendste und modernste Ausstattung in der Geschichte des Hessischen Katastrophenschutzes.



### Gleichberechtigung in der Polizei

## 40 JAHRE FRAUEN IN DER HESSISCHEN SCHUTZPOLIZEI

Im Oktober 1981 traten die ersten 38 Frauen in Hessen ihren Dienst bei der Schutzpolizei an. Die „Frauen der ersten Stunde“ setzten sich damals gegen rund 1.000 Bewerberinnen aus dem gesamten Bundesgebiet durch und machten Hessen damit zum ersten Flächenland der Bundesrepublik, das weibliche Schutzpolizistinnen in den eigenen Reihen begrüßte. Diese Frauen bereiteten mit ihrem unermüdlichen Engagement und Einsatz für ihre Kolleginnen und Nachfolgerinnen in den letzten 40 Jahren den Weg für eine vielfältige Polizei vor.

Heutzutage entscheiden sich immer mehr Frauen für den Polizeiberuf. Mittlerweile ist fast ein Drittel der Belegschaft weiblich, womit sich der Frauenanteil in der hessischen Polizei in den letzten 15 Jahren mehr als verdoppelt hat. Der letzte Einstellungsjahrgang bestand zu 38 Prozent aus Frauen. Zur Schaffung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen berücksichtigt die hessische Polizei

besonders die verschiedenen, familiären Lebensabschnitte ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und integriert diese in flexible Arbeitszeitmodelle: Alternierende Telearbeit sowie individuelle Anpassungen der Arbeitszeit sind in diesem Kontext nur zwei Beispiele. Sämtliche Polizeipräsidien sind ausgezeichnet mit dem Gütesiegel „Familienfreundlicher Arbeitgeber Land Hessen“. Anlaufstellen wie der Ansprechpartner der Polizei (AdP), der Integritätsbeauftragte und die Gleichstellungsbeauftragten bieten allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern darüber hinaus kompetente, lösungsorientierte und schnelle Hilfestellungen auf Augenhöhe an, um die gute Arbeit der hessischen Polizei im Bereich der Chancengleichheit und Gleichberechtigung auch in herausfordernden Situationen nachhaltig zu sichern. Der stetig steigende Anteil weiblicher Beschäftigter bei der hessischen Polizei zeugt davon, dass die angestrebten Maßnahmen zur Förderung von Frauen in der Organisation greifen.



### Hessische Polizei bei Olympia

## SPORT IN DER HESSISCHEN POLIZEI

Im Rahmen einer kleinen Feierstunde empfing Anfang Oktober Dr. Stefan Heck Olympiateilnehmerinnen und -teilnehmer der Sportfördergruppe der hessischen Polizei in Wiesbaden und dankte ihnen für die spannenden Wettkämpfe in Tokio. An den olympischen Sommerspielen 2021 nahmen insgesamt sechs hessische Athletinnen und Athleten der hessischen Polizei teil.

Mit Einführung einer Polizei-Sportfördergruppe bietet das Land Hessen Top-Athleten die Möglichkeit, Sport und Polizeiberuf flexibel miteinander zu kombinieren. Bis heute konnten so mehr als 150 Polizeibeamtinnen und -beamte im Rahmen der Dualen Karriere unterstützt

werden. Zurzeit befinden sich 41 hessische Sportlerinnen und Sportler im Studium. 20 Polizistinnen und Polizisten werden in der Berufsausübung gefördert.

In Ergänzung zu der im Jahr 2005 eingerichteten Sportfördergruppe der hessischen Polizei wurden im September 2020 die dualen Karrieremöglichkeiten für Athletinnen und Athleten mit Einrichtung einer neuen Sportgruppe für Verwaltungssportlerinnen und Verwaltungssportler weiter ausgebaut. Auch hier bietet das Land Hessen durch an den Leistungssport angepasste Lösungen eine optimale duale Karriere für olympische wie auch paralympische Athletinnen und Athleten.

### Hessen fördert Sportjugend

## DR.-HORST-SCHMIDT-STIPENDIEN ÜBER 10.000 EURO AN FÜNF JUNGE SPORTLER VERLIEHEN

Peter Beuth verlieh Anfang Oktober in Wiesbaden das Dr. Horst Schmidt-Jugendsport-Stipendium an fünf Sportler. Die Stipendien sind mit je 2.000 Euro dotiert und gehen an junge Ehrenamtliche, die noch im Studium oder in der Ausbildung sind und sich über ihren Sportverein für das Allgemeinwohl einsetzen. Das Förderprogramm hat einen festen Platz in der Sportförderpolitik der Hessischen Landesregierung und ist Teil einer Anerkennungskultur für ehrenamtlich aktive junge Frauen und Männer.





#### Bundeswehr in Hessen

## WERTVOLLE UNTERSTÜTZUNG IN DER PANDEMIE

Dr. Stefan Heck dankte Mitte Oktober anlässlich seines Besuchs der sicherheitspolitischen Informationsveranstaltung der 9. Kompanie des Feldjägerregiments 2 in Fritzlar den Soldatinnen und Soldaten für das verlässliche Engagement in der Pandemie. Im Wege der Amtshilfe unterstützte die Bundeswehr in Hessen die Landkreise und kreisfreien Städte im Rahmen der Pandemie-Bekämpfung, insbesondere bei der Beschaffung und Verteilung von medizinischen Gütern wie Masken und Desinfektionsmitteln, bei der Kontaktpersonennachverfolgung, bei Schnelltests in Alten- und Pflegeheimen und als personelle Unterstützung im pflegerischen Bereich oder in den Impfzentren.

Das Landeskommando Hessen ist erster Ansprechpartner in allen Fragen möglicher Unterstützungsleistungen der Bundeswehr in Hessen. Die 2007 in Dienst gestellte zentrale Kommandobehörde ist die territoriale Wehrorganisation im Bundesland. Mit Sitz in Wiesbaden fungiert sie als enges Verbindungselement der Bundeswehr zur Hessischen Landesregierung.

#### Moderne Feuerwehrausbildung

## VIRTUAL REALITY IN KREISAUSBILDUNG

Eine digitale und innovative Aus- und Fortbildung, die Ehrenamt, Beruf und Familie flexibler vereint und damit noch mehr Menschen von einem Engagement in der Feuerwehr überzeugt, ist eines der wichtigsten Anliegen der Hessischen Landesregierung für das Feuerwehrwesen in Hessen. Hierfür stellt das Land Hessen neun digitale Ausstattungspakete für die Feuerwehrausbildung auf Kreisebene bereit. Für die digitalen Ausstattungspakete der Feuerwehrausbildung auf Kreisebene stellt das Land insgesamt mehr als 640.000 Euro zur Verfügung. Landkreise, kreisfreie Städte und Sonderstatusstädte können beim Land Hessen jeweils eine Förderung von bis zu 19.000 Euro beantragen, um neben Laptops und Kameras für die eLearning-Anwendungen auch spezielle Virtual-Reality-Brillen sowie die erforderliche Software für Lehrgänge auf Kreisebene zu erhalten. Virtual Reality ist insbesondere für virtuelle Übungen mit Fallbeispielen im Gefahrgutbereich (GABC-Ausbildung) geeignet, bei denen Führungskräfte ein realitätsnahes Training ohne große Vorbereitung erhalten können.





## ZUKUNFTSPAKET

Die Beschäftigten sollen bestmöglich auf sich ändernde Arbeitsbedingungen im digitalen Zeitalter vorbereitet werden, das heißt mehr Fortbildung, Weiterbildung und gezielte Qualifizierungsmaßnahmen. Die Dienststellen und Beschäftigten erhalten mehr Handlungssicherheit bei der weiteren Ausweitung von „Home-office“-Möglichkeiten. Es werden acht Elterntage für die ersten acht Wochen nach der Geburt eines Kindes unter Fortzahlung des Entgelts eingeführt. Optional kann ein Teil der Jahressonderzahlungen in zwei Tage Freizeit umgewandelt werden. Das Landesticket Hessen im öffentlichen Personennahverkehr wird fortgeführt.

Fachkräfte und Lehrer werden mit dem Zukunftspaket künftig besser eingruppiert als zuvor. Weiterhin soll es mehr unbefristete Jobs an hessischen Hochschulen geben. Ebenso erhalten Auszubildende mehr Lohn sowie ebenfalls Corona-Sonderzahlungen.

## Tarif-Verhandlungen

# GROSSES LOHNPLUS FÜR DIE BESCHÄFTIGTEN

Für die Beschäftigten des Landes bedeuten die im Oktober 2021 abgeschlossenen Tarifverhandlungen samt erfolgter Anpassung auf die Beamtenbesoldung ein großes Lohnplus. Tarifbeschäftigte und Beamte erhalten 4,0% mehr Lohn über 28 Monate und 1.000 Euro steuerfreie Sonderzahlungen. Darüber hinaus beinhaltet der neue Tarifvertrag ein umfangreiches Zukunftspaket. Der neue Hessentarif liefert wichtige Antworten auf aktuelle Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt: Der Job beim Land wird digitaler, mobiler, familienfreundlicher und schafft weitere Anreize zur Fachkräftesicherung.

## HESSERTARIF 2021 AUF BEAMTE ÜBERTRAGEN

Der Hessische Landtag hat Anfang Dezember die Übertragung der Einkommensverbesserungen aus dem Tarifbereich auf die hessischen Beamtinnen und Beamten beschlossen. Konkret erhalten die Beamtinnen und Beamten ebenso wie Tarifbeschäftigte eine Corona-Sonderzahlung in Höhe von 1.000 Euro, die mit den Bezügen für Februar 2022 ausgezahlt wird. Zudem erfolgt eine besoldungsrechtliche Tabellenerhöhung von +2,2 Prozent zum 1. August 2022 und von +1,89 Prozent zum 1. August 2023. Innenminister Peter Beuth dankte im Hessischen Landtag allen Landesbeschäftigten für ihre engagierte Arbeit während der Corona-Pandemie.

„Unsere Auszubildenden, Angestellten und Beamten haben während der Corona-Pandemie verlässlich und mit hervorragendem Engagement ihren wichtigen Dienst zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger geleistet. Auch wenn Hessen stabil durch die Pandemie gekommen ist, können wir jedoch die Auswirkungen auf den Staatshaushalt nicht ausklammern. Im Hessentarif 2021 haben wir einen fairen Kompromiss mit einem ordentlichen Ergebnis in wirtschaftlich schwierigen Zeiten gefunden.“

INNENMINISTER PETER BEUTH

Staatssekretär Dr. Stefan Heck wechselt in den Bundestag

## EINSATZ FÜR HESSEN MIT GANZEM HERZEN

Mit der Wahl zum Abgeordneten des 20. Deutschen Bundestages endete die Amtszeit von Dr. Stefan Heck als Staatssekretär des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport am 15.10.2021. Im Rahmen einer Feierstunde und im Beisein von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums sowie der nachgeordneten Behörden würdigte Innenminister Peter Beuth die Verdienste seines Staatssekretärs Dr. Stefan Heck, dankte ihm für die vertrauensvolle und kollegiale Zusammenarbeit und wünschte ihm alles Gute für die Arbeit als Abgeordneter im Deutschen Bundestag.

„Dr. Stefan Heck hat sich in den vergangenen Jahren mit ganzem Herzen und voller Kraft für das Land Hessen eingesetzt. Mit festem Wertefundament, außerordentlichem Engagement und ganz besonderen Führungsfähigkeiten vermochte er Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu begeistern und wichtige Themen entscheidend vor-

anzubringen. Er war ein Staatssekretär, wie man ihn sich wünscht und hat ganz entscheidend dazu beigetragen, die anspruchsvollen Herausforderungen des Innenressorts in den vergangenen Jahren zu meistern. Stellvertretend und im Namen der Hessischen Landesregierung danke ich ihm sehr herzlich für seine Verdienste nach exakt 1000 Tagen im Amt und wünsche ihm aus tiefstem Herzen alles Gute für die weitere politische Arbeit“, erklärte Peter Beuth.

An der Verabschiedungsfeier nahmen neben Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des HMdIS zahlreiche Gäste von unterschiedlichen Behörden und Verbänden, auch Abgeordnete des Hessischen Landtages und Deutschen Bundestages sowie als Ehrengäste Prof. Dr. Stephan Harbarth (Präsident des Bundesverfassungsgerichts) und Günter Krings (Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium) teil.

Der Marburger Dr. Stefan Heck war seit dem 18. Januar 2019 Staatssekretär im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport. Er folgte auf Werner Koch, der auf eigenen Wunsch altersbedingt in den Ruhestand trat. Dr. Stefan Heck war bereits von 2013 bis 2017 Mitglied des Deutschen Bundestags, in dem er nunmehr erneut den Bundestagswahlkreis (171) Marburg vertritt.



# nd für Sport

Nachfolger von Dr. Stefan Heck

## STEFAN SAUER WIRD NEUER STAATSEKRETÄR

Die Landesregierung ernannte auf Vorschlag von Ministerpräsident Volker Bouffier Mitte November Stefan Sauer zum neuen Staatssekretär im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport. Innenminister Peter Beuth begrüßte ihn auf einer pandemiebedingt digital stattfindenden Dienstversammlung.

Stefan Sauer war davor Bürgermeister der Stadt Groß-Gerau (2007–2017) und direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Bundestagswahlkreis Groß-Gerau (2017–2021).





” Mit Andreas Röhrig erhält das Landeskriminalamt einen herausragenden Kriminalisten als Behördenleiter, dessen jahrzehntelange Erfahrung und dessen Werdegang innerhalb der hessischen Polizei seinesgleichen sucht.

INNENMINISTER PETER BEUTH

Neuer LKA-Präsident

## ANDREAS RÖHRIG ÜBERNIMMT LEITUNG DES LKA

Anfang November wurde Andreas Röhrig von Innenminister Peter Beuth zum neuen Präsidenten des Hessischen Landeskriminalamtes (HLKA) ernannt. Der erfahrene Kriminalist war bereits seit dem 31. Mai 2021 zum HLKA abgeordnet und kommissarisch mit der Funktion betraut. Der 1977 in die hessische Polizei eingetretene Röhrig hatte in seinem Berufsleben unterschiedliche leitende Funktionen als Kriminalbeamter im Polizeipräsidium Frankfurt inne, insbesondere war er von 2009 bis 2015 Leiter der Kriminaldirektion beim Polizeipräsidium Frankfurt. In dieser Zeit war er unter anderem an den Ermittlungen zu spektakulären Kriminalfällen beteiligt, wie etwa der Aufklärung des Anschlags auf amerikanische Soldaten am Frankfurter Flughafen 2011 oder der Entführung der Ehefrau eines Bankangestellten im Jahr 2009. Nach seinem Wechsel 2015 in das Landespolizeipräsidium wurde Andreas Röhrig 2016 Vertreter des Inspektors der Polizei, 2018 Inspekteur der Polizei und ab September 2020 Landespolizeivizepräsident.

## Sport fördert Gesundheit

## HESSISCHER BEWEGUNGSCHECK IN GRUNDSCHULEN

Sportminister Peter Beuth und Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz haben Anfang November an der Sonnenschule in Taunusstein-Neuhof den „Hessischen Bewegungstest“ vorgestellt. In den kommenden Jahren sollen über das Programm hessenweit Drittklässler während des Sportunterrichts einen Parcours absolvieren, der aus zwölf zu bewältigenden Aufgaben besteht, die der Überprüfung der motorischen Basiskompetenzen dienen. Hierzu zählen unter anderem Ballwurf- und Dribbelaufgaben, Balanceübungen sowie Lauf- und Kraftübungen.

Unterstützt von Helfern der den Schulen zugehörigen Sportkreise werden dabei Ergebnisse gesammelt, dokumentiert und anonym zur Auswertung an die Johann Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt übermittelt. Eltern von Drittklässlern erhalten dann das Sporttestergebnis der Schulklasse ihres Kindes und über den zugehörigen Sportkreis ergänzende Empfehlungen zu konkreten Sport- und Bewegungsangeboten vor Ort. Die Idee für einen Hessischen Bewegungstest kommt aus Frankfurt und gründet auf dem erfolgreichen Projekt „Schulkids in Bewegung“ des Sportkreises Frankfurt, welches im Jahr 2011 eingeführt und seit 2014 von der Goethe-Universität wissenschaftlich begleitet wird. Rund 8.500 Frankfurter Schülerinnen und Schüler haben den Test bereits bis heute durchlaufen.

Das Hessische Ministerium des Innern und für Sport und der Landessportbund Hessen sehen im Themenfeld „Sport und Gesundheit“ einen Schwerpunkt der Sportentwicklung in Hessen. Mit dem „Hessischen Bewegungstest“ und der Initiative „Sportland Hessen bewegt“ soll der Bereich gemeinsam zukunftsorientiert entwickelt werden. Insbesondere soll das öffentliche Bewusstsein geschärft, die Angebotsstrukturen ausgebaut, die Qualität der Angebote gesichert und kontinuierlich verbessert, sowie ein Beitrag der Vernetzung vieler gesundheitsfördernder Bemühungen in Hessen geleistet werden.



” Der Test hilft damit der motorischen Entwicklung von Grundschulern und steigert das Bewusstsein für mehr Bewegung und Sport. Wir wollen damit schon bei Grundschulern die Begeisterung für mehr Sport wecken und auf die vielen Sportangebote der Vereine unmittelbar im Umfeld der Grundschulen hinweisen.

SPORTMINISTER PETER BEUTH





### Schäden an Salzachtalbrücke entdeckt

## WIESBADENER MIT RETTUNGSMEDAILLE AUSGEZEICHNET

Die drei Wiesbadener Wulf Goretzky, Alexander Kyziutkin und Daniel Schuth wurden Mitte November von Innenminister Peter Beuth mit der Hessischen Rettungsmedaille ausgezeichnet. Sie bemerkten im Sommer herabfallende Gesteinsbrocken an der Wiesbadener Salzachtalbrücke und informierten sofort den Notruf.

Am 18. Juni 2021 gegen 17 Uhr brach das Lager eines Pfeilers des südlichen Brückenteils der Salzachtalbrücke ein. Der Überbau senkte sich dadurch um 30 bis 40 cm auf den Pfeiler und verschob den Pfeilerkopf um gut einen Meter. Der Überbau bekam zwei breite Risse. Vom Pfeiler abbröckelnde Betonteile fielen auf die darunterliegende Bundesstraße 263, woraufhin sowohl die Brücke selbst als auch die darunter verlaufende Mainzer Straße und die Bahnstrecken (Rechte Rheinstrecke und Taunus-Eisenbahn zum Hauptbahnhof Wiesbaden) komplett gesperrt wurden. Nach diesem Vorfall wurde die Salzachtalbrücke als „extrem einsturzgefährdet“ eingestuft und schließlich am 6. November 2021 gesperrt.

### Neue Informationskarte für Ersthelfer

## ABSICHERUNG FÜR HILFSBEREITSCHAFT

Seit November 2021 gibt es in Hessen die „Ersthelferkarte“, welche die Informationen für Ersthelferinnen und Ersthelfer über den Versicherungsschutz im Schadensfall bündelt. Bürgerinnen und Bürger, die in Hessen einer Person in Not Erste Hilfe leisten und dabei selbst zu Schaden kommen, sind über die Unfallkasse Hessen versichert. Von körperlichen Verletzungen über ein zerstörtes Handy bis hin zu psychischen Folgen – wer andere Menschen in einer Gefahrensituation vor Schäden bewahren will und dabei selbst zu Schaden kommt, ist abgesichert.

An einer Unfall- oder Einsatzstelle fehlt oft die Zeit, um Ersthelferinnen und Ersthelfer nach ihrem Einsatz ausführlich über ihre Unterstützungsmöglichkeiten zu informieren. Einsatzkräfte der Feuerwehr und anderer Hilfeleistungsorganisationen sowie der Polizei übergeben die Karte, welche den Ersthelfenden alle erforderlichen Informationen kompakt an die Hand gibt, direkt an den Einsatzstellen an Ersthelferinnen und -helfer.



Ausgehändigt durch

Datum

Unfallkasse Hessen | Leonardo-da-Vinci-Allee 20 | 60486 Frankfurt am Main

**Danke, dass Sie geholfen haben!**

Kostenfreier Versicherungsschutz für Ersthelfer\*innen

KOMPASS-Programm ist großer Erfolg

## WALDEMS WIRD 100. KOMPASS-KOMMUNE

Die Gemeinde Waldems im Rheingau-Taunus-Kreis ist die 100. Kommune, welche an der Sicherheitsinitiative KOMPASS teilnimmt. Mit der Teilnahme von Waldems am KOMPASS-Programm profitieren bereits mehr als 2,5 Millionen Hessinnen und Hessen von indi-

viduellen Sicherheitslösungen in ihrer Stadt oder Gemeinde. Waldems plant in naher Zukunft gemeinsam mit den bereits bestehenden KOMPASS-Kommunen Idstein, Niedernhausen und Hünstetten die Einrichtung eines Präventionsrats „Idsteiner Land“.





### SONDERAUSWERTUNG MELDESTELLE

Eine Sonderauswertung der Meldestelle HessenGegenHetze hat ergeben, dass im Pandemiezeitraum Januar 2020 bis Ende November 2021 aufmerksame Bürgerinnen und Bürger rund 500 Internetbeiträge mit Corona-Bezug meldeten, vorwiegend aus den Sozialen Medien. Mehr als 300 wurden von den Experten des Hessen3C als Hate Speech klassifiziert. In rund 40 Prozent der Fälle waren Amts- oder Mandatsträger die Betroffenen. Am zweithäufigsten waren Menschen, die aufgrund ihrer politischen Ansichten verbal angegriffen wurden (Anteil „Politisch Andersdenkende“: 16 Prozent) betroffen.

#### Querdenker- und Impfgegner-Szene

## AUFRUF ZUR WACHSAMKEIT

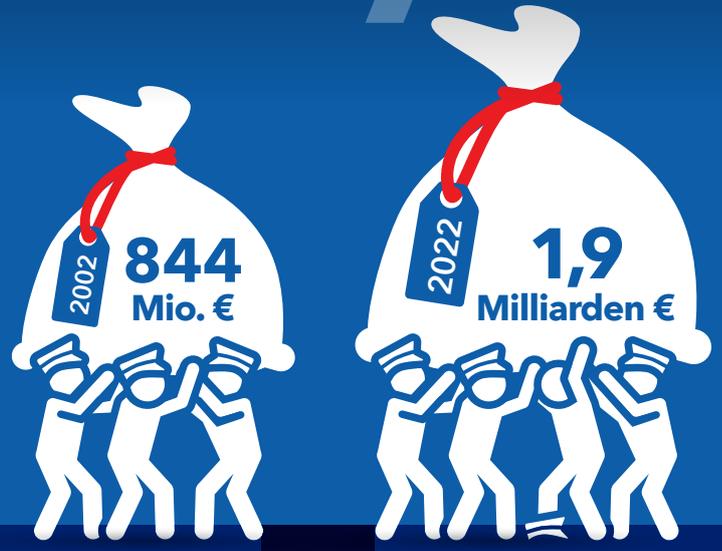
Angesichts von Morddrohungen gegen Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer, eines Bedrohungssachverhalts zum Nachteil des Erbacher Bürgermeisters und des Brandanschlags auf ein Wiesbadener Testzentrum sowie bundesweiter Fälle von Hate Speech und Bedrohungssachverhalten in sogenannten Messenger-Diensten aus Teilen der radikalen Querdenker- und Impfgegner-Szene rief Innenminister Peter Beuth Anfang Dezember 2021 die Bevölkerung dazu auf, sich frühzeitig an die Polizei sowie bei Hate Speech im Internet an die Meldestelle unter [hessengegenhetze.de](https://www.hessengegenhetze.de) zu wenden.

Während die hessische Polizei 2020 in Hessen noch 98 politisch motivierte Straftaten im Kontext der Corona-Pandemie feststellte, zeichnete sich klar ab, dass diese Anzahl 2021 deutlich übertraffen wurde. Das Landesamt für Verfassungsschutz hatte im Oktober 2021 gewarnt, dass die Programmatik der Gegner der staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie auch für gewaltorientierte Akteure anschlussfähig sei. Der Verfassungsschutzverbund hat die Voraussetzungen geschaffen, um radikale Querdenker oder Corona-Leugner mit nachrichtendienstlichen Mitteln zu beobachten.

”

*Es ist nicht akzeptabel, dass in Messaging-Diensten radikale Querdenker oder Impfgegner Menschen bedrohen oder schlimmstenfalls schwere Straftaten planen. Wer online Opfer von Hate Speech oder Bedrohungen wird oder sieht, dass andere es werden, sollte das umgehend melden.*

INNENMINISTER PETER BEUTH



**Optimale Bedingungen**  
für den Brandschutz



**Sportförderung** in Hessen

Weitere **personelle Verstärkung**

**11 Mio. €**  
Dienst- und Schutzkleidung



**6,6 Mio. €**  
Auswerte- und Analysefähigkeit  
(hessenDATA, KLBooperativ, etc.)  
sowie Cyberkriminalitäts-  
bekämpfung

**Haushaltentwurf 2022**

**4,0 Mio. €**  
Bekämpfung  
Kinderpornographie



**2,8 Mio. €**  
Ausbau Videosicherheits-  
technik Kommunen

## Haushalt 2022

**REKORD-INVESTITIONEN IN  
INNERE SICHERHEIT**

**+9,4 Mio. €**  
Bis 2026 zur Sicherung  
jüdischer Einrichtungen  
in Hessen

Die Hessische Landesregierung investiert 2022 so viel Geld wie noch nie in den Bereich der Inneren Sicherheit. Während vor zwanzig Jahren nur 844 Millionen Euro für den Polizei-Haushalt zur Verfügung standen, wird der Wert 2022 bei mehr als 1,9 Milliarden und damit mehr als doppelt so hoch liegen. Hessen ist bereits heute eines der sichersten Bundesländer, so dass es in den kommenden Jahren vorwiegend darum gehen wird, durch starke Präsenz in und verstärkte Zusammenarbeit mit den Kommunen das Sicherheitsgefühl der Menschen in Hessen weiter zu stärken.

Seit 2014 wurden in Hessen immer mehr Polizisten eingestellt, als in den Ruhestand gegangen sind. Der Personalzuwachs bei der hessischen Polizei wird auch in den kommenden Jahren und damit über 2022 hinaus über das Sicherheitspaket III sichergestellt. 2022 kommen die nächsten 240 zusätzlichen Beamtinnen und Beamten in den Dienst. 2023, 2024 und 2025 sind es jeweils 250 zusätzliche Kolleginnen und

Kollegen. 2025 werden dann über 16.000 Polizistinnen und Polizisten für die Sicherheit der Menschen in Hessen auf den Straßen und öffentlichen Plätzen unterwegs sein. Im Vergleich zu 2014 beträgt der Personalzuwachs dann +18 Prozent. Neben 250 zusätzlichen Anwärtinnen und Anwärter, die 2022 ihr dreijähriges Studium aufnehmen, sieht der Haushaltsentwurf eine Stärkung des Verwaltungsfachpersonals um 40 Stellen und eine Stärkung der Wachpolizei um 20 neue Stellen im Polizeibereich vor.

Die Modernisierung der Dienst- und Schutzbekleidung werden die Reaktionsfähigkeit der hessischen Polizei im Kampf gegen Schwerstkriminelle und Terroristen weiter erhöhen. Hierfür investiert die Hessische Landesregierung 2022 erneut elf Millionen Euro. Im Kampf gegen Extremisten und Terroristen werden auch die polizeilichen Auswertungs- und Analysetools (hessenDATA, KLBooperativ, etc.) fortentwickelt.

Auch der Sport wird 2022 mit maximalen Mitteln unterstützt: Neben den 61 Millionen Euro, die für den Sport in Hessen bereitgestellt werden, unterstützte die Hessische Landesregierung in den vergangenen beiden Pandemie-jahren Sportvereine und -verbände mit zusätzlichen Corona-Hilfen in Höhe von mehr als 24 Millionen Euro.

Im Bereich des Brandschutzes stehen in Hessen rund 71.000 ehrenamtliche Einsatzkräfte in etwa 2.500 Feuerwehren zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger rund um die Uhr bereit. Um für optimale Bedingungen der Brand- und Katastrophenschützer zu sorgen, hat die Hessische Landesregierung die Mittel der Brandschutzförderung 2022 auf 43 Millionen Euro erhöht (2021: 42 Millionen Euro).

HESSEN



**Hessisches Ministerium des Innern und für Sport**

Friedrich-Ebert-Allee 12  
65185 Wiesbaden

[www.innen.hessen.de](http://www.innen.hessen.de)